

## Inhaltsverzeichnis

Mitteilungen der Koordinationsstelle	2	
Nachrichten - zusammengestellt von Esther Hoffmann	3	
<b>Zur aktuellen Lage</b>		
Gedanken über Papua - Völkermord könnte die Zukunft sein - von John Barr	8	
Zur politischen Situation in West Papua –Eindrücke einer Reise - von Siegfried Zöllner	14	
AIDS als Strategie des Genozids? - von Julie Flanagan	18	
Wird West Papua für Touristen geschlossen? (E-Info Nr. 88 vom 30.7.02)	21	
Sollten die USA militärische Beziehungen zu Indonesien aufnehmen? - von John Rumbiak	23	
<b>Freeport</b>		
Blutiger Überfall auf amerikanische Angestellte der Freeport-Mine (E-Info Nr. 94 vom 4. 9. 2002)	28	
Eine Woche nach dem sinnlosen Mord in Timika (E-Info Nr. 95 vom 9.9.2002).	30	
<b>Militär</b>		
„Habt keine Angst, dass ihr im Dienst Menschenrechte verletzt!“ (E-Info Nr. 89 vom 1.8.02)	32	
"Habt keine Angst..." Einige persönliche Anmerkungen – von Ingo Wandelt	34	
Wie finanziert sich die indonesische Armee? (ein Bericht von Elsham-Papua)	36	
Papua kauft Patrouillenboot in Deutschland (E-Info Nr. 92 vom 19.8.02)	38	
<b>Umwelt</b>		
Das Tangguh-Projekt von British Petroleum (BP) - von Siegfried Zöllner	39	
BP-Flüssiggas-Liefervertrag mit China kam nicht zustande (E-Info Nr. 90 vom 12.8. 02)	41	
Holzraubbau bedroht die Existenz von 51 Stämmen in Papua.	42	
Regierung warnt Freeport wegen Flussverschmutzung	43	
<b>Rechtsprechung</b>		
Keine Hoffnung auf Gerechtigkeit im Fall Abepura (E-Info Nr. 93 vom 22.8.2002)	45	
Pressemitteilung von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	46	
<b>“Act of Free Choice”</b>		
Früherer Untersekretär der UNO packt aus - von John Saltford	47	
40 Jahre New York Agreement am 15. August 2002 (E-Info Nr. 91 vom 16.8.02)	48	
<b>Europäisches Parlament</b>		
Entschließung des Europäischen Parlaments zu Indonesien (Molukken/Aceh und Papua)	49	
<b>Leben in West Papua</b>		
Persönliches Erleben in West Papua - von At Ipenburg	52	
<b>Aus dem West Papua Netzwerk</b>		
Jugendaustausch Biak – Deutschland	56	
<b>Aktion</b>		
amnesty international: Straflosigkeit bekämpfen – der Abepura-Fall	57	
Musterbrief deutsch	60	
Musterbrief indonesisch	61	
<b>Liste der E-Infos</b>		
E-Info Nr. 88 vom 30.7.02	Wird West Papua für Touristen geschlossen?	21
E-Info Nr. 89 vom 1.8.02	„Habt keine Angst, dass ihr im Dienst Menschenrechte verletzt!“	32
E-Info Nr. 90 vom 12.8.02	BP-Flüssiggas-Liefervertrag mit China kam nicht zustande	41
E-Info Nr. 91 vom 16.8.02	40 Jahre New York Agreement am 15. August 2002 - Demonstrationen am Jahrestag	48
E-Info Nr. 92 vom 19.8.02	Papua kauft Patrouillenboot in Deutschland	38
E-Info Nr. 93 vom 22.8.02	Keine Hoffnung auf Gerechtigkeit im Fall Abepura	45
E-Info Nr. 94 vom 4.9.02	Blutiger Überfall auf amerikanische Angestellte	28
E-Info Nr. 95 vom 9.9.02	Eine Woche nach dem sinnlosen Mord in Timika	30

# Mitteilungen der Koordinationsstelle

## Zu diesem Heft

Das Titelbild zeigt die beiden führenden Militärs Indonesiens, den neuen Oberbefehlshaber General Endriartono Sutarto (Panglima, links im Bild) und seinen Stabschef Generalleutnant Ryamizard Ryacudu (rechts). Der von dem ehemaligen Präsidenten Abdurrahman Wahid eingesetzte Oberbefehlshaber Admiral Widodo (Mitte) musste vorzeitig zurücktreten. Der Wechsel an der Militärspitze zeigt die derzeitige Tendenz in Indonesien – hin zu einem gestärkten Militär, das zurzeit keine Reformen will und sich wieder als Ordnungsmacht etabliert hat. Unter der Rubrik Militär veröffentlichen wir einige Äußerungen und Ansichten, die sehr nachdenklich machen und zu Sorge Anlass geben.

## Besuche

Trotz vieler bedrückender Nachrichten und Begebenheiten, von denen die Artikel dieses Heftes berichten, freuen wir uns, dass Besuche hin und herüber – von Deutschland nach Papua und von Papua nach Deutschland - möglich sind. Eine Jugendgruppe aus Biak besuchte Hannover und Berlin, es war der Gegenbesuch der deutschen Gruppe von JANUN Hannover, die im Sommer 2001 in Biak war. Tino Breitbarth berichtete damals ausführlich darüber (siehe West-Papua-Rundbrief Nr. 20 vom November 2001). Wir bringen hier einen Kurzbericht über den Gegenbesuch.

Aber dieser Besuch war nicht der einzige. Der Kirchenkreis Schwelm empfing im Juni und Juli 2002 eine achtköpfige Besuchergruppe aus Papua, ebenfalls ein Gegenbesuch einer deutschen Gruppe, die 2001 Papua besuchte. Der Kirchenkreis Hattingen-Witten war mit einer deutschen Jugendgruppe im August in Papua. Eine Studentengruppe aus Oxford besuchte ebenfalls im August Papua. Diese Genannten sind aber nur ein Teil der Besucher, ich weiß von einer Reihe von Einzelpersonen, die als Vertreter ihrer jeweiligen Organisation oder auch einfach als interessierte Reisende West Papua besucht haben. Über meine eigenen Reiseindrücke berichte ich hier in zwei Artikeln.

Für die Papua bedeuten diese Besuche sehr viel. Sie wissen, dass es im Ausland Menschen gibt, die sich für ihr Schicksal interessieren. Sie vertrauen darauf, dass sie im Ernstfall nicht allein gelassen werden, sondern eine internationale Solidargemeinschaft hinter sich haben.

## III. Internationales Solidaritätstreffen vom 4. bis 6. Oktober 2002 in London

Im Oktober wird in London das Dritte Internationale Solidaritätstreffen stattfinden. Zum dritten Mal treffen sich Vertreter von NGOs aus den Europäischen Ländern. Wie in den Vorjahren werden auch einige Vertreter aus Papua eingeladen. Im vorigen Jahr fand das Treffen in Neuendettelsau bei Nürnberg statt. Wir dokumentierten die wichtigsten Beiträge im West Papua Rundbrief Nr. 20 vom November 2001. Auch in diesem Jahr planen wir eine Dokumentation der Tagung im nächsten Heft.

## Aktion

Ich möchte ganz besonders und dringend hinweisen auf die Aktion von amnesty international. Amnesty bittet uns, Briefe an den Generalstaatsanwalt Indonesiens zu schreiben und ein ordentliches Gerichtsverfahren für die Täter im „Fall Abepura“ zu fordern. Unter der Rubrik „Aktion“ am Schluss dieses Heftes findet ihr die Erläuterungen von amnesty und je einen Musterbrief in deutsch und indonesisch. Es wäre gut, Kopien an eine oder mehrere der angegebenen Adressen zu schicken. Die Aktion kann auf jeden Fall bis Ende dieses Jahres laufen. Wir informieren über den Fortgang.

Siegfried Zöllner

## Nachrichten

Zusammengestellt von Esther Hoffmann

### Umwelt und Entwicklung

Im Zusammenhang mit dem Streit um Bergbaulizenzen, die von der alten Regierung in Schutzgebieten vergeben worden waren, drängte eine Koalition von Umweltorganisationen die Regierung im April, die Lizenzen zurückzuziehen. Die Unternehmen drohten hingegen Indonesien zu verklagen, wenn die Regierung sich weigere, insgesamt 11,4 Mio. ha geschützten Wald in Produktionswald umzuwandeln. Im Juni suchte das Ministerium für Energie und Bodenressourcen im Parlament Unterstützung dafür, einigen Bergbauunternehmen die Erlaubnis zu erteilen, in geschützten Waldgebieten zu operieren. Das Kabinett unterstützt dieses Bestreben nicht voll, Hauptgegner ist aber das Forstministerium (Jakarta Post, 15.4.02 und 3.6.02).

Im Juni wurde vier Unternehmen, eine davon PT Gag Nickel, die auf den Gag - Inseln operiert, die Fortführung ihrer Bergbautätigkeit im geschützten Wald genehmigt. PT Gag gehört zu 25% der indonesischen staatlichen Gesellschaft PT Aneka Tambang. PT Aneka Tambang verhandelt nun mit einem japanischen Unternehmen über den Nickel - Abbau. Die kanadische Firma Falconbridge und BHP Billiton hatten sich wegen des Streits um den geschützten Wald aus dem Projekt zurückgezogen (Laksamana.net, 2.6.02, Reuters, 5.8.02).

Förster, Vertreter von NGOs, von lokalen Gemeinschaften und von Geldgebern aus Papua nahmen im April an einer 10-tägigen Reise durch Papua-Neuguinea teil, um mehr über ökologische Forstwirtschaft zu erfahren. Themen waren u.a. die Zertifizierung, die Arbeit mit lokalen Gemeinschaften und Öko - Tourismus. (PINA Nius Online, 26 April 2002).

Indonesiens Umweltminister hat Greenpeace eingeladen, bei der Beobachtung illegalen Holzschlages mitzuarbeiten. Ein Greenpeace - Sprecher erklärte, die Entsendung von Spezialisten sei geplant. Ein Kommentar der E-Zeitschrift Laksamana.net sieht den Nutzen des Monitoring kritisch. Angesichts der Korruption in Militär und in den Behörden sei fraglich, ob dies etwas ausrichten könnte (Asia Times Online, 29.05.02, Laksamana.net, 29.05.02).

Durch exzessiven Holzschlag sind 51 isoliert lebenden Stämme in Waropen in der Gefahr, ausgerottet zu werden, erklärte der Chef des Papua Social Welfare Office (Jakarta Post, 17.05.02, siehe auch Bericht in diesem Heft).

Nach 10 Tagen beendeten 200 Arbeiter/innen der amerikanischen Firma Devon Salawati in Sorong einen Streik. Sie hatten nach der Akquisition von indonesischen Devon - Anteilen durch die chinesische Firma Petrochina einen Bonus gefordert (Jakarta Post, 06.05.02).

Die Regierung plant Anreize wie z.B. Steuernachlässe, zur Investition in Ost - Indonesien. Damit die dort vorhandene schlechte Infrastruktur ausgeglichen werden (Jakarta Post, 6.6.02).

Die Versicherungsgesellschaft Allianz eröffnete in Papua ein Büro. Tochterfirma ist PT Asuransi Allianz Life Indonesia. (Jakarta Post, 21.06.02)

Der ersten offiziellen Zählung in Papua zufolge leben dort 312 Stämme - nicht 250, wie bisher vermutet. In Sorong sind nur 28% der Bevölkerung Papuas. Weitere Statistik: Aufgrund von Zahlen des Jahres 2000 sind 65% der 2,2 Mio. starken Bevölkerung Papuas (AAP Newsfeed, 16.07.02)

Bei den Verhandlungen mit den im Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerstaaten Indonesiens wurde eine Vereinbarung über eine Umschuldung erzielt, die dem Land erlaubt, Verbindlichkeiten im Umfang von US \$ 5,4 Mrd. auf zwanzig Jahre zu strecken. Der Betrag ist Teil einer Schuld von US \$ 7,5 Mrd., die Ende 2003 fällig geworden wäre. Die mitunter von NGOs verlangte Abschreibung eines Teils der Außenschuld, deren Gelder vom abgesetzten Autokraten Suharto zweckentfremdet worden seien, war kein Thema. Das *International NGO Forum on Indonesian Development* (INFID), meint, die Umschuldung würde nicht zu einer nachhaltigen und umfassenden Entwicklung beitragen. Sie würde nur auf kurzfristige Budgetschwierigkeiten abheben und ließe

## Nachrichten

---

keinen Spielraum für Ausgaben für Entwicklung und Soziales (NZZ 15.4. 02. International NGO Forum on Indonesian Development, INFID).

### Laskar Jihad

Die mittlerweile offenbar ca. 10 000 Mitglieder der islamistischen Milizengruppe Laskar Jihad in Sorong, Manokwari, Nabire und Fakfak sorgen weiter für Unruhe. Christliche wie muslimische Einwohner forderten die Behörden auf, die Gruppe zur Ausreise zu zwingen. Laskar Jihad war 1999 in Java als Reaktion auf die Unruhen in den Molukken gegründet worden. Offenbar soll versucht werden, den Konflikt in Papua zu einem Religionskonflikt zu machen. In Sorong und Fakfak nahm die Polizei im April zwei Mitglieder der Laskar Jihad - Gruppe wegen illegalen Waffenbesitzes fest. (OneWorld.net, 15.4.02, Jakarta Post, 18.04.02).

In der letzten Maiwoche trafen erneut Laskar Jihad - Angehörige in Papua ein, ungefähr zeitgleich mit neuen Militäreinheiten aus Sumatra. Schon auf den Molukken wurde deutlich, dass Teile des Militärs die Laskar - Jihad - Krieger unterstützen, so auch ein Dozent der Universität Queensland, Greg Polgrain. Acht pakistanische Staatsbürgern würden in Sorong die Laskar Jihad unterstützen, so die Menschenrechtsorganisation ElSHAM (Sydney Morning Herald, 1.6.02).

### Ausland

Am 20.05.02 wurde die Demokratische Republik Osttimor unabhängig.

Osttimor zeigte sich auf dem diesjährigen Pacific Islands Forum in Fiji zurückhaltend gegenüber der Unterstützung von Unabhängigkeitsbestrebungen in Papua. Osttimor respektiert grundsätzlich die indonesische Integrität (Laksamana.net, 18.08.02).

Mit Bestürzung haben die Vereinten Nationen und zahlreiche Organisationen auf die ersten Gerichtsurteile in den Osttimor - Prozessen in Jakarta reagiert. 6 von 7 Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurden, wurden freigesprochen, der ehemalige Gouverneur von Osttimor wurde zu 3 Jahren Haft verurteilt, obwohl der Staatsanwalt 10 Jahre gefordert hatte.

Der US - Botschafter Ralph L. Boyce traf sich bei einem Besuch in Papua mit dem Generalsekretär des Papua - Präsidiums Taha Al Hamid. Dabei sollen die Untersuchungen zum Tod von Theys Eluay besprochen worden sein. Eine Unabhängigkeit Papuas würden die USA nicht unterstützen, erklärte er anschließend bei einem Treffen mit Gouverneur Salossa (Jakarta Post, 16.04.02).

Das Weiße Haus beschloss im Mai, 8 Mio. Dollar für die Ausbildung indonesischer Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Der Senat bewilligte diese Summe. Bei Indonesien handele es sich um einen potenziellen Zufluchtsort für Terroristen. Sondereinheiten sollen wegen ihrer langen Geschichte der Menschenrechtsverletzungen keine Mittel erhalten (AP, 24.05.02 The Age, 20.07.02).

13 Mitglieder des Europäischen Parlaments riefen im Mai in einer Resolution die indonesische Regierung auf, eine sofortige friedliche Lösung für die Konflikte auf den Molukken, in Aceh und Papua zu suchen. Indonesien solle die Vereinten Nationen einladen, um Fälle von Folter in Aceh und Papua zu untersuchen. Im Juni entsandte die Europäische Kommission eine Mission nach Indonesien, die untersuchen soll, wie sie Indonesien bei den Bemühungen um eine Reduzierung gewalttätiger Konflikte unterstützen kann (Antara, 22.05.02, WPA, 26.06.02).

### BP Flüssiggas - Projekt Tangguh

Die Umweltorganisation *Down To Earth* kritisierte im April das ehrgeizige Tangguh - Projekt. So sei BP in Mittel- und Südamerika wegen Menschenrechtsverletzungen in die Kritik geraten. BPs indonesischer Partner, die staatliche indonesische Ölgesellschaft Pertamina, sei von korrupten Strukturen durchzogen. Es sei wahrscheinlich, dass das Militär Unruhen provozieren wird, um die Notwendigkeit der eigenen Anwesenheit zu rechtfertigen und BP deutlich zu machen, dass es nicht ohne militärischen „Schutz“ gehen wird. Außerdem seien viele Informationen nicht öffentlich verfügbar (Inside Indonesia, April 02).

*The Wall Street Journal* befürchtet, dass die Rolle des Militärs in Indonesien und insbesondere in Papua das Projekt gefährden könnte. So besuchte im März der Militärkommandeur Simbolon mit einigen Soldaten und deren Frauen das Projektgebiet. Die Soldaten zeigten sich demonstrativ mit ihren Waffen. Den BP - Vertretern erklärte Simbolon, das Militär habe in Indonesien die Aufgabe, Natio-

## Nachrichten

---

nale Interessen wie eben das BP – Projekt zu schützen. Präsidentin Megawati werde sich gegen das Militär nicht durchsetzen können, so die Wall Street (Wall Street Journal, 19.04.02).

Im Mai wies die *Allianz der NGOs* in Manokwari in einer Presseerklärung darauf hin, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Tangguh - Projekt nicht ausreichend sei. Auch die Partizipation der Bevölkerung würde durch mangelnden Informationsfluss behindert. Zudem hatten Unternehmen die Namen von Personen und Organisationen aus der lokalen Gemeinschaft verwendet, um sich für ihr Vorgehen zu rechtfertigen, obwohl diese gar nicht an Entscheidungen beteiligt gewesen waren. Die *Allianz* forderte, dass die beteiligten Unternehmen mehr Verantwortung für Nachteile übernehmen müssen, die der Bevölkerung erwachsen. (Press Release, Manokwari NGO Alliance for Tangguh Advocacy, 08 May 2002).

Rund 100 lokale Landbesitzer besetzten im Mai das Basislager von BP. Im April hatten das Unternehmen und die Bevölkerung aus Saengga eine Vereinbarung getroffen, der die Regierung zunächst nicht zustimmen wollte. In dem Abkommen geht es um zentrale Angelegenheiten wie Landfragen und Beschäftigung. Es bestehen Befürchtungen, dass die Besetzung ein Trick sein könnte, um die Anwesenheit des Militärs rund um BP zu rechtfertigen (Tapol, ElsHAM, 15.05.02).

Der Plan von BP, lokales Personal für die Sicherung des Unternehmens zu beschäftigen, ist auf Widerstand des Militärs gestoßen, das solche Sicherheitsaufgaben selbst übernehmen will. Dies ist für das Militär eine zweite Einkommensquelle geworden (Ananova, 7.7.02).

In den Verhandlungen um die Gaslieferungen nach Gunangdong in China erhielt schließlich ein australisches Firmenkonsortium den Zuschlag. Das chinesische Unternehmen CNOOC bot BP aber einen Vertrag über Lieferungen in die Provinz Fujian an. Dies kann aber erst 2006/2007 verwirklicht werden. Das ist ungefähr 1 Jahr später die ursprünglich angestrebte Lieferung nach Guangdong. Zu Beginn sollen 2.5 Mio. Tonnen Gas geliefert werden. BP ist darüberhinaus Mitglied im Northwest Shelf Gas - Projekt und besitzt dadurch 30% Anteile auch an dem Guangdong - Projekt. Indonesien bietet das Gas nun Taiwan und Japan an. Außerdem hat BP eine vorläufige Vereinbarung über die Lieferung von 1,3 Mio. Tonnen auf die Philippinen unterzeichnet (PRNewswire-FirstCall, 8.8.02, (Asia Pulse, 19.08.02, Asia Times, 22.08.02, PRNewswire-FirstCall, 8.8.02).

### **Der Fall Theys H. Eluay**

Über die Hintergründe und Drahtzieher des Mordes an Theys gibt es viele Spekulationen.. War es wirklich ein politischer Mord oder ein Streit um Holzeinschlagrechte? Theys könne auch ein Opfer von Auseinandersetzungen zwischen indonesischen Generälen gewesen sein (South China Morning Post, 17.04.02).

Im April wurden insgesamt sechs Kopassus - Angehörige als Verdächtige festgenommen. (Jakarta Post, 25.04.02, BBC, 29.04.02).

Ende April legte die nationale Untersuchungskommission (KPN) Megawati die Ergebnisse ihrer Untersuchungen vor. Eindeutige Motive für den Mord fand sie nicht. KPN empfahl weitere Untersuchungen durch die Militärpolizei, die umfassendere Kompetenzen besitzt. Die KPN erklärte, keine Beweise für "schwere Menschenrechtsverletzungen" gefunden zu haben, wie sie das Gesetz über Menschenrechtsgerichtshöfe definiert. Damit wäre ein Verhandlung vor diesem Gericht ausgeschlossen. (Jakarta Post, 30.04.02, Tempo, 29.04.02).

Der Nationale Chef der Militärpolizei Sulaiman A.B. sagte, die Militärpolizei würde den Untersuchungsbericht der nationalen Kommission (KPN) nicht benötigen. Für die strafrechtliche Verfolgung seien nur die Resultate der eigenen Untersuchungen maßgebend. Der Gouverneur von Papua, Solossa, meinte, die Bevölkerung würde den Ergebnissen der nationalen Untersuchungskommission (KPN) misstrauen.(Jakarta Post, 03.05.02, Jakarta Post, 15.05.02).

Am 10.Mai wurde von einem Kopassus - Mitglied auf einen der Zeugen im Theys - Fall geschossen. Der Zeuge, Yemet Imowi, war in der Kopassuskaserne beschäftigt und hatte den entführten Fahrer von Theys, Aristoteles Masoka dort gesehen. Er wurde bei dem Anschlag nur leicht verletzt und wurde unter Polizeischutz gestellt (Tapol, 11.05.02, Jakarta Post, 14.05.02).

Der Chef der Militärpolizei Sulaiman verneinte am 20.Mai, dass es sich bei dem Mord an Theys um ein gewöhnliches Verbrechen handele. Es seien hochrangige Militärs verdächtig und auch die Person von Theys impliziere politische Motive hinter dem Mord (Jakarta Post, 21.05.02).

## Nachrichten

---

Insgesamt 9 Mitglieder der Spezialeinheit Kopassus werden nun wegen des Mordes an Theys vor ein Militärgericht gestellt. Darunter befinden sich auch Angehörige der mittleren Ränge. Diese werden am *High Military Court* in Surabaya angeklagt. Die übrigen Soldaten werden in Papua angeklagt. Der Chef der Militärpolizei Sulaiman A.B. erklärte, die Empfehlung der militärischen Untersuchungskommission würde auf Anklage wegen gewöhnlichem Mord, ohne politische Motive, lauten (Laksamana.net, 24.06.02, Jakarta Post, 25.06.02).

Im Juli behauptete bei Vernehmungen ein Verdächtiger, Lieutenant Colonel Hartomo, Theys sei während Vernehmungen in seinem Auto unerwartet gestorben. Vielleicht sei es ein Schock gewesen, vermutet sein Anwalt. Nicht Hartomo, sondern seine Untergebenen seien dafür verantwortlich, meinte der Anwalt weiter. Die Soldaten seien nach Theys Tod in Panik geraten und weggerannt. Das Militär verhaftete im Juli einen Soldaten, der mit Theys im selben Auto gewesen sein soll, als dieser starb (Laksamana.net, 30.07.02, AP, 30.07.02)

### Menschenrechte

Nach dem ungeklärten Tod von Yafet Yelemaken, einem Mitglied des Papua - Präsidiums, gerieten Menschenrechtsaktivisten in Wamena unter Druck. Am 19 Juni fragten vier Angehörige der Mobilien Brigade der Polizei nach dem Aufenthaltsort und den Aktivitäten der Mitglieder der Zweigstelle von ElsHAM in Wamena. Den Betroffenen wurde vorgeworfen, christliche Milizen zu organisieren (Tapol, ElsHAM, 20.06.02).

Im Juli wurde die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas Ham) neu besetzt. Einige bekannte Aktivisten sind ausgeschieden. Es wird angenommen, dass die Berufung der Mitglieder durch das Parlament stark vom Militär beeinflusst wurde (Jakarta Post, 19.07.02).

### Dialog

Die Zentralregierung versäumte es im Mai, sieben christliche und muslimische Religionsführern aus Papua zu empfangen. Diese wollten bei verschiedenen Regierungsinstanzen vorsprechen, um auf ein Verbot der Laskar Jihad hinzuwirken (Sinar Harapan, 23.05.02).

### Militär

Der Dozent an der Uni Melbourne, Arief Budiman, weist darauf hin, dass das Militär wieder eine wachsenden Rolle in der indonesischen Politik spielen wird. Die öffentliche Akzeptanz des Militärs als Ordnungsmacht wachse wieder. Megawati verhandele lieber direkt mit dem Militär als mit den politischen Parteien. Auch die globale Terrorismus - Bekämpfung und die Annäherungen Indonesiens an die USA tragen zu Stärkung des Militärs bei (Jakarta Post, 22.04.02).

Neuer Oberbefehlshaber (Panglima) der Armee Indonesiens (TNI) ist Gen. Endriatono Sutarto .Neuer Stabschef ist Lieutenant General Ryamizard Ryacudu, bisheriger Chef der strategischen Armeereserve Kostrad. Beide zeigen sich als harte Gegner separatistischer Bewegungen Auch der neue Chef der militärischen Sondereinheiten Kopassus und Kostrad, Brig. Gen. Sriyanto, war in eine ganze Anzahl von Menschenrechtsverletzungen verwickelt. Erst im Januar hatte er eine strukturelle Beteiligung von Kopassus beim Mord von Theys verneint. (Jakarta Post, 28.05.02, ABC, 3.6.02, Jakarta Post, 20.06.02, Laksamana.net, 01.07.02).

Armeestabschef Gen. Ryamizard Ryacudu wies im Juli die Forderungen nach Auflösung der regionalen Militärnetzwerke Babinsa zurück. Sie seien notwendig als Frühwarnsystem für externe und interne Bedrohungen. Babinsa ist die niedrigste Ebene des Militärs mit den Aufgaben Verteidigung, Sicherheit und soziale Probleme (Jakarta Post, 14.07.02).

Auf der jährlichen Sitzung der beratenden Volksversammlung (MPR) deutete Militärkommandeur General Endrianto an, das Militär wolle alle Reformen rückgängig machen. Auch Mitglieder von Megawatis *Indonesian Democratic Party - Struggle* kritisierten die Reformen. Unter dem Druck von studentischen Demonstrationen erklärten sich Vertreter aller Fraktionen schließlich bereit, Reformen voran zu treiben (SCMP, 4.8.02 Süddeutsche, 7.8.02).

### Aktivitäten von Polizei und Militär

Ein "Anti - Terrorismus - Team" der Polizei plante im April Hausdurchsuchungen bei Personen in Manokwari, die als Rebellen verdächtigt sind, um nach drei Feuerwaffen zu suchen, die im vergangenen Jahr erbeutet wurden (Jakarta Post, 25.04.02).

## Nachrichten

---

Die Menschenrechtsorganisation Els - HAM hat ein Dokument erhalten, nach dem das indonesische Militär pro-indonesische Milizen bildet oder ihnen hilft. Das Dokument vom 8. April 2002 enthält u.a. eine Liste von Kandidaten für eine Miliz und ist unterzeichnet vom Militärkommando *Kodim 1702 / Jayawijaya* (The Age, 26.04.02).

Eine Kampftruppe mit 100 Mann wurde Ende Mai für ein Jahr von Sumatra nach Papua verlegt. Sie nennt sich "Sondereinheit zur Jagd auf Separatisten". Neben anderen kritisierte Herman Awom vom Papua - Präsidiums die Stationierung. Die Aktivitäten der militanten Unabhängigkeitsgruppen würden eine solche Verstärkung des Militärs rechtfertigen (Khairul Ikhwan 29.05.02, PINA Nius Online, 3.6.02).

Der Polizeichef von Papua erklärte im Juli den Beginn der so genannten Operation *Adil Matoa 2002*, die gegen Separatisten gerichtet ist. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass diese Operation neue Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert. Die Instruktionen für diese Operation seien sehr unklar, das fördere eine Atmosphäre der Angst, so ein Sprecher von Kontras (Cendrawasih Pos, 18.07.02, AFP, 29.07.02).

### **Autonomie**

Während eines Seminars über die wirtschaftliche Entwicklung in Papua forderten Experten die Bevölkerung Papuas auf, die Autonomie als Chance wahrzunehmen, um die Ressourcenreichtümer für die eigene Entwicklung zu nutzen (Jakarta Post, 27.04.02).

### **Flüchtlinge in Papua Neu Guinea**

Für die mehr als 400 Flüchtlinge, die seit zwei Jahren in einem Lager bei Vanimo in Papua Neu Guinea leben, zeichnet sich eine Lösung ab. Sie können wahrscheinlich einen formellen Flüchtlingsstatus erhalten und dann ständig in PNG leben (PINA Nius Online, 16.05.02).

### **Freeport**

Im Juni wurde Freeport Indonesia vom indonesischen Umweltminister aufgefordert, eine Kosten - Nutzen - Analyse über die Abraumablagerungen durchzuführen. Der Umweltminister erklärte, Indonesien sei entschlossen, eine ökologische Risikostudie (ERA) durchzuführen. Das Unternehmen würde dann im Oktober auf der Basis dieser Studie einen neuen Umweltmanagement- und -beobachtungsplan aufstellen. Im August mahnte die Regierung Freeport, unverzüglich auf die Flussverschmutzung bei Tembagapura und Timika zu reagieren. Tausende von Flussanwohnern seien bedroht. Gouverneur Solossa forderte von Freeport in einen offiziellen Brief mehr Transparenz. Im Juli hatten Abgeordnete des Provinzparlamentes Freeport aufgefordert, das Hauptquartier von Jakarta nach Papua zu verlegen (Asia Pulse,/Antara, 14.06.02, Jakarta Post, 1.08.02, Hoovers.com, 14.07.02).

Freeport McMoran ist nach dem Erwerb von Aktien der einzige Eigentümer der indonesischen Kupfergesellschaft PT Indocopper Investma (Asia Pulse, 20.06.02).

### **Aceh**

Trotz der Friedensverhandlungen im Mai wurden Anfang Juni wurden zwei GAM - Mitglieder in Zusammenstößen sowie drei Zivilisten und ein Soldat getötet. Erst Anfang April waren zusätzliche 1850 Soldaten in Aceh stationiert worden. (<http://www.wsws.org/articles/2002/jun2002/aceh-j18.shtml>, Carol Divjak, 18.06.02).

### **Papua in Indonesien**

Die Gewerkschaftlerin Dita Sari hat dazu aufgerufen, der Bevölkerung von Aceh und Papua die Freiheit der Wahl ihrer politischen Zukunft zu lassen. Große Teile der indonesischen Demokratiebewegung verstünden die Unabhängigkeitsbestrebungen nur als Kampf gegen die militärische Unterdrückung (Green Left Weekly [Australia], Issue 492, May 15, 2002)

An der Gadjah Mada Universität auf Java wurde Mitte Juni eine E - Mail - Konsultation über Papua veranstaltet. Titel war "Building Sustainable Peace and Fostering Development in Papua". Veranstalter war das Center for Security and Peace Studies (CSPS). Die Teilnehmer sprachen u.a. ihre Besorgnis über die angespannte Situation in Papua aus, die durch politische Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen, Armut und schwache soziale Institutionen gekennzeichnet war (Gadjah Mada University, Executive Summary of Papuan Roundtable, 20-21.06, 2002).

## Gedanken über Papua - Völkermord könnte die Zukunft sein

Von John Barr<sup>1</sup>

Es war während eines Treffens mit Kirchenführern aus Ost Timor im Juni 1999, als ich zuletzt hörte, wie das Wort "Genozid" (Völkermord) genannt wurde. Wir hatten uns in Soe in den Bergen von West Timor versammelt, um über die damalige Entwicklung zu diskutieren, die schließlich dazu führte, dass die Ost-Timoreesen den indonesischen Autonomievorschlag am 30. August 1999 ablehnten und sich für die Unabhängigkeit entschieden. Während die Welt kürzlich Ost Timors Unabhängigkeit feierte, war der Preis, den die dortige Bevölkerung für ihre Freiheit zahlte, furchtbar. Während des Treffens in Soe wiesen mich meine timoresischen Freunde darauf hin, dass ein Blutbad in Ost Timor wahrscheinlich sei. Ich dachte, sie übertrieben. Inzwischen hat sich gezeigt, dass die Warnungen meiner Freunde berechtigt waren.

Das Wort Völkermord wurde kürzlich mir gegenüber wieder erwähnt. Diesmal war ich in Jayapura, Papua (früher Irian Jaya). Es war der 31. Mai 2002 und ich traf mich mit Führern der Evangelisch-Christlichen Kirche (GKI) in Papua. Angesichts der Erfahrungen in Ost Timor und ebenso angesichts der augenblicklichen Situation auf den Molukken habe ich das Gefühl, dass ich den Begriff "Völkermord" nicht länger als Übertreibung abtun kann. Papua steht jetzt unter großem Druck und die Menschen in Papua sehen sich mit einer großen Tragödie konfrontiert. Sie könnte in der Tat Völkermord bedeuten.

Papua, die westliche Hälfte der Insel Neu Guinea, ist ein riesiges, wenig entwickeltes und ziemlich isoliertes Gebiet. Durch koloniale Interessen - holländische, deutsche und englische - wurde diese Insel zerschnitten, wobei künstliche Grenzen entstanden, die von den meisten Menschen als völlig unangemessen betrachtet werden. Mehr melanesisch als asiatisch und mehr christlich als muslimisch, fügt sich Papua schlecht in die Republik Indonesien ein. Die Region ist in einer schwierigen Lage, und ich habe das Gebiet oft während der letzten vier Jahre besucht. Diese Besuche fanden vor der Einführung der Speziellen Autonomie für die Provinz und ebenso vor der Ermordung von Theys Eluay, dem Stammesführer und Vorsitzenden des Präsidiums des Papuarates im November 2001, statt.

Während meiner früheren Besuche war der beschwörende und etwas umstrittene Ruf nach Unabhängigkeit (merdeka) auf den Lippen der meisten Papua. Bei meinem Besuch in der vergangenen Woche wurde ich Zeuge eines bedeutenden Wandels: die Papua versuchen, "die Reihen schließen" und mögliche Konflikte zu vermeiden, indem sie sich verpflichten, eine "Zone des Friedens" in der Region einzurichten. Sie konzentrieren sich darauf, eine gemeinsame Linie zu vertreten, um Provokationen von außerhalb zu vermeiden. Ich glaube, es ist wirklich eine Frage des Überlebens, da die Papua mit gewaltigem Druck arbeiten und einen Weg nach vorn suchen. Anders ausgedrückt, es handelt sich darum, heimtückischen, subversiven Kräften zu widerstehen, mit denen Fremde auf die Gemeinschaft einwirken mit dem Ziel, das Gemeinwesen der Papua zu unterminieren und zu zerstören.

Papuas Geschichte ist bereits voller Gewalttaten. Internationale Organisationen schätzen, dass 30 000 Ureinwohner während der turbulenten Zeit von sechs Jahren zwischen 1963 und 1969 getötet wurden. Zudem gehen Beobachter davon aus, dass als Folge von 39 Jahren indonesischer Besetzung und Unterdrückung 100 000 Menschen in Papua umgekommen sind. Die Ausbeutung ungeheurer natürlicher Ressourcen, schlechte medizinische Versorgung, Hunger und eine überwältigende indonesische Militärpräsenz haben zu dieser Tragödie beigetragen.

Drei Fragen sind im Augenblick wichtig. Erstens gibt es gravierende demographische Veränderungen durch die Ansiedlung von Fremden in Papua. Zweitens besteht die Möglichkeit eines Konfliktes wie auf den Molukken mit der Ankunft der Laskar Jihad in Papua und dem Aufbau ihrer Organisation, "Forum

---

<sup>1</sup> John Barr ist Direktor der Ökumene-Abteilung der Uniting Protestant Church in Australien. Er verfasste den Aufsatz im Juni 2002, Originaltitel: *The Future may be Genocid.*



## Zur aktuellen Lage

---

Komunikasi Ahlus Sunnah Wal-Jammaah". Drittens gibt es ernstzunehmende geheime Absprachen und Zusammenarbeit zwischen der Jihad, den Milizen und dem Militär.

### Zuwanderung nach Papua

Die amtliche Statistik für das Jahr 2000 gibt für die Bevölkerung von Papua 1.460.846 Ureinwohner und 772.684 Nicht-Einheimische an. Dies entspricht ungefähr einem Verhältnis von zwei Papuas zu einem Nicht-Papua, was sich allerdings nicht im Erreichen von Wohlstand, bei der Ressourcenverteilung oder der Beteiligung am lokalen Wirtschaftsleben widerspiegelt. Die Papuabevölkerung - obwohl Mehrheit - ist in dieser Hinsicht eindeutig an den Rand gedrängt worden. In Jakartas Abkommen mit Papua über die Spezielle Autonomie ist vorgesehen, dass ein Teil von Papuas Reichtum in der Region bleiben soll. Das Abkommen hat allerdings die Tür für Spekulanten und Migranten aus anderen Teilen Indonesiens geöffnet. Die Spezielle Autonomie nimmt wenig Rücksicht auf die Identität der Papuas und auf das überwältigende melanesische geistige Erbe der Region.

Ich erfuhr, dass zur Zeit jede Woche mindestens fünf große Passagierschiffe aus anderen Teilen Indonesiens in Papua ankommen. Die meisten bringen auf der Hinfahrt Passagiere und fahren dann fast leer wieder zurück. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass jede Woche 5000 Fremde (vorwiegend Muslime aus Sulawesi, den Molukken und Java) in Papua ankommen. Diese Menschen sind nicht Teil eines organisierten Transmigrationsprogramms. Viele kommen mit der Unterstützung durch bereits in der Provinz angesiedelte Familienmitglieder, und gegenwärtige Trends lassen vermuten, dass die Anzahl der neuankommenden Passagiere sich noch erhöhen wird.

Es gibt allerdings noch beunruhigende Informationen. Es wird behauptet, dass das Militär die Schiffspassage von Tausenden jungen javanischen Männern nach Papua fördert. Diese jungen Männer erhalten ferner Unterstützung, um sich in einem der urbanen Zentren Papuas niederzulassen. Dr. Greg Poulgrain stellt diese Behauptung in einem Artikel in der Courier Mail vom 22.Mai 2002 auf, und er vermutet, dass sich ein Kontingent der Laskar Jihad unter diesen Migranten befindet. Im Fall eines ausbrechenden Konflikts stellen die vielen javanischen Neuankömmlinge eine Rekrutierungsquelle für das Militär dar.

Die Verteilung der Bevölkerung innerhalb von Papua ist nicht gleichmäßig. Mindestens drei von Papuas größeren Zentren haben jetzt eine muslimische Mehrheit (Sorong, Timika, Merauke). Informanten geben an, dass die indonesische Armee erwägt, eine Anzahl von neuen Militärdistrikten einzurichten - wahrscheinlich in Sorong, Timika, Merauke und Jayapura. Eine übliche Verfahrensweise in Indonesien wäre, dass eine Anzahl von neuen Distrikten oder neuen Provinzen geschaffen würde, die von muslimischen Migranten dominiert werden. Die Papuas sehen darin eine üble Strategie, die darauf hinausläuft, die einheimischen christlichen Mehrheiten im östlichen Teil Papuas zu isolieren, wobei der größte Teil des Landes dann von Zuwanderern kontrolliert würde. Viele Papuas sehen darin den Versuch einer Islamisierung der Provinz.

### Laskar Jihad in Papua

Eine Reihe von Berichten belegen bereits die Ankunft der Laskar Jihad in Papua. Die ersten Aktivitäten von Jihad fanden Aussagen zufolge im Jahr 2000 in den Bezirken Aimas und Salawati (nahe Sorong) statt, als ein Lehrer, ein Flüchtling von den Molukken, gefasst wurde, als er jemanden mit der Waffe bedrohte. Darauf folgte ein Besuch des Jihad-Kommandanten Jafar Umar Thalib in Sorong im Oktober 2001. In der Region wurden Jihad-Trainingslager für muslimische Männer eingerichtet. Teile des Trainings sind das Beachten islamischer Vorschriften und die Selbstverteidigung. Diese Veranstaltungen fanden oft spät in der Nacht auf mit Mauern umschlossenen Plätzen statt und später in abgelegenen Gegenden im Busch. Seit der zweiten Aprilwoche 2002 finden die Trainingsprogramme nun offen in den Höfen von Sorongs Moscheen statt - auch in der größten Moschee, der Mesjid Raya Al-Akbar - und zwar täglich am späten Nachmittag.

Berichten zufolge wird das Jihad-Training seit November 2001 von dem früheren Laskar Jihad Feldkommandanten in Ambon unterstützt. ELSHAM-Papua berichtet, dass ein Mitglied des örtlichen

## Zur aktuellen Lage

---

Militärkommandos (Korem) und Mitglieder der örtlichen Polizei an den Jihad-Aktivitäten in Sorong beteiligt sind. Teil des Trainings sind offenbar auch Instruktionen zum Lagern und zum Gebrauch von Waffen, Bomben und Minenwerfern. Selbst angefertigte Bomben und Raketen werden in Siedlungen und Häusern aufbewahrt. Einige dieser Waffen wurden von der christlichen Bevölkerung vor Ort entdeckt.

ELSHAM-Papua berichtete ebenfalls, dass ein Mann, der in der Al-Mujahidin Moschee in Kampong Baru in Sorong lebt, seit dem 29. Febr. 2002 in seinem Haus sechs Pakistani beherbergt. Kürzlich sind einige Afghanen gesichtet, die mit dem Schiff in Sorong angekommen sind. Die Anwesenheit dieser Ausländer weckt Befürchtungen in bezug auf terroristische Verbindungen nach Übersee.

Die lokale Politik in Sorong, z.B. die Wahl eines neuen Regierungspräsidenten (Bupati) wird wesentlich von der Präsenz der Jihad beeinflusst. Es gibt Befürchtungen, dass es nun eine Allianz zwischen der Jihad und dem örtlichen Bupati geben wird. Auf dem Markt in Sorong werden Publikationen mit dem Titel "Laskar Jihad" verkauft. Die Februarausgabe dieser Zeitschrift identifiziert die Christen mit der süd-molukkesischen Unabhängigkeitsbewegung (RMS) und behauptet, dass sie - die Christen - für die Zerstörung von Moscheen verantwortlich seien. Die Zeitschrift soll Christen - in Indonesien als auch in Übersee - Juden und die Vereinigten Staaten von Amerika verunglimpfen.

ELSHAM zufolge ist den Menschen in Sorong die Anwesenheit der Laskar Jihad bewusst. Man ist überzeugt, dass die Jihad da ist, um den Unabhängigkeitsbestrebungen der Papua entgegenzutreten und um den Papua den Islam aufzuzwingen. Die Regierungsbehörden vor Ort scheinen nicht im Stande zu sein, das Treiben der Jihad zu unterbinden. Die örtliche Polizei ist entweder unfähig oder unwillens zum Handeln. Es gibt Berichte, dass diejenigen, die den Behörden von Jihad-Aktivitäten berichten, spät in der Nacht von unbekanntem Besuchern schikaniert und eingeschüchert werden. Es gibt auch Fälle, wo Menschen, die der örtlichen Polizei von Jihad-Aktivitäten berichtet haben, mit Arrest bedroht wurden.

Sorong ist voller Geschichten über mysteriöse Personen oder seltsame Dinge. Im Januar und Februar 2001 berichteten drei Kirchen in Sorong, dass sie seltsame Umschläge in ihrer Kollekte gefunden hätten. Jeder Umschlag enthielt 1000 Rupien (etwa Euro 0,12) und Zettel mit arabischen Schriftzeichen. In der augenblicklichen Situation rufen solche Vorkommnisse alle möglichen Ängste und Verdächtigungen hervor.

Es verwundert nicht, dass viele Leute glauben, es könnte einen Ausbruch von Gewalt ähnlich wie in Ambon oder Poso geben. Einige meiner Informanten meinen, die Laskar Jihad bereite einen Angriff zwischen September und November 2002 vor. Sie sagen, Papua und Chinesen stünden im Fadenkreuz.

Die Angst ist nicht auf Sorong beschränkt. In Fakfak wurde im April 2002 die Ankunft von 175 Booten entlang der Küste beobachtet. Die Boote sollen Jihad-Mitglieder an Bord gehabt haben. Sie kommen entweder von den Molukken oder von Makassar (Süd Sulawesi), und Informanten nehmen an, dass insgesamt 300 Boote in diesem Gebiet angekommen sind. Jedes Boot hat vermutlich eine Ladekapazität von etwa 10 Passagieren plus Gepäck. Die Bevölkerung bat die örtlichen Behörden, die Boote und ihre Ladung zu untersuchen, doch diese lehnten ab. Die Boote kommen offiziell als Fischerboote, doch auch das Amt für Fischerei lehnte ab, diese Boote zu inspizieren. Es gibt nun deutliche Hinweise darauf, dass die örtlichen Behörden, die Polizei und das Militär mit Jihad gemeinsame Sache machen.

Lokale christliche Gemeinden haben vier vermutliche Jihad-Angehörige, die selbstgefertigte Pistolen und Feuerwaffen trugen, gefasst und den Behörden übergeben. Es wurden keine Schritte zur Strafverfolgung gegen diese Männer unternommen. Der letzte Vorfall fand am 28. Mai 2002 in der Nähe von Fakfak statt. Ein Mann unter dem Namen "Abu Taher" wurde aufgegriffen. Er trug einen Jihad-Mitgliedsausweis und eine Karte von Ambon (Kudamati Region) bei sich. Man sagt, dass inzwischen die Trainingsaktivitäten der Jihad von bis zu 20 Afghanen unterstützt werden, die völlig frei arbeiten, ohne dass die örtlichen Regierungsbehörden sich darum kümmern. ELSHAM berichtet, dass Osama Bin Ladens Name jetzt überall in Fakfak gegenwärtig ist.

Seit Januar verkaufen Straßenhändler T-Shirts, CDs und Bücher über Bin Laden und seinen "heroischen" Kampf gegen die USA.

## Zur aktuellen Lage

---

Jihad-Gemeinden sind auch in Jayapura in den Ortsteilen Entrop und Hamadi gebildet worden. Am 30. Mai, während eines Besuches in Arso, einer großen Transmigrationssiedlung etwa zwei Fahrstunden südöstlich von Jayapura nahe der Grenze zu Papua Neu Guinea, hörte ich Berichte über Trainingslager, die in den letzten sechs Monaten unter der überwiegend muslimischen Bevölkerung von Arso eingerichtet wurden. In diesen Transmigrationsdörfern werden Kader vorbereitet zum Aufbau von Zellen in der ganzen Region.

Die Berichte aus Arso lassen vermuten, dass die Aktivitäten von Jihad auf niedrigem Niveau gehalten werden mit dem Ziel, die örtlichen Gemeinden unauffällig zu unterwandern. Der Landrat (Camat) von Arso hat versucht, ein religiöses Forum zu bilden, um über dieses Problem zu diskutieren. Diese Initiative wurde von der christlichen Minorität aufgegriffen, allerdings wurde sie von nur wenigen Muslimen unterstützt. Die örtliche Polizei und das Militär zeigten keine Kooperationsbereitschaft.

Milizen, die Armee, Provokation und sozialer Unfrieden, geheime Absprachen und Zusammenarbeit zwischen Laskar Jihad, den proindonesischen Milizen (Satgas Merah Putih) und der Armee wuchern völlig ungehindert in Papua. Ein Mann namens Ali Purnama, der Jihad in Fakfak eingeführt haben soll, hat direkt mit der proindonesischen Miliz zusammengearbeitet. Laskar Jihad und die proindonesischen Milizen (Satgas Merah Putih) trainieren zusammen an geheimen Orten im Dschungel mit dem gemeinsamen Ziel, den Papua-Separatisten entgegenzutreten und sie zu vernichten. Die Regierung glaubt, dass die Unabhängigkeit Papuas das Auseinanderbrechen Indonesiens bedeuten würde und dass alle Muslime in Papua zum Christentum übertreten müssten.

Dr. Greg Poulgrain von der Universität Queensland behauptet, dass das Militär die Überfahrt von Tausenden jungen Männern von Java nach Papua ermöglicht. Darunter sind Laskar Jihad Mitglieder und Rekruten für die proindonesischen Milizen (Satgas Merah Putih). Inzwischen gibt es deutliche Beweise für die direkte Rekrutierung von Einheimischen in die proindonesischen Milizen durch die indonesische Armee (TNI). Ein vorliegendes Dokument zählt die Namen von 80 Einheimischen auf, die in die Satgas Merah Putih der Region Jayawijaya im Hochland aufgenommen wurden. Die Namensliste wird gebilligt und ist unterzeichnet von dem Militärkommandanten des Distriktes. Sie führt auch eine Reihe von lokalen Stammesführern auf, die angeblich die Sache der Miliz unterstützen.

Das Training der Laskar Jihad in Fakfak wird von Angehörigen der militärischen Sondereinheit Kopassus koordiniert. Ähnliche Verbindungen zwischen Kopassus, Jihad und den proindonesischen Milizen (Satgas Merah Putih) gibt es in anderen Teilen Papuas. Ein Informant zog den Schluss, dass jede Gruppe unabhängig operiert, dass sie aber alle Teile ein und desselben Szenarios sind. Möglicherweise besteht Verbindung zu den Gefürchteten "ninjas", maskierten Männern in schwarz, die in ganz Indonesien die Bevölkerung terrorisieren. Sie werden darin ausgebildet, zu provozieren, zu terrorisieren und zu morden. Diese "ninjas" waren höchstwahrscheinlich in das Massaker in dem Dorf Soya in Ambon am 28. April 2002 verwickelt. Sie sind kürzlich in Poso wiederaufgetaucht, und ein Informant sprach kurz mit mir darüber, dass "ninjas" in letzter Zeit auf der Insel Biak aufgetaucht seien.

Zur Zeit operieren 2000 Kopassusangehörige in Papua. Eine spezielle Elitetruppe, die aus 100 besonders ausgebildeten Mitgliedern unter der Bezeichnung "Pasukan Satuan Tugas Pemburu" (Sonderkommandoeinheit der Jäger) besteht, wird in Kürze aus ihrem Hauptquartier in Medan in der Region eintreffen. Die Papuas haben natürlich Angst bei dem Gedanken an eine weitere militärische Machtdemonstration. Man traut Sondereinheiten und besonderen Elitetruppen nicht. Ich hörte eine Reihe von Geschichten über die wachsende Anzahl von HIV Aidsfällen in Papua. Ich konnte zwar keine genaue Statistik bekommen, jedoch ist die Zunahme von Aids besorgniserregend. Viele Menschen glauben, dass das Militär ein persönliches Interesse daran hat, diese Krankheit hier einzuschleppen und sich verbreiten zu lassen.

Die Einführung von Aids wird als eine effektive Maßnahme zur Auslöschung der Eingeborenenbevölkerung angesehen. Die steigende Anzahl von HIV-Infizierten bei abgelegenen Stämmen in der Gegend von Merauke ist ein solcher Fall. Sie ist eine Folge der Einführung der Prostitution in der Gegend. Den Stammesführern

werden Prostituierte als Teil der Entschädigung (Kaufsumme) beim Erwerb von Stammesland angeboten. Viele glauben, dass dies ein eklatanter Fall von ethnischer Säuberung ist.

Pastor Herman Awom, Vize Moderator der Evangelisch-Christlichen Kirche im Papualand (GKI di Tanah Papua) und Mitglied des Präsidiums des Papuarates bestreitet die Notwendigkeit, mehr Truppen nach Papua zu entsenden. Er sagt: "Es gibt keinen treffenden Grund zu einer solchen Aktion, da Papua relativ stabil und friedlich ist. Es existieren zur Zeit keine größeren Hochburgen der Organisation für ein freies Papua (OPM) in Papua, die eine solche Maßnahme erfordern würden."

Wie auch andere Kirchenführer befürchtet Awom, dass Papua in einen Konflikt wie auf den Molukken hineingezogen wird, wobei Provokationen von Seiten des Militärs, der Milizen oder der Jihad - oder von allen dreien - das Land in eine tragische Spirale der Gewalt und Zerstörung hineinzwingen.

Awoms Bedenken sind berechtigt. Am Freitag, dem 7. Juni, zirkulierte das Gerücht, dass das Grab von Theys Eluay, dem ermordeten Vorsitzenden des Präsidiums des Papuarates, mutwillig zerstört wurde. Es gibt ebenso Gerüchte, dass Benny Wenda, der Vorsitzende des Stammesrates der Hochlandpapua (DEMAK = Dewan Musyawarah Koteka) am Samstag, dem 8. Juni festgenommen und in Polizeigewahrsam gehalten wurde.<sup>2</sup> Solche Gerüchte wollen die Papuabevölkerung aufreizen und allgemeine Panik zu erzeugen. Viele glauben, dass solche Gerüchte absichtlich von indonesischen Agenten in Umlauf gebracht werden mit dem Ziel, ernsthafte Unruhen hervorzurufen.

Ein Papua kommentiert völlig zutreffend: "Sie töteten Theys Eluay, aber es entstand daraus kein Krieg. Sie versuchten, Papuaführer zu verhaften, trotzdem bleiben die Papua dabei, dass ihre Bewegung gewaltfrei ist. Dann begannen die Indonesier, Gerüchte in die Welt zu setzen, aber sie haben immer noch keinen Erfolg. Wir wollen Frieden, Sicherheit und Stabilität in West Papua ... wir wollen, dass Indonesien seinen Staatsterrorismus beendet."

### **Wird die Zukunft Völkermord sein?**

Meine Papuafreunde sagen mir, es gebe eine Belohnung von zwei Millionen Rupien (ca. 240,00 Euro) für die Exekution eines Unabhängigkeitsaktivisten in Papua. Die Jihad und die Miliz werden ausdrücklich darin ausgebildet, "Papua zu töten". Ein aktueller ELSHAM -Report berichtet von einem Fall in Sorong: ein vierjähriger Junge wurde dabei beobachtet, wie er einen Teil einer handgefertigte Bombe auf der Türschwelle seines Hauses in der Hand hält. Dabei soll er gesagt haben: "Kabel ini Bapak bikin untuk nanti mau bom orang Papua." ("Mein Vater hat diese Kabel gemacht, um damit ein paar Papua in die Luft zu sprengen").

Ich erinnere mich auch an die Worte eines örtlichen Polizeikommandanten, der in einem Gespräch mit einem Kirchenführer sagte: "Wir sind dazu ausgebildet zu töten... und nicht die Sache der Menschenrechte zu vertreten!"

Die Kirchen stehen unter starkem Druck von innen und von außen. Sie sind die wichtigste und wirksamste Institution in Papua - wenn es darum geht, das Vertrauen der Einwohner zu gewinnen und das Gemeinwesen in Frieden und ohne Gewalt zu führen. Die Aktivitäten von Kirchen und Menschenrechtsaktivisten werden

ständig vom militärischen Geheimdienst beobachtet. Todesdrohungen sind ergangen, und ich zweifle nicht daran, dass das Leben von führenden Persönlichkeiten in Papua, auch von Kirchenführern, in Gefahr ist.

Die gute Nachricht ist, dass Papua sich bisher allen Provokationen und Einschüchterungsversuchen widersetzt hat. Es bestehen enge Beziehungen zwischen den Kirchen, es gibt gute Beziehungen zu solchen

---

<sup>2</sup> Beides waren keine Gerüchte. Der Grabaufbau wurde in der Nacht in Brand gesteckt, aber das Feuer bald wieder gelöscht. Benny Wenda wurde verhaftet und blieb wochenlang in Haft. Ihm wurde vorgeworfen, einen bewaffneten Angriff auf verschiedene Polizeiposten vorzubereiten.

## Zur aktuellen Lage

---

muslimischen Gemeinden, die sich dem islamischen Extremismus und den Jihad-Umtrieben nicht anschließen wollen. Die Papuas nehmen die Verpflichtung, ihr Land zu einer Zone des Friedens zu machen, sehr ernst, und viele

Differenzen, die zwischen den Unabhängigkeitsgruppen bestanden, werden jetzt angesprochen und ausgeräumt.

Unruhestifter behaupten, Papua sei eine Brutstätte des Separatismus, der von christlicher Seite betrieben würde. Dies würde zur Spaltung Indonesiens führen. Solche Behauptungen sind undifferenziert und weit von der Wirklichkeit entfernt. Hier steht viel auf dem Spiel.

Jeder Ausbruch von Gewalt und jeder soziale Aufruhr in Papua gibt dem Militär die Rechtfertigung einzugreifen. Das Militär wartet nur auf "grünes Licht", seine Machtstellung rücksichtslos geltend zu machen und Papuas enorme Ressourcen zu sichern. Gleichzeitig wird jeder religiösen Konflikt zwischen christlichen Papua und der wachsenden muslimischen Gemeinde ein Signal für eine vermehrte Tätigkeit der Jihad. Die Laskar Jihad warten darauf, einzugreifen und die Provinz Papua für Indonesien zu sichern. Denn es wird behauptet, der Islam sei zur Zeit die einzige Kraft, die Indonesien zusammenhalten könne.

Inmitten dieses gärenden Prozesses werden Milizen - sowohl Nicht-Papua wie Papua - rekrutiert, trainiert, bewaffnet und geschmiert, um die Drecksarbeit zu leisten. Das erinnert sehr an Ost-Timor, und Papua muss sehr vorsichtig sein.

Am 9. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Konvention über Völkermord von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Diese Konvention gibt eine zutreffende Definition von Völkermord:

Den Tatbestand des Völkermordes erfüllen jede der folgenden Handlungen, die die Zerstörung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe ganz oder teilweise zum Ziel haben, wie:

- (a) Das Töten von Mitgliedern dieser Gruppe;
- (b) Das Zufügen von ernstlichem körperlichen oder seelischen Schaden an Mitgliedern dieser Gruppe;
- (c) Das bewusste Herbeiführen von Lebensbedingungen für diese Gruppe, die darauf abzielen, sie ganz oder teilweise auszulöschen;
- (d) Maßnahmen, die dazu dienen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern;
- (e) Die zwangsweise Überführung von Kindern dieser Gruppe in eine anderen Gruppe;

Ich erinnere mich noch an jenen Tag in Soe, West Timor, als das Wort "Genozid" erwähnt wurde. Milizen ermordeten in geheimer Absprache mit dem indonesischen Militär Hunderte, wenn nicht Tausende ost-timoresische Männer, Frauen und Kinder. Man sagte uns, dass das geschehen würde, und wir versuchten, die Regierungen überall auf der Welt davon zu überzeugen, dass es so kommen würde. Das Gleiche ist nun auf den Molukken geschehen, wo christliche und muslimische Gemeinschaften unter der fälschlichen Vorstellung, Christen und Muslime hassten einander, ausgelöscht wurden.

Letzte Woche wurde das Thema "Genozid" wieder zur Sprache gebracht, diesmal während eines Besuches in Papua. Mein Freund sprach nicht im Scherz. "In 25 Jahren", meinte er, "könnten wir Papua ausgelöscht sein."

Die Welt muss Notiz davon nehmen. Das Leben und die Zukunft Papuas ist ein humanitäres Problem und deshalb ein Anliegen aller Menschen. Das Leben und die Zukunft Papuas ist eine Sache der Gerechtigkeit und deshalb ein Anliegen aller unvoreingenommener und rechtlich denkender Menschen. Das Leben und die Zukunft Papuas betrifft uns als unmittelbare Nachbarn. Es betrifft uns, da wir mit den Menschen in Papua als Brüder und Schwestern in Christus verbunden sind. Deshalb ist es ein Anliegen der australischen Gesellschaft sowie der australische Kirchen. Wir können nicht einfach beiseite stehen.

Übersetzung aus dem Englischen: Helga Heeschen, West Papua Netzwerk:

## Zur politischen Situation in West Papua –Eindrücke einer Reise

Von Siegfried Zöllner

Im Mai und Juni dieses Jahres war ich in West Papua. Als ich zurück kam, fand ich auf meinem Schreibtisch den Artikel von John Barr mit dem Titel *The Future may be Genocide* vor. Er war wenige Wochen vor mir in West Papua. Viele seiner Gespräche und Informationen stimmten mit dem überein, was mir berichtet wurde und was ich selbst erlebte. Auch bei mir hatte sich ein Gefühl der Sorge um die Menschen in den Vordergrund gedrängt. John Barr's Artikel hat mit Recht weitgehende Beachtung gefunden, auch wenn die eine oder andere Einzelheit anders gedeutet werden mag. Ich möchte meine Eindrücke ergänzend hinzufügen und komme zu der selben Schlussfolgerung, die Barr mit der Formulierung seines Titels zieht: Die Zukunft könnte Genozid sein.

Die politische Situation ist bestimmt von drei Themen: (1) Durchführung der Autonomie-Gesetze, (2) Ergebnis der Untersuchung des Mordes an Theys, (3) Aktivitäten der Laskar Jihad

### **Durchführung der Autonomie-Gesetze**

Das Autonomie-Gesetz ist in Kraft, es fehlen noch viele Ausführungsbestimmungen, sog. PERDA (Peraturan Daerah), die vom Provinzparlament (DPRD) formuliert und beschlossen und wahrscheinlich in Jakarta genehmigt werden müssen. Zunächst einmal beinhaltet das Gesetz einen finanziellen Zuschuss zum Budget der Provinz unter dem Namen „Dana Otsus“ in Höhe von Rp. 1,3 Triliun. 60% davon verbleiben bei der Provinz, 40% werden an die Kabupaten verteilt. Von den 40% werden 200 Milliarden in bar ausgezahlt, der Rest muss für beantragte Projekte verwandt werden. Man ist dabei, das Geld zu verteilen. Es werden große und kleine Projekte entworfen. Jeder Landkreis (kecamatan) soll aus der Barauszahlung etwa eine Milliarde Rupiah erhalten und damit lokale Projekte durchführen.

Die Provinzregierung möchte einen großen Teil des Geldes für Bildung ausgeben. Es wird davon geredet, dass Schul- und Studiengebühren der Regierungsschulen und –universitäten gestrichen werden sollen. Ich hörte, dass die Prüfungsgebühren (Ebtanas) schon gestrichen seien. Doch das betrifft die vielen privaten Bildungsinstitutionen nicht, auch nicht (oder noch nicht) die kirchlichen Schulstiftungen.

Das Autonomiegesetz sieht die Errichtung einer „zweiten Kammer“, des „Majelis Rakyat Papua“ (MRP = Rat des Papuavolkes) vor. Dieser Rat hat laut Gesetz beachtliche Kompetenz. Er kann alle Beschlüsse des Provinzparlaments mitgestalten bzw. auch ein Veto einlegen. Jeder Regierungsbezirk (Kabupaten) entsendet drei Personen, und zwar eine Frau, einen Religions- und einen Adatvertreter. In Manokwari nahm ich an einem workshop teil, bei dem die Prozedur der Auswahl und Kriterien der Kandidaten diskutiert wurden. Der workshop war von der in Manokwari ansässigen Menschenrechtsorganisation LP3BH organisiert und wurde von Yan Christian Warinussy kompetent geleitet. In den Kirchen wird überlegt, wer in diesem Rat die Kirchen (Religionen) vertreten soll. Die Befürchtung ist jedoch groß, dass der Rat in seinen Entscheidungen nicht frei und der Manipulation durch die Regierung ausgesetzt ist. Von Biak wurde mir berichtet, dass hier die drei Vertreter für den MRP von der Regierung benannt wurden. Das kann natürlich nicht im Sinne des Gesetzes sein, aber es zeigt, wie schwierig es ist, Demokratie und Partizipation zu verwirklichen. Es zeigt auch, dass die Befürchtungen der Kritiker des Autonomiegesetzes zu Recht bestehen. Die Papuabevölkerung erwartet überhaupt nichts von der besonderen Autonomie. Sie hält das Gesetz für einen weiteren Versuch der indonesischen Regierung, den wirklichen Problemen im Verhältnis zwischen Jakarta und den Papua aus dem Wege zu gehen.

### **Ergebnis der Untersuchung des Mordes an Theys Eluay**

## Zur aktuellen Lage

---

Das Ergebnis der von Megawati eingesetzten Nationalen Untersuchungskommission (KPN) lautete: Der Mord war kein politischer Mord, sondern ein gewöhnlicher Kriminalfall, auch wenn Kopassusleute als Tätergruppe identifiziert wurden. Dies Ergebnis wurde am 16. Mai in Jakarta bekannt gegeben. Gegen das Ergebnis wurde von Papuas überall im Land demonstriert. Das Provinzparlament (DPRD) setzte eine Sonderkommission (Pansus) ein, die dann ebenfalls das Ergebnis ablehnte. Die Ablehnung seitens des DPRD basiert vor allem auf den Berichten von John Ibo und Phil Erari, die Mitglieder des KPN waren und sich bei den Abstimmungen innerhalb des KPN nicht durchsetzen konnten. Beide sind dann ausgeschieden und haben ihre Sicht des Untersuchungsergebnisses – Manipulation und Vertuschung der Fakten - durch Interviews in die Öffentlichkeit gebracht.

Der DPRD entsandte eine Delegation nach Jakarta, das sog. "Tim 16" . Die Gruppe wurde auch von der Präsidentin empfangen<sup>3</sup>. Jetzt solle ein neuer Untersuchungsausschuss (KPP-HAM) gebildet werden, hieß es.

Ein wichtiger Zeuge im Mordfall Theys, Yeret Imowi, sollte von Kopassusleuten gelyncht werden. Dieser Zeuge hatte gesehen und ausgesagt, dass der Fahrer von Theys, Ari Masoka, am Abend des Mordes von Kopassusleuten in der Kaserne geschlagen worden war und in einen anderen Raum gezerrt wurde. Am 10. Mai 2002 wurde auf Yeret Imowi geschossen, doch die Schüsse verfehlten ihn, der Täter wurde gefasst und als Kopassus-Sergant Yani identifiziert. Natürlich schweigt er sich über seine Auftraggeber aus. Man muss sich klar machen, dass das gesamte Kopassus-Personal von November 2001 abgezogen und ersetzt wurde. Sergant Yani hat also seine Aufträge von den Kameraden der vorigen Einheit aus Jakarta erhalten. Er wurde nach Jakarta gebracht und ist dort mit den andern neun Kopassusleuten inhaftiert. Der Prozess gegen die zehn soll bald beginnen.

### Aktivitäten der Laskar Jihad

Die Aktivitäten der Laskar Jihad sind in aller Munde. In Sorong gibt es offiziell das Büro der Ahlus Sunnah Wal Jamaah. Diese Gruppe gilt als Dachorganisation für radikale Muslimgruppen, auch für die Laskar Jihad („Kämpfer des Heiligen Kriegs“). Ihre „religiösen“ Aktivitäten sind in Indonesien legal. Offiziell wird zugegeben, dass während der letzten sechs Monate mehrere hundert Laskar-Jihad-Angehörige nach West Papua eingewandert und in sieben Regierungsbezirken tätig sind: Merauke, Fakfak, Sorong, Manokwari, Biak, Jayapura und Wamena.<sup>4</sup> Sie wohnen oft in Moscheen, und sind gelegentlich erkennbar an ihren langen weißen Gewänder, die sie am Freitag zum Gebet tragen. Sie geben sich als Unterstützer der Islamischen Gemeinden aus. Während der Woche arbeiten sie oft unauffällig als Händler. Solchen Gruppen sollen auch in kleinen Dörfern in der Umgebung Jayapuras wie in Depapre und Arso tätig sein. Sie leben dort in den Moscheen. Es soll Moschee-Gemeinden geben, die diese Leute weggeschickt haben mit der Begründung, man wolle mit seinen christlichen Nachbarn in Frieden leben – also fürchtet man eine Fanatisierung oder Radikalisierung der Gemeinde seitens dieser kleinen Gruppen. In Wamena haben sie gut ausgestattete Kioske. In Sorong meldete die islamische Gemeinde acht oder neun Personen mit pakistanischen Pässen bei der Immigrationsbehörde an. Im Gespräch mit dem Beamten, der sich zurückhaltend zeigte und die Personen mit ihren Pässen selbst sehen wollte, sagte der Moschee-Vertreter: „Wollen Sie Krieg mit uns machen?“ In Biak wurden islamische Gemeinden darüber informiert, dass eine Gruppe von fünf Personen Hausbesuche bei den Gemeindegliedern machen wird. Die Aktivitäten sind zur Zeit noch religiöser Art (dakwa = Mission, Gemeindeaufbau), doch besteht die Befürchtung, dass die muslimischen Gemeinden fanatisiert und auf den Kampf gegen die „Ungläubigen“ vorbereitet werden sollen. Es bestehen gelegentlich gute Kontakte der Kirchen zu den islamischen Führern der „Musyawah Ulama Indonesia“ (MUI). Die MUI vertritt die traditionellen, nicht radikalen Muslimgemeinden. Diese haben selbst auch Sorge vor einer Radikalisierung durch „Gäste“ von außen. In Biak hat der Vertreter des

---

<sup>3</sup> Zum „tim 16“ gehörten auch Mitglieder des Präsidiums des Papuarates, u.a. Taha al Hamid (Sekretär des PDP) und Yorris Raweyai. Beide nahmen nicht am Empfang bei der Präsidentin teil. Yorris Raweyai wurde vom Protokollchef der Präsidentin vom Empfang ausgeschlossen und daraufhin hat Taha al Hamid (Sekretär des PDP) auch auf den Empfang verzichtet.

<sup>4</sup> So der Sprecher der Laskar Jihad in Java, Ayip Syafruddin, nach einem Bericht der Jakarta Post vom 12. April 2002 und nach einem Bericht von Inter Press Service vom 15. April 2002. Der Jihad-Kommandeur von Makassar hat sich laut AFP im Februar 2002 ähnlich geäußert – vergl. den Bericht „Laskar Jihad is targeting Papua“ vom Elsham-Papua vom 12. März 2002.

## Zur aktuellen Lage

MUI den Kirchenführern im Gespräch mitgeteilt, dass es noch keine Laskar-Jihad – Aktivitäten in Biak gibt. Er werde die Christen früh genug warnen, denn er selbst wolle auch keine Laskar Jihad haben.

In Fakfak sollen T-Shirts mit dem Bild Osama Bin Ladens verbreitet worden sein. Dort sei auch bei der Verhaftung eines Verdächtigen ein Video gefunden worden, das den Überfall von Laskar-Jihad-Kämpfern auf ein christliches Dorf in den Molukken zeigt. Es hat auch weitere Verhaftungen von verdächtigen Personen wegen Waffenbesitzes gegeben.<sup>5</sup>

Da jede Woche drei oder vier große Passagierschiffe aus Jakarta eintreffen, ist eine Kontrolle fast nicht möglich. Der Polizeipräsident sagte im Gespräch, dass die Polizei versuche, bei anlaufenden Schiffen die Personalausweise zu kontrollieren. Wer keinen besitze, werde zurück geschickt, heißt es. Doch wer einmal auf einem solchen Schiff gefahren ist, weiß, dass eine solche Kontrolle äußerst schwierig ist. Aus Sorong wird berichtet, dass für militante Muslime gültige Personalausweise vorab hergestellt und den betreffenden vor Verlassen des Schiffes ausgehändigt werden. Man geht allgemein davon aus, dass die Laskar Jihad von Kreisen aus den Behörden und dem Militär gedeckt und unterstützt werden. In einigen Fällen will man unter den langen weißen Gewändern Militärkleidung gesehen haben. Der Vizepräsident Hamzah Haz selbst soll diese und andere radikalen Gruppen unterstützen. Er hat immerhin den Führer der Laskar Jihad, Jafar Umar Thalib, in Jakarta im Gefängnis besucht! Das wurde in allen Zeitungen berichtet und z.T. kritisch kommentiert. Offiziell sagt die Polizei, dass sie keine Beweise für Aktivitäten der Laskar Jihad in West Papua hat.

Im Flugzeug erzählte mir meine Nachbarin, die aus Semarang/Java stammt, dass die Laskar Jihad einen Treueschwur leisten und blinden Gehorsam versprechen müssen. Danach ist ein Ausscheiden nicht mehr möglich, wer dennoch ausscheiden will, muss mit einer internen Todesstrafe rechnen. „Sie sind dumm und gefährlich“ sagte sie wörtlich.

In der Universitätsstadt Abepura bieten islamische Agenten den Studenten freie Studienaufenthalte auf Java an. Da das Studium teuer ist und bei den Studenten chronischer Geldmangel herrscht, ist die Versuchung groß, das Angebot anzunehmen. Ein Student, der das Angebot angenommen hatte, kam nach einigen Wochen zurück und berichtete, dass er in einem Pesantren den Koran in arabischer Sprache lernen musste und gezwungen war, am islamischen Gebetsleben teilzunehmen. Er konnte dies als Christ nicht mehr aushalten und kehrte zurück. Es gibt auch Übertritte von Studenten in Abepura zum Islam. Alle meine Gesprächspartner meinen, dass hier eine systematische Islamisierung stattfindet.<sup>6</sup>

Ende Mai reisten einige religiöse Führer auf Empfehlung des Gouverneurs in Sachen Laskar Jihad nach Jakarta.<sup>7</sup> Sie sollten einige Minister und möglicherweise die Präsidentin sprechen und auf ein Verbot der Laskar Jihad in Papua hinwirken. Offensichtlich war der Besuch schlecht vorbereitet. Einige Termine kamen gar nicht zustande, auch kein Empfang durch die Präsidentin.

In Verbindung mit der Laskar Jihad wird viel über die sog. Barisan Merah Putih gesprochen, die rot-weißen Milizen. Hier sind die Hinweise sehr deutlich. Es gibt Berichte und Dokumente (Namenslisten) über Gruppen in Wamena, Manokwari, Sorong und Fakfak. Die Mitglieder sind meistens arbeitslose Papua-Jugendliche, die gegen Bezahlung angeworben werden. An den genannten Orten soll es Trainingslager geben. Ein Dokument, das mir vorliegt, erläutert die Strategie dieser Gruppen. Sie werden von Jakarta gesteuert, einer der Führer ist Yorris Raweyai. Zu den schriftlich festgelegten Strategien gehören „Missbrauch der Religion“, „Verdrehung von Fakten“, „Einsatz von Verrätern“, „Verbreitung von Gerüchten“ – z.B. einem Plan, „dass im September 2002 die Christen in Papua abgeschlachtet werden sollen“. Äußeres Ziel dieser Milizen ist der Verbleib Papuas bei Indonesien und die Bekämpfung des Separatismus. Methode und Strategie sind die Schaffung von blutigen horizontalen Konflikten in der Papuagesellschaft, die dem Militär gewaltsames Eingreifen ermöglichen. Ein Mitglied des Bezirksparlaments in Wamena (ein Nicht-Papua!) sah im Gespräch die Situation äußerst kritisch. Er sagte: „Das eigentliche Ziel der Muslime und der indonesischen Regierung ist das Abschachten der Christen, d.h.

<sup>5</sup> Jakarta Post vom 12. und vom 18. April 2002

<sup>6</sup> Dies Ziel wird auf der Website [www.laskarjihad.or.id](http://www.laskarjihad.or.id) genannt - vergl. den Bericht „Laskar Jihad is targeting Papua“ vom Elsham-Papua vom 12. März 2002.

<sup>7</sup> Über das Gespräch der religiösen Führer mit dem Gouverneur berichtet die Jakarta Post vom 18. April 2002



## Zur aktuellen Lage

---

der Papua.“ Ähnlich äußerte sich auch der Vorsitzende des Provinzparlaments in Jayapura in einem Gespräch, bei dem ich anwesend war.

Laskar Jihad ist in Papua ein heißes Thema, es gibt viele Gerüchte, viele Ängste aber auch viele deutliche Hinweise.

### Militärisierung

Die Polizei von Papua veröffentlichte in der Tageszeitung in Jayapura (Cenderawasih Pos) einen Bericht, nach dem angeblich Hochlandpapua planen, einige Polizei- oder Militärposten zu überfallen. Zwei Beteiligte wurden namentlich genannt, einer von ihnen, Benni Wenda, der Vorsitzende des Verbandes der Hochlandpapua<sup>8</sup>, wurde verhaftet. Die Polizei behauptete, Beweise für diesen Plan zu haben – diese wurden aber nicht bekannt gegeben. In diesem Zusammenhang sagte Dr. Benny Giay: „Wir Hochlandpapua sind als Staatsfeinde abgestempelt!“ Das Militär sucht immer einen Anlass, eingreifen zu können. In Jakarta wurde in diesen Tagen (Mai 2002) ein neuer Stabschef (KSAD) vereidigt, General Ryamizard Ryacudu. In seiner Einführungsrede soll er sinngemäß gesagt haben, mit Demonstranten werde in Zukunft kurzer Prozess gemacht. Er wurde so zitiert: "Ich halte mich an Gottes Gesetz: Der Gute (Wahre) kommt in den Himmel, der Böse fährt zur Hölle." In einer Rede am 4. Juli 2002 vor Soldaten und Offizieren sagte er: „Habt keine Angst vor Vorwürfen, ihr würdet das Gesetz brechen oder Menschenrechtsverletzungen begehen. Wenn ihr Angst habt, dann werdet ihr irritiert und an eurer Pflichterfüllung gehindert sein.“<sup>9</sup>

Der noch von Wahid eingesetzte Oberste Befehlshaber (Panglima), Widodo – ein Marinegeneral - musste vorzeitig gehen. Sein Nachfolger ist Endriartono Sutarto, wie sein Stabschef genießt er den Ruf eines Hardliners und eines Mannes der Suharto-Ära. Dies sind die Leute, die in Jakarta in den nächsten Jahren den Ton angeben. An einem Dialog mit den Papua besteht von seiten Jakartas kein Interesse mehr. Wer die Einheit des Staates hinterfragt oder gar als „Seperatist“ abgestempelt werden kann, ist Staatsfeind und hat kein Lebensrecht in Indonesien. Diese Staatsfeinde zu eliminieren ist die Pflicht des Militärs.

Kein Wunder, dass die Papua immer wieder fragen: Haben wir noch Lebensrecht in diesem Staat? Brauchen wir nicht einen eigenen Staat – einfach um zu überleben?

Ich schließe meinen Bericht mit einem Lied, das von Jugendlichen in Kosarek gesungen wurde und die ganze Sehnsucht der Papua nach Veränderung und einer hoffnungsvollen Zukunft zum Ausdruck bringt:

Wir Kinder Irians,  
wir besteigen den Wenahik-Berg,  
wir schauen herab auf das Land Papua.  
Wir Kinder Papuas,  
wir besteigen den Wenahik-Berg,  
wir schauen auf das Land Papua.  
O mein Vater – wann endlich sind wir frei?  
O meine Mutter – wann endlich sind wir frei?

---

<sup>8</sup> DEMAK= Dewan Masyarakat Koteka = (wörtlich:) Rat der Penishüllenträger. Die DEMAK gilt als militante Gruppe.

<sup>9</sup> Sam Cahyadi in *Tempo Interaktiv* aus dem *Tempo News Room* am 4. Juli 2002

## AIDS als Strategie des Genozids?

### Kassandra-Rufe über West Papua

Von Julie Flanagan, Barcelona

Pfarrer John Barr von der Uniting Church in Australien behandelt in einem kürzlich erschienenen Artikel die alarmierende Lage in West Papua und gebraucht dabei den Begriff Völkermord nach der Definition der UNO Konvention über Völkermord von 1948. Es ist nicht das erste Mal und wird auch nicht das letzte Mal sein, dass Kassandra vergeblich ihre Stimme über West Papua erhoben hat. Seit dem Referendum zur Selbstbestimmung (Act of Free Choice) von 1969, als die Vereinten Nationen auf Druck der amerikanischen geopolitischen und wirtschaftlichen (Öl und Erze) Interessen ihren Auftrag erfüllten und sicherstellten, dass aus West Papua Irian Jaya, die 26. Provinz Indonesiens wurde, hat die indonesische Regierung unabhängige Beobachter fast völlig von dem Gebiet fern gehalten. Vereinzelt dringen aber doch Informationen nach außen und über viele Jahre kann man aus Berichten von verzweifelten Einzelpersonen, Gerüchten und Zufallsnachrichten harte Tatsachen über den am wenigsten bekannten und am gleichgültigsten beurteilten Völkermord erschließen. Nur wenige Veröffentlichungen berichten darüber.

Pfarrer Barrs Bericht enthält einen neuen schockierenden Gesichtspunkt, der den langen Katalog der Schreckenstaten des indonesischen Militärs in West Papua noch einmal erweitert. Er sagt: „Ich hörte mehrere Berichte über die Ausbreitung von HIV-Aids in Papua. Zwar konnte ich keine genauen Zahlen erhalten, aber man sagt, der Anstieg von HIV-Aids Fällen sei alarmierend. Viele Leute glauben, dass das Militär ein starkes Interesse daran hat, die Seuche einzuführen und am Leben zu erhalten. Die Einführung von HIV-Aids wird als ein wirksamer Weg zur Ausmerzungen der Urbevölkerung betrachtet. Alarmierende Prozentzahlen von HIV-Aids unter abgelegenen Stämmen in der Gegend von Merauke unterstreichen diese These. Sie sind die Folge der Einführung von Prostitution in dieser Gegend und das bewusst geplante Angebot von Vergünstigungen an örtliche Stammesführer als Antwort auf den Erwerb von Land für die kommerzielle Entwicklung. Viele halten dies für einen offensichtlichen Fall von ethnischer Säuberung.“

Hinzufügen kann man, was zwei weitere zuverlässige Informanten im Anschluss an ihre Besuche kürzlich gesagt haben. „Es gibt ein allgemeines Misstrauen gegenüber der staatlichen Gesundheitsversorgung in West Papua. Ich habe vom Verdacht gehört, dass mit militärischer und örtlicher Beteiligung Prostituierte nach West Papua gebracht wurden. In Gegenden wie dem Balim Tal schlafen die Frauen lange Zeit nach einer Geburt nicht mit ihren Männern. Darum gehen einige Männer zu Prostituierten und ermöglichen so die Ausbreitung von Aids. Ich habe von dem ernsthaften Verdacht gehört, dass Frauen unfreiwillig im Krankenhaus von Wamena sterilisiert werden (eine Strategie, die in Ost Timor angewendet wurde – JF). Dieser Verdacht ist sehr schwerwiegend und sollte verfolgt werden. Das Krankenhaus von Wamena wird unter anderem von der Europäischen Kommission (ECHO) finanziert. Dieses Misstrauen kann sich nur negativ auf die Verbreitung von AIDS auswirken.“ Der zweite Informant nennt als Grund für das Wachstum der Zahl von HIV-AIDS Infektionen: „Es wurde auf die Holzfällfirmen hingewiesen, die infizierte Prostituierte bewusst in abgelegene Dörfer bringen.“ (Das lukrative und destruktive Holzfällergeschäft ist eine Domäne des Militärs und der alten Garde von Suharto – JF). Wie viel Gewicht soll man solchen Geschichten geben?

Zuerst etwas zur Situation von HIV-AIDS in West Papua. Mit einer Bevölkerung von etwa 1.460.846 Einheimischen und 722.684 Zugewanderten (Transmigranten von Indonesien), führt West Papua die Statistik mit der höchsten Zahl an HIV-AIDS Fällen in Indonesien an (Gesamtbevölkerung um 212.000.000). Mit anderen Worten, nach offiziellen Zahlen vom 31. März 2002 werden 30% der registrierten HIV-AIDS Fälle in Indonesien unter 1% der Gesamtbevölkerung gezählt, (national insgesamt 2.876, West Papua 828). Dasselbe gilt für 43,9% der ausgebrochenen AIDS Fälle (national 689, West Papua 302). Mit anderen Worten, in Indonesien insgesamt gibt es 0,325 Fälle von HIV-

## Zur aktuellen Lage

---

AIDS auf 100.000 Bewohner, wogegen in West Papua diese Zahl bei 13,3 auf 100.000 liegt. Das ist umso erschreckender, wenn man bedenkt, dass West Papua immer als primitiv und isoliert angesehen wurde mit weit verstreuten Siedlungen in schwierigem Gelände. Im Juni wurden 994 registrierte Fälle von HIV-AIDS gezählt, also ein Anstieg von 18% gegenüber den Zahlen vom März. Beobachter nennen dies eine „afrikanische Kurve“ und auch nur die Spitze des Eisbergs. Ein Grund dafür, dass man das Ausmaß der Tragödie nicht genau bestimmen kann ist die äußerst geringe Dichte der medizinischen Versorgung: Das Verhältnis von Medizinern zur Bevölkerung, Spezialisten und Zahnärzte eingeschlossen, beträgt 1 : 10.000. Erschwerend kommt das Misstrauen der Bevölkerung in die medizinischen Zentren hinzu. Man vermutet, dass in Papua ein Aidskranker höchstens eine Lebenserwartung zwischen zwei und fünf Jahren hat. Ein großer Teil der Betroffenen sind berufstätige Männer zwischen 20 und 39 Jahren (die Lebenserwartung für Papua allgemein liegt bei 49 Jahren). Dazu kommen weibliche Prostituierte, die von Indonesien ins Land gebracht wurden, um das Gebiet der riesigen Bergbauanlagen von Freeport in Timika zu bedienen. Normalerweise werden allerdings Fischer aus Thailand, die im Hafen von Merauke an Land gehen, als die Hauptschuldigen benannt. Der erste Fall von HIV-AIDS wurde im Jahr 1992 in Merauke festgestellt. Eine weitere besonders betroffene Gegend ist Sorong (durch ausländische Ölgesellschaften ausgebeutet). Schwieriger zu erklären ist das Ausbrechen von Fällen in abgelegenen Gegenden, wo es wenig Arbeit und keine sichtbaren Gründe für Prostitution gibt, es sei denn, sie würde dort absichtlich finanziert. Die indonesische Regierung arbeitet jetzt in West Papua „an neuen Strategien, um den Ausbruch von HIV-AIDS Fällen zu bremsen.“ Ein Beamter in Jakarta sagte absurderweise: „Obligatorischer Gebrauch von Kondomen soll die Ausbreitung von AIDS begrenzen“ und „Zuwiderhandlungen werden bestraft“. Zur Vertiefung der widerlichen und schwierigen Fragen, ob HIV-AIDS bewusst als Strategie der ethnischen Säuberung eingesetzt wird, müssen einige Beispiele genannt werden, in denen Völkernord in größeren Zusammenhängen erscheint.

1. Es hat massive demographische und religiöse Veränderungen mit dem Import von muslimischen Transmigranten in das vorherrschend christliche West Papua gegeben. Jede Woche werden derzeit etwa 5.000 Muslime in der Verantwortung des Militärs ins Land gebracht (250.000 im Jahr ). Darunter sind viele Laskar Jihad Leute (Kämpfer des Heiligen Kriegs) und Nachwuchs für die ultranationalistische armeegestützte Miliz *Satgas Merah Putih*, die *Pasukan Satuan Tugas Pemburu* (militärische Sonderabteilung) und die *Penembak Misterius* (geheimnisvolle Heckenschützen), die in letzter Zeit mit dem staatlichen Auftrag nach West Papua geschickt wurden, „die Unabhängigkeitsbewegung Papuas zu zerstören und zu paralysieren“. Die großen Zentren von Sorong, Timika und Merauke (wirtschaftliche Schlüsselgebiete) haben bereits eine muslimische Mehrheit. Es gibt unzählige Berichte, dass Jihad Training ganz offen mit Unterstützung von Polizei und Militär in den Moscheen stattfindet. Selbstproduzierte Bomben und Granaten werden eingelagert, bis man religiöse Auseinandersetzungen provoziert, wie sie vor kurzem in Ambon und Sulawesi geschahen. Offiziell sagt man, das Bemühen um ein legitimes und lange verwehrtes Unabhängigkeitsstreben West Papuas sei eine Provokation christlicher Separatisten, die zum Zerschlagen Indonesiens führen werde.

2. Die neue Führung der Armee kommt aus der Antireformerguppe Suhartos, geführt von den Generalen Endriartono Sutarto als Armeechef und Ryamizard Ryacadu vom früheren KOSTRAD (Strategisches Kommando der Armee). Beide sind bekannt für ihre Verachtung von Zivilisten und für ihre fanatische Unterstützung des Einheitsstaates. Die Haltung von Ryamizard gegenüber Separatisten ist besonders grob: „Provokateure ausschalten.“ Ein Polizeikommandeur in West Papua sagte einem Kirchenführer: „Wir sind zum Töten ausgebildet und nicht zur Unterstützung der Arbeit der Menschenrechte.“ Ein weiteres Zeichen für das Klima im indonesischen Militär ist die Tatsache, dass die meisten Offiziere, die für Mord und Zerstörung in Ost Timor 1999 verantwortlich waren, nicht etwa bestraft sondern befördert wurden.

3. Die Holzwirtschaft bedroht ganze Stämme. Die Jakarta Post etwa schreibt: „Rücksichtsloses Holzfällen hat 51 isoliert lebende nomadisierende Stämme in Waropen an den Rand des Aussterbens gebracht. Der Leiter des Sozialamtes Papuas, Onnes Rumandei, sagte am Donnerstag in Jayapura, dass Wälder, die diesen Stämmen seit langem Lebensraum gewähren, wegen des rücksichtslosen Holzschlagens der Wald-Konzessionäre allmählich vernichtet würden. Onnes nannte keine Namen von Firmen, die für Papua Holzkonzessionen bekommen haben. Man vermutet aber, dass es sich um

## Zur aktuellen Lage

---

Gesellschaften mit Hauptsitz in Jakarta handelt, die eine enge Verbindung zum Regime der Neuen Ordnung hatten.“

4. Es hat eine abgestimmte Kampagne der Sondereinheiten KOPASSUS - 2.000 Kräfte sind in West Papua stationiert - zur Ermordung von Führern Papuas gegeben. So wurde Theys Eluay, Stammesführer und Moderator des Papuakongresses Papua im November 2001 ermordet. Und Ende Juni 2002 wurde Yafet Yelemaken, der Vorsitzende der Stammesvertretung in Wamena vergiftet. Papuas sagen, es gebe eine Belohnung von 2 Mio. Rupien (etwa 350 US \$) für die Exekution eines Aktivisten für die Unabhängigkeit in West Papua.

So empörend es klingt, der Gedanke, dass AIDS zur ethnischen Säuberung missbraucht wird, ist in dieser Situation nicht weit hergeholt. Was auch immer geschieht, es gibt mehr als genug Anlass, darauf zu bestehen, dass eine unabhängige Untersuchung der Ursachen solch einer Aussage vorgenommen wird. Zwar war Cassandra dazu verdammt, ignoriert zu werden, sie hatte aber immer recht.

Barcelona, im Juli 2002

Übersetzt aus dem Englischen von Hans Martin Thimme, West Papua Netzwerk

E-Info Nr. 88 vom 30.7.2002

## Wird West Papua für Touristen geschlossen?

In den letzten Tagen gab es einige Hinweise, dass möglicherweise für West Papua Reisebeschränkungen eingeführt werden. Die indonesische Botschaft in Berlin gab die Auskunft, dass es „neue Regelungen“ geben werde.<sup>10</sup>

Ausländische Journalisten hatten schon immer Schwierigkeiten bei der Einreise, wenn sie sich als Journalisten zu erkennen gaben, doch ihre Probleme sollen sich in der letzten Zeit verschärft haben.

Wenn sich solche Gerüchte und Vermutungen bestätigen sollten, könnte das ein weiterer Hinweis darauf sein, dass die indonesischen Sicherheitskräfte in West Papua eine größere Operation gegen OPM-Widerstandskämpfer planen. Mancherlei Indizien weisen in den letzten Wochen darauf hin:

1. Es gibt viele Berichte über immer neu verstärkte Truppenpräsenz in West Papua. Offiziell wird seitens der Militärführung gesagt, es handele sich um die routinemäßige Ablösung von Truppen, die wieder in andere Landesteile verlegt würden. Dem widersprechen Aussagen der Militärführung, dass die Grenze zu Papua-Neuguinea (PNG) besonders geschützt werden müsse und deswegen zusätzliche Truppen erforderlich seien.

2. Der Polizeipräsident hat in den letzten Tagen mehrfach von einer Operation Adil Matoa 2002 (Operasi Adil Matoa 2002) gesprochen, die er lancieren möchte. Sie soll sich gegen die sog. Separatisten richten und auch bewaffnete Aktionen beinhalten. Vielleicht will er damit einer Operation des Militärs zuvorkommen – oder er steht unter Druck von Seiten Jakartas und muss etwas tun. Die Bevölkerung befürchtet erneutes Blutvergießen, daher haben sich der Generalsekretär des Adatrates (Dewan Adat Papua), Titus Hamadi, und der Vorsitzende des Provinzparlaments (DPRD), John Ibo, bereits öffentlich gegen eine solche Operation ausgesprochen.

3. An der Nordküste zwischen Jayapura und Sarmi, in der Nähe der Orte Betaf und Bonggo gibt es seit Jahren ein OPM/TPN-Trainingslager unter der Führung von Hans Yoweni, das der indonesischen Armee ein Dorn im Auge ist, das sie aber bisher noch nicht auflösen konnte. Immer wieder gab es Pläne der Armee, mit einer großen militärischen Aktion gegen dies Lager vorzugehen. Doch das Gelände ist sehr schwierig und die OPM/TPN-Kämpfer sind äußerst beweglich und mit dem Gelände vertraut. Die indonesischen Militärs in dieser Gegend haben große Angst, es gibt immer wieder Überfälle auf Patrouillen, so bleiben die Soldaten lieber auf ihren Stützpunkten und igeln sich dort ein.

4. In Jakarta kommen Hardliner in die führenden Positionen bei der Armee. Gerade erst sind ein neuer Oberbefehlshaber (Panglima) und ein neuer Stabschef eingesetzt worden. In verschiedenen Reden sprechen sie immer wieder von der höchsten Pflicht der Armee, den Staat zusammenzuhalten. Bei der Erfüllung dieser höchsten Pflicht brauchten die Soldaten und Offiziere keine Angst zu haben, Menschenrechtsverletzungen zu begehen. Separatisten sind Staatsfeinde, und „wer auf der falschen Seite steht, soll zur Hölle fahren“ so der Stabschef Ryamizard Ryacudu wörtlich in einer seiner Ansprachen. Die Tendenz bei der Regierung in Jakarta ist klar: Die Armee wird jeden Widerstand mit allen Mitteln brechen. An einem Dialog mit den Papua ist man nicht mehr interessiert.

5. Immer mehr bestätigt sich die Vermutung, dass der indonesische Geheimdienst in Zusammenarbeit mit Kopassus systematisch die Eliminierung der Papuaführer plant. Am 24. Juni 2002 starb ganz plötzlich Yafet Yelemaken, ein bekannter Adatführer der Hochlandbevölkerung in Wamena. Die weit

---

<sup>10</sup> Bisher reisen Touristen unbehelligt nach West Papua. Wie bisher ist eine polizeiliche Reiseerlaubnis (*Surat Jalan*) in Jayapura einzuholen. Möglicherweise war die Auskunft der Botschaft nicht korrekt oder bezog sich auf anderes.

## Zur aktuellen Lage

---

verbreitete Vermutung ist, dass er vergiftet wurde. Vergiftung politisch missliebiger Personen gehört seit Jahren zum Repertoire des indonesischen Geheimdienstes. Am 27. Juli 2002 veröffentlichte die Jakarta Post den Inhalt eines Briefes von Agus Zihof an den Stabschef Ryamizard Ryacudu. Agus Zihof ist der Vater Rinaldos, eines der Kopassus-Offiziere, die wegen Mordes an Theys Eluay einsitzen. Er schreibt, dass sein Sohn Rinaldo von Major Andika Perkasa, dem Schwiegersohn des Geheimdienstchefs und Ministers Hendropriyono gezwungen wurde, den Mord an Theys Eluay zuzugeben. Ihm sei dafür eine gute Position im Geheimdienst (BIN) versprochen worden. Könnte dieser Brief ein Hinweis auf die Hintermänner des Mordes sein, die dann in Geheimdienstkreisen zu suchen wären? Die Zukunft hält noch manche Enthüllungen in dieser und in anderen Angelegenheiten bereit.

Die hier dargestellten Indizien und die letzten Entwicklungen und Berichte lösen große Besorgnis bei uns aus. Die Regierung in Jakarta hat kein Interesse an einem Dialog mit der Papuabevölkerung. Man hat sich – auch im Blick auf Aceh - für den Weg der gewaltsamen Lösung aller Konflikte entschieden. Wir sind in großer Sorge um die Menschenrechtsaktivisten, die in dieser schwierigen Situation immer noch für Gewaltfreiheit und Dialog eintreten. Wir sind in Sorge um die unschuldige Bevölkerung, die in jedem Fall Opfer der Auseinandersetzungen wird. Jeder kann beschuldigt werden, Separatist oder OPM-Sympathisant zu sein und ist dann zum Abschuss freigegeben. Auf Argumente braucht sich die Armee unter der neuen Führung nicht mehr einlassen, auf Menschenrechte braucht sie keine Rücksicht zu nehmen, wenn sie gegen Staatsfeinde vorgeht. Wir sind in Sorge um die Bevölkerung West Papuas.

Siegfried Zöllner

# **Sollten die USA die militärischen Beziehungen zu Indonesien wiederaufnehmen?**

von John Rumbiak<sup>11</sup>

## **A. Einführung: Kurzer historischer Rückblick**

Westpapua, der westliche Teil der Insel Neu-Guinea - auch bekannt als indonesische Provinz Irian Jaya oder heute als Papua - wurde Indonesien übereignet, als die holländische Kolonialherrschaft im Jahre 1963 endete. Die fragwürdigen als "Act of Free Choice" bezeichneten Wahlen des Jahres 1969 festigten die indonesische Herrschaft. Westpapua ist eine an Mineralien reiche Region, deren Reserven an Gold, Uran, Nickel, Erdgas und anderen Ressourcen von einer Reihe ausländischer Bergbauunternehmen begehrt werden, die dort unter dem Schutz indonesischer Sicherheitskräfte arbeiten. Aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen leiden die 2,5 Millionen Menschen Westpapas unter der fortdauernden Bedrohung ihrer Menschenrechte und ihrer Würde als Volk. Seit fast 40 Jahren versäumt es die internationale Gemeinschaft, die "Kultur der Straffreiheit" in Indonesien zur Kenntnis zu nehmen, die Militarismus und Unterdrückung in Westpapua ermöglicht hat, eine Situation, die offensichtliche Parallelen zu der früheren Lage in Osttimor aufweist. Etwa 100 000 Menschen wurden in Papua während der 38 Jahre dieser "Integration" in den indonesischen Staat getötet. Obgleich immer noch indonesische Transmigranten in die Region umgesiedelt werden, sucht die einheimische Bevölkerung Westpapas nach Wegen, auf friedliche Weise an einer demokratischen Gesellschaft teilzunehmen. Da die Vereinigten Staaten erwägen, die militärischen Beziehungen zu Indonesien wiederaufzunehmen, ist es von Bedeutung, dass die Meinungsführer sich der Entwicklung in Westpapua und der Parallelen zur Situation in Osttimor bewusst sind, wo in den letzten Jahrzehnten viele Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten stattfanden.

## **B. Besorgniserregende Entwicklungen seit September 2001**

In Bezug auf die Menschenrechte verschlechtert sich die Lage in Papua noch mehr, was Auswirkungen auf die größere geopolitische Stabilität der Region hat. Seit dem 11. September 2001 haben wir eine Bewegung von Truppen von Laksar Jihad festgestellt, muslimischen Kämpfern, die Westpapas Unabhängigkeitsbestrebungen als grundsätzlich christliche Bewegung sehen. Christen machen bis zu 95% der Bevölkerung Papuas aus, und Christen haben auch Verbindung zu den separatistischen Bewegungen in Osttimor, den Molukken, Poso und Ost Nusa Tenggara. Im November 2001 wurde Theys Hiyo Eluay, der Vorsitzende des Präsidiums des Papuarates (PDP), einer politischen Organisation, die für die Unabhängigkeit eintritt, ermordet. Die indonesischen Behörden haben diesen Mord als gewöhnliches Verbrechen und nicht als politischen Mord eingestuft, trotz gegenteiliger Beweise.

Jahrzehnte der Unterdrückung durch Indonesien, verbunden mit einer ungerechten Verteilung der Entwicklung auf die Provinzen, haben Papua zurückfallen lassen. Das hat den Unmut gegenüber Jakarta noch verschärft. Als nach Suhartos Rücktritt im Jahre 1998 die sog. Reformära begann, meldeten sich auch die Papua lautstark zu Wort. Tausende Papuas äußerten ihren Unmut und protestierten in Jakarta gegen die langanhaltenden Ungerechtigkeiten, die sie erduldet hatten. Während dieses optimistischen Aufbruchs fanden große Versammlungen statt, die schließlich zur Bildung des Papuarates mit seinem Präsidiums (PDP) führten, und Theys Hiyo Eluay wurde zum Vorsitzenden gewählt. Das Präsidium wollte einen friedlichen Übergang in die Unabhängigkeit. Es konnte die

---

<sup>11</sup> Dieses Papier war die Grundlage meiner Darlegung in den USA im Juni 2002 während einer Vortragsreihe bei der Asiatischen Gesellschaft in New York am 17. Juni 2002 und vor Mitgliedern des U.S. Kongresses, Senatoren und dem State Department in Washington, D.C. (John Rumbiak greift hier die aktuelle Diskussion in den USA um Wiederaufnahme der Militärhilfe an Indonesien auf)

Unterstützung von allen Teilen der Bevölkerung Papuas gewinnen. Es war das erste Mal, dass sich die Papuas legal und mit Zustimmung der Regierung organisieren durften, um den politischen Weg anzutreten, der schließlich und hoffentlich die Trennung von Indonesien zur Folge haben würde.

Das Präsidium hatte an Bedeutung gewonnen, als Theys Eluay im November 2001 ermordet wurde. Obwohl Papua nicht ins Chaos abdriftete, verschlechtert sich die politische und soziale Lage dort. Verschiedene Ereignisse, in die sowohl das indonesische Militär wie auch die TPN/OPM (der militärische Flügel der Unabhängigkeitsbewegung) verwickelt sind, kennzeichnen ständig das politische, soziale und Sicherheitsgefüge in Papua. Eine Reihe von Untersuchungskommissionen wurden aus Jakarta geschickt, um den Mord an Theys zu untersuchen, bis jetzt alle ohne Erfolg. Obwohl das Beweismaterial und die Zeugen im Mordfall Theys Eluay eindeutig auf das indonesische Militär (Kopassus) hinweisen, hat die staatliche Untersuchungskommission (KPN) diesen Vorfall dreist als gewöhnliches Verbrechen eingestuft und dabei jede deutliche Beteiligung des Staates geleugnet.

Seitdem plädieren die Papuas dafür, dass internationale Experten hinzugezogen werden sollen, um die Wahrheit herauszufinden. Das Militär ist, andererseits, sehr aktiv dabei, neue Ereignisse zu erfinden, um die Aufmerksamkeit von diesem Fall abzulenken. Die Straffreiheit des Militärs unterstützt zweifelsohne die Zurückhaltung der Justiz. Trotz der Skepsis des papuanischen Volkes gegenüber der Art, wie die indonesischen Behörden den Mordfall Theys Eluay behandeln, hofft es doch weiter darauf, dass schließlich eine unabhängige Untersuchung unter Hinzuziehung sachkundiger internationaler Experten durchgeführt wird.

### **C. Der Aufstieg der Laksar Jihad**

Es kursieren verschiedene Gerüchte über die Motive für die Ermordung von Theys Eluay. Obwohl das indonesische Militär (Kopassus) in den Fall verwickelt ist, lässt es sich nicht davon abgehalten, direkt oder indirekt weitere Konflikte in Papua herbeizuführen. Seit der Ermordung von Theys Hiyo Eluay ist die Anwesenheit der islamistischen Jihad-Milizen in Papua spürbar verstärkt worden, eine Entwicklung, die mit Besorgnis betrachtet werden sollte. Diese Einheiten haben bereits auf den Molukken und in Poso chaotische Zustände hervorgerufen. Laksar Jihad hat bereits sechs Stützpunkte in Westpapua mit etwa 3000 Mitgliedern.

Es gibt eine eindeutige und klare Verbindung zwischen dem indonesischen Militär und dem Auftauchen der Einheiten von Laksar Jihad. Die als "Grünes Militär" bekannte Splittergruppe, die die muslimische Vorherrschaft unterstützt, ist die Hauptquelle vieler dieser Aktivitäten.

Es gibt in Sorong momentan acht pakistanische Männer, die militärisches Training für dort ansässige nicht-papuanische Transmigranten durchführen. Am 22. Januar 2002 wurde Ali Purnama (Ahmad Bauw), ein örtlicher Kommandant von Jihad, in der Stadt Fak Fak wegen des Besitzes einer Kiste handgemachter Gewehre, 10 Granaten, Munition und anderer tödlicher Waffen festgenommen. In der Stadt Sorong hat Laksar Jihad ein Büro unter dem Namen „Kommunikationsforum Ahlu Sunnah Wal Jamaah“ (FKAS) eingerichtet.

Anlässlich eines Telefoninterviews, das ELSHAM durchführte, sagte Ayit Syamsuddin, Vorsitzender des FKAS, seine Organisation sei seit zwei Jahren in Papua und habe das Ziel, bei der Entwicklung Papuas mitzuhelfen. Als er auf die Inhaftierung Ali Purnamas in Fak Fak angesprochen wurde, leugnete Ayit, dass Ali Purnama Mitglied von Laksar Jihad sei.

Ja'far Umar Thalib, Oberkommandierender von Laksar Jihad, wurde am 7. April 2002 von der Zeitschrift Bangkit interviewt. In diesem Interview gestand er ein, dass seine Organisation (FKAS) aktiv an ihrer Dakwah (islamischen Mission) arbeite, und dass sie in sechs lokalen Stützpunkten präsent sei (Jayapura, Fak Fak, Sorong, Timika, Nabire, Manokwari). In einem anderen Interview von Radio 68 in Jakarta wies Ja'far die Behauptung von ELSHAM, dass sich 3000 Mitglieder von Jihad in Papua befänden, zurück und erklärte, es seien nur 200 Angehörige von Laksar Jihad dorthin geschickt worden.



Die Vorstellung, die Laksar Jihad von Papua hat, kann man in drei Sätzen zusammenfassen:

1. Papuas sind Heiden, die zum Islam bekehrt werden müssen (Papua ist demnach ein "Land ohne Religion").
2. Da die Mehrheit der Papuas christlich ist, wird der Wunsch nach Unabhängigkeit als christliche Separatistenbewegung gesehen. Diese muss ausgelöscht werden.
3. Papua ist ein wesentlicher Bestandteil Indonesiens, und Laksar Jihad wird alles unternehmen, um die nationale Einheit aufrechtzuerhalten, und wird dabei mit den Sicherheitskräften zusammenarbeiten.

In einem AFP-Interview im Februar 2002 gab ein örtlicher makassarischer Kommandant von Laksar Jihad zu, dass die Anwesenheit von Laksar Jihad in Papua dazu diene, die separatistische Bewegung dort zu bekämpfen. Eine Meldung von Laksar Jihad vom 15. Januar 2002 bestätigte, dass Laksar Jihad Krieg gegen die Christen führe, weil sie die separatistischen Bewegungen auf den Molukken, in Poso, Osttimor, Ost-Nusa Tenggara und Papua unterstützten. Aus Beweisen, die ELSHAM gesammelt hat, geht hervor, dass Mitglieder von Laksar Jihad daran beteiligt waren, während der Dakwah in den Moscheen Hass gegenüber Christen zu schüren.

#### **D. Neuere Drohungen gegenüber Menschenrechtsaktivisten**

Terror und Einschüchterungen, wie sie jetzt in Wamena gegenüber Menschenrechtsaktivisten ausgeübt werden, lassen vermuten, dass die indonesischen Sicherheitskräfte es sich zum Ziel gesetzt haben, die Menschenrechtsaktivisten dort auszulöschen. Nach dem Tod von Yafet Yelemaken, einem angesehenen Stammesführer und örtlichen Befürworter der Unabhängigkeit, der unter verdächtigen Umständen starb, gibt es solche Hinweise. Diese Aktivisten, darunter auch Luis Maday, ein Mitarbeiter von ELSHAM in Wamena, sind nachweislich Drohungen ausgesetzt. Vier Mitglieder der mobilen Brigade der Polizei fragten Zeugen nach dem Aufenthaltsort und den Aktivitäten der betreffenden Personen.

Am 19. Juni um circa 23.15 Papuazeit besuchten vier mit Gewehren bewaffnete Polizisten das Haus von Paulus Logho (32 Jahre alt), dem Oberhaupt des Dorfes Abenaho, der auch als örtlicher freiwilliger Mitarbeiter von ELSHAM Papua tätig ist. Die vier Polizisten wurden an der Tür von der Ehefrau von Paulus Logho empfangen. Sie schöpfte Verdacht und sagte, sie seien zu dem falschen Haus gekommen. Sie sagten, sie wollten Reis kaufen, den Paulus angeblich verkaufe. Nachdem sie von Paulus' Ehefrau erfuhren, dass er (Paulus) in Wamena sei, sagten die Polizisten, sie würden dorthin gehen, um ihn zu finden.

Am 24. Juni 2002 schaute sich Yulius Nirigi, ein freiwilliger Helfer von ELSHAM Papua aus Mapnduma, ein Fußballspiel an, das in der Nähe einer Basis von Kopassus stattfand, als er von einem ihm unbekanntem Kopassusmitglied angesprochen wurde, das ihn fragte, ob er (Yulius) etwas über Luis Maday wisse. Das Mitglied von Kopassus sagte, dass sie Maday neulich in das Haus des verstorbenen Yafet Yelemaken gefolgt seien. Sie stellten Yulius einige Fragen in Bezug auf den Ort des Begräbnisses von Yafet Yelemaken und über Luis Maday. Der Mann von Kopassus sagte, er wolle Luis Maday einige Kleidungsstücke geben, die sie in Java gekauft hätten. Er sagte, Luis würde sie verkaufen.

Am 26. Juni 2002 erhielt Karel Wamafma, ein Mitarbeiter des "World Wide Fund", der als Freiwilliger bei ELSHAM Papua in Wamena arbeitet, Informationen von seinem Kollegen in Jayapura, dass dieser aus einer zuverlässigen internen Quelle bei der Provinzpolizei erfahren habe, dass die Polizei eine Reihe von Menschenrechtsaktivisten in Wamena im Visier habe. Die ihm gegenüber erwähnten Namen waren: (1) Luis Maday, 32 Jahre alt, ELSHAM Papua in Wamena; (2) Karel Wamafma, 37 Jahre alt, ein in Wamena stationierter WWF-Mitarbeiter und Freiwilliger bei ELSHAM Papua; (3) Laurens Lani, 42 Jahre alt, der Direktor der Stiftung Bina Adat Walesi. Die

genannten Männer hätten zusammen mit dem verstorbenen Yafet Yelemaken eine Laksar Kristen (christliche Miliz) als Gegengewicht zur Barisan Merah Putih (den Milizen Rot-Weiß) und zu Laksar Jihad in Wamena gegründet.

Als Leiter von ELSHAM habe auch ich, John Rumbiak, Todesdrohungen erhalten infolge meiner Rolle als Koordinator bei der Untersuchung der Ermordung von Theys Eluay.

### **E. Zwei Organisationen, die beobachtet werden müssen**

Mindestens zwei Organisationen sind seit kurzem aktiv: die Milizen Barisan Merah Putih und die Stiftung Yayasan Lembah Baliem, beide im Grunde Schöpfungen des indonesischen Militärs. Parallelen zu dem Vorgehen in Osttimor sind augenfällig.

Barisan Merah Putih. Obwohl sie keine religiösen Attribute tragen, haben die Milizen Barisan Merah Putih (BMP), nach dem Muster der Osttimoresischen Milizen, enge Verbindungen zum Militär und zur Laksar Jihad. ELSHAM Papua erfuhr, dass die Milizen Barisan Merah Putih am 19. März 2000 in dem Dorf Wayati in Fak Fak, ausgerüstet mit einer Reihe von Sturmangriffswaffen, aktiv beteiligt waren, als Mitglieder der mobilen Brigaden der Polizei die Einwohner des Dorfes Wayati, die Anhänger der Unabhängigkeit sind, angriffen. Im April 2002 rief der regionale Militärkommandant von Jayawijaya 1702 die Wamenasektion von Barisan Merah Putih ins Leben. 80 Mitglieder wurden geworben.

Yayasan Lembah Baliem (YLB). Diese Stiftung wurde in enger Koordination mit BIN (dem Nationalen Sicherheitsdienst Indonesiens) eingerichtet. Am 6. März 2002 sponsorte YLB den Besuch von 240 Papuas in Jakarta, der möglich gemacht wurde von General Hendropriono, dem Leiter von BIN und von Bambang Yudoyono, dem Koordinierenden Minister für Sicherheitsfragen. Die Gruppe traf in Jakarta mit Präsidentin Megawati und anderen hohen politischen Persönlichkeiten zusammen. In durchgesickerten Dokumenten der YLB wird der Besorgnis erregende Vorschlag gemacht, Barisan Merah Putih (Milizen Rot-Weiß) zu gründen. Die Aufteilung Papuas in drei neue Provinzen wurde in den Dokumenten ebenfalls erwähnt; das würde es dem Militär erlauben, mehr Kommandoposten in der Region einzurichten.

### **F. Die Haltung der indonesischen Behörden und des Militärs**

Weder die Provinzregierung noch die militärischen Stellen in Papua unternehmen irgendetwas, das die Situation in Papua in Bezug auf die obengenannten Entwicklungen entschärfen könnte. Dem Militär ist an einem Autonomiegesetz nicht gelegen, da es den Einfluss der Sicherheitskräfte, die 38 Jahre lang unangefochten in Papua operieren durften, einschränken würde. In dem Besuch des indonesischen Vizepräsidenten Hamzah Haz bei dem inhaftierten Ja'far Umar Thalib könnte man eine offizielle Unterstützung der Jihad sehen. John Wanane, ein christlicher Papua, der kürzlich als Regierungspräsident von Sorong wiedergewählt wurde, verdankt seine Rückkehr zur Macht zum großen Teil den muslimischen Hardlinern. Während seiner Wahlkampagne hatte John wiederholt damit gedroht, dass er, falls er nicht wiedergewählt würde, die muslimischen Mitglieder von Jihad um Hilfe bitten würde, um die Stadt Sorong zu destabilisieren. Im Dezember 2001, als Ja'far Umar Thalib Sorong besuchte, wurde er zum Essen in John Wananes Residenz eingeladen. Abdul Taher Renhoward, ein Mitglied von Laksar Jihad von den Molukken, wurde am 28. Mai 2002 in dem Dorf Refra in Fakfak festgenommen, nachdem er vertraulich seine Identität und den Zweck seiner Ankunft preisgegeben hatte. Nachdem er zur Vernehmung zur Polizei gebracht worden war, wurde er ein paar Tage später freigelassen. In seinem Besitz befanden sich ein Stadtplan von Ambon Stadt und die Namen wichtiger Polizeibeamter dort.

Die Regierung von Papua und die Sicherheitsbehörde hat in Bezug auf diese Entwicklungen sehr nachsichtig reagiert. Trotz offensichtlicher Beweise in Bezug auf Laksar Jihad und die rot-weißen

Milizen in einigen Teilen Papuas streitet Papuas Polizeichef dieses immer noch ab, obwohl die Polizei in Sorong einen jungen nicht aus Papua stammenden Mann festgenommen hatte, der im Besitz eines handgemachten Gewehrs und eines Molotovcocktails war. Er war gerade von den Molukken gekommen. Bei angeblichen Mitgliedern von Laksar Jihad, die festgenommen wurden und noch in Gewahrsam gehalten werden, ist nicht nach den üblichen gerichtlichen Richtlinien verfahren worden. Als Journalisten eine Erklärung dafür verlangten, gab die Polizei keine zufriedenstellende Antwort.

Am 3. März 2002 gaben 33 Repräsentanten von Kirchen, gesellschaftlichen Gruppen, Jugendlichen, Frauen und NGOs unter der Koordination christlicher Kirchen (BKSGK) eine gemeinsame Erklärung heraus, in der die Anwesenheit von Laksar Jihad in Sorong und Papua abgelehnt wird.

Trotz dieser Provokationen ist die Öffentlichkeit in Papua im Allgemeinen relativ ruhig - eine Haltung, die sich bis jetzt als zweckdienlich bewährt hat. Sogar die kürzlich begangene Brandstiftung an Theys' Grab stellte sich als unwirksamer Versuch einer Provokation heraus, ebenso wie ein neuerlicher Vorfall in einer Anlage des Bergbauunternehmens Freeport.

ELSHAM hat Beweise dafür, dass das indonesische Militär in Operationen in Papua verwickelt ist. In Betaf, etwa 90 km westlich von Jayapura, wurde die Zivilbevölkerung massiv eingeschüchtert durch Entführungen und außergesetzliche Tötungen. Ein Teil des Problems ist strukturell bedingt: nur 25% des Militärhaushaltes werden von der Regierung bereitgestellt. Dadurch ist das Militär gezwungen, sich auf zweifelhaftem Wege Geld zu beschaffen, z.B. dadurch, dass es Zuwendungen von großen Minengesellschaften erbittet. Pertamina, die staatliche Öl- und Gasgesellschaft im Bezirk Fakfak, beschwerte sich im Mai 2002 bei ELSHAM darüber, dass die Kopassus Geld von ihr forderte.

Das Anwachsen der Laksar Jihad in Papua erregt allmählich die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. Vizepräsident Hamzah Haz ist ein muslimischer Fundamentalist, der eine Änderung der Verfassung von 1945 befürwortet, die die Rolle des Islams in der Regierung stärken würde. Generalmajor Mahiddin Simbolon, einer der hohen Militärs, die den Aufbau der pro-indonesischen Streitkräfte im früheren Osttimor maßgeblich leiteten, ist jetzt der militärische Oberbefehlshaber Papuas.

## **G. Die Auswirkungen auf die geopolitischen Strategien**

Die Strategie Indonesiens, seine Hände in Unschuld zu waschen, was Vorkommnisse wie den Mord an Theys Hiyo Eluay betrifft, und das Anwachsen der Laksar Jihad-Aktivitäten in Papua sind Besorgnis erregende Entwicklungen, die die Vereinigten Staaten bedenken sollten, wenn sie die Wiederaufnahme der militärischen Beziehungen zu Indonesien erwägen. Das Problem der Würde des Papuavolkes ist natürlich grundsätzlich eine Angelegenheit der Menschenrechte, aber die Auswirkungen dieser Entwicklungen sind eng verknüpft mit der Stabilität in der Region und den langfristigen Interessen der Vereinigten Staaten. Gruppen aus einem breitgefächerten Spektrum von Meinungen, von Indonesienbeobachtern im diplomatischen Corps bis zu Menschenrechts- und kirchlichen Gruppen, betrachten die Situation mit Sorge. Es ist leicht ersichtlich, dass die Wiederaufnahme der militärischen Zusammenarbeit zwischen den USA und Indonesien zu einer instabilen Lage in ganz Süd-Asien führen kann, indem nämlich die Kräfte in Indonesien unterstützt werden, die eine Ausweitung der "Kultur der Straffreiheit" anstreben. Das würde zu einer Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen führen sowie auch die Würde der Bevölkerung von Westpapua und anderswo verletzen.

(Übersetzung aus dem Englischen von Helga Heeschen, West-Papua-Netzwerk)

E-Info Nr. 94 vom 4. 9. 2002

## **Blutiger Überfall auf amerikanische Angestellte der Freeport-Mine.**

Am Samstag, dem 31. August, wurden zwei Kleinbusse des Bergbauunternehmens Freeport auf dem Weg von Timika nach Tembagapura von Unbekannten beschossen. Dabei wurden drei Personen getötet, die Amerikaner Edwin Leon Burcon (57) und Ricky Spear (45) und der Indonesier Bambang Riwanto. Weitere 11 Insassen der Busse wurden verletzt, einige von ihnen schwer. Unter den Verletzten sind acht Amerikaner. Sieben verletzte Amerikaner und ein Indonesier wurden zur ärztlichen Behandlung in ein Krankenhaus nach Townsville, Australien, geflogen. Andere wurden nach Jakarta gebracht. Edwin L. Burcon war Rektor der Internationalen Schule in Timika, Rickey Spear und Bambang Riwanto waren Lehrer.

Der Überfall fand an einem Tunnel statt, durch den die steile Straße nach Tembagapura etwa auf halbem Wege führt. Bei den Angreifern soll es sich um eine Gruppe von 14 oder 15 Personen gehandelt haben. Der Polizeisprecher Josef Iswanto sagte, die Angreifer hätten automatische Gewehre vom Typ M-16 und SS1 benutzt, Gewehre, mit denen die indonesische Armee ausgerüstet ist.

Polizei und Militär beschuldigten OPM (*Organisasi Papua Merdeka*) als Tätergruppe und nahmen die Suche nach den Tätern auf. Bei der Verfolgung soll es bereits zu Schusswechseln gekommen sein. Ein Informant aus dem Krankenhaus Tembagapura hat Elsham-Papua in Jayapura telefonisch berichtet, dass bei der Aktion acht Militärs und ein Papua aus der Tätergruppe ums Leben gekommen seien. Inzwischen sollen 15 Personen festgenommen worden sein. Der getötete Papua soll aus dem Dorf Waa/Banti bei Tembagapura stammen.<sup>12</sup>

In der Umgebung von Timika hält sich seit Jahren eine OPM-Gruppe auf, die unter dem Kommando von Kelly Kwalik und Yudas Danile Kogoya steht. Beide OPM-Führer wurden bekannt durch die spektakuläre Geiselnahme einer 25-köpfigen Expeditionsgruppe in Mapnduma im Januar 1996. Die Geiseln wurden damals erst im Mai 1996 nach ergebnislosen Verhandlungen mit Vertretern des Roten Kreuzes durch die indonesische Armee befreit. Nach der Befreiung der Geiseln startete die indonesische Armee eine Straf- und Suchaktion. Als Folge dieser Militäraktion kamen weit über 100 Zivilisten ums Leben, hunderte von Wohnhäusern wurden von Militärs niedergebrannt.

Kelly Kwalik und Yudas Daniel Kogoya haben nach dem Anschlag vom 31. August beteuert, dass sie nichts davon gewusst und keine entsprechenden Befehle gegeben haben und in keiner Weise an dem Anschlag beteiligt waren. Die beiden wichtigsten Stammesvertretungen der Amungme und der Komoro in Timika, Lemasa und Lemasko, beteuern ebenfalls, dass sie keine Anhaltspunkte über die Tätergruppe haben.

Es ist bisher nur Insidern bekannt, dass alle Kirchen, NGOs und führende Papua anderer („politischer“) Organisationen, z.B. das Präsidium des Papuarates und Stammesvertretungen mit der Provinzregierung und der Polizei gemeinsam eine Aktion „Friedenszone“ (*Zona Damai*) vorbereiten. In diesem Zusammenhang haben während der letzten Monate Verhandlungen mit allen Führern der OPM-Gruppen stattgefunden, auch mit Kelly Kwalik. Alle OPM-Gruppen haben sich verpflichtet, in den nächsten Monaten keine Aktionen vorzunehmen. John Rumbiak, der Direktor der Menschenrechtsorganisation Elsham, hat in dieser Sache noch im Juli mit Kelly Kwalik verhandelt und ist sich daher sicher, dass Kelly Kwalik und seine Leute nicht hinter dem Anschlag vom 31. August stehen. Daher konnte er sich am 2. September 2002 in einem Interview mit Radio Australien so sicher äußern.

---

<sup>12</sup> In neueren Nachrichten wird mitgeteilt, dass bisher noch keine Festnahmen erfolgten. Auch bleibt unklar, aus welchem Dorf der durch die Sicherheitskräfte Erschossene stammt. Es wird auch nirgendwo mehr erwähnt, dass Militärs bei der Verfolgung der Täter umgekommen seien.

## Freeport

---

Noch ein anderer Grund macht es sehr unwahrscheinlich, dass die bekannten OPM-Gruppen hinter dem Anschlag stehen. Papuas sehen in westlichen Ausländern eher Sympathisanten als Feinde. Sie wissen, dass das westliche Ausland Menschenrechtsverletzungen verurteilt und zum Teil auch Druck auf die indonesische Regierung ausübt, damit Menschenrechtsverletzungen unterbunden oder auch strafrechtlich geahndet werden. In keiner der bisherigen Gewaltaktionen, Überfällen oder Geiselnahmen von OPM-Gruppen wurden westliche Ausländer getötet. Alle Papuagruppierungen – soweit sie sich äußern konnten – haben den Anschlag vom 31. August verurteilt. Kelly Kwalik und Yudas Daniel Kogoya wissen, dass sie als erste verantwortlich gemacht werden und haben daher schnell und heftig reagiert und ihre Unschuld beteuert. Frühere Spannungen zwischen dem Bergbauunternehmen Freeport und der Bevölkerung sind in den letzten Jahren durch ständige Konsultationen weitgehend abgebaut worden. Ein solcher Anschlag auf amerikanische Staatsbürger und Angestellte von Freeport macht überhaupt keinen Sinn.

Wer dann wohl hinter dem Anschlag vom 31. August steht, darüber lässt sich zurzeit nur spekulieren. Für die Vorbereitungen der Aktion „Friedenszone“ ist der Anschlag jedenfalls eine Tragödie. Die indonesische Regierung wird mit aller Härte gegen die Täter vorgehen. Sie kann kein Interesse an einem Dialog über eine „Friedenszone“ haben. Die Militärpräsenz wird vergrößert, Augenzeugen berichten, dass Tembagapura einem großen Militärlager gleicht. Es wird nicht ausbleiben, dass Unschuldige verhaftet, gefoltert und vielleicht auch getötet werden. Amnesty International hat in einer öffentlichen Erklärung an die indonesische Regierung appelliert, auch bei der Verfolgung der Täter die Menschenrechte zu wahren. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat an die Präsidentin Megawati geschrieben und eine internationale Untersuchungskommission unter Einbeziehung von Elsham gefordert.

Der Anschlag könnte auch zur Folge haben, dass geplante Investitionen ausländischer Unternehmen in Indonesien aufgeschoben oder ganz ausgesetzt werden. In der internationalen Presse wird darüber spekuliert, wie sicher Indonesien noch als Investitionsland ist. Tim Dodd fragt in einem Artikel in der *Australian Financial Review* vom 3. September 2002: „Ist die östlichste Provinz Indonesiens wirklich der Ort, wo British Petroleum US \$ 2,6 Milliarden investieren sollte?“ Ähnlich äußerte sich Chris Brummitt in *The Associated Press* vom 2. September 2002. Er weist darauf hin, dass am gleichen Wochenende in der Provinz Aceh bei Zusammenstößen zwischen sog. „Rebellen“ und Militärs 10 Personen getötet wurden. So gesehen ist der Anschlag auch ein Anschlag auf die derzeitige Regierung Megawati, ein Anschlag auf die für Indonesien so notwendige wirtschaftliche Entwicklung in einer friedlichen, stabilen Situation.

Siegfried Zöllner

### **E-Info 95 vom 9.9.2002**

#### **Eine Woche nach dem sinnlosen Mord in Timika**

Eine Woche nach dem Überfall auf der Straße von Timika nach Tembagapura, bei dem zwei Amerikaner und ein Indonesier getötet und 12 weitere Personen zum Teil schwer verletzt wurden, ist über die Täter und ihre Motive noch nichts bekannt.

Es hat viele Presseberichte und Meldungen gegeben. Ich möchte einige Fakten und Meinungen zusammentragen. Es ist nicht richtig, wie anfangs berichtet wurde, dass 15 Personen festgenommen worden seien. Richtig ist, dass eine Person in der Nähe des Tatorts erschossen wurde, doch keiner der Dorfhäupter aus der Umgebung kann (oder will?) den Toten identifizieren.

Taha Al Hamid, der Generalsekretär des Präsidiums des Papuarates, vermutete, dass das indonesische Militär hinter dem Überfall steht. „Der Ort, die Methode, die Waffen, die benutzt wurden, und Augenzeugenberichte bestätigen diese Sicht“ sagte er nach einer Meldung von United Nations vom 4. 9. (AP). Es ist interessant zu beobachten, dass diese Vermutung - eher eine Spekulation - ernsthaft in verschiedenen Presseberichten und Analysen diskutiert wird, so z.B. in der Australian Financial Review vom 4. September in einem Artikel von Tim Dodd.

Auch der Polizeichef Indonesiens, Da'i Bachtiar, der selbst am 4. September von Jakarta nach Timika flog und sich vor Ort informierte, schließt diese Möglichkeit nicht aus. Laut einem Bericht des Sidney Morning Herald vom 5. September sagte er: "We are open to all alternatives, including the military ... all these questions will be answered by the evidence." Immerhin hat er zugelassen, dass FBI-Beamte in die Ermittlungen einbezogen wurden. Er sagte auch, dass man noch keine Beweise dafür habe, dass eine der OPM-Gruppen den Anschlag verübt habe. Damit unterscheidet er sich sehr von dem Militärkommandanten Mahidin Simbolon, der nacheinander verschiedene OPM-Führer verantwortlich machte, einmal Kelly Kwalik, dann Titus Murib - ohne irgendwelche Beweise zu haben.

Diejenigen, die das indonesische Militär hinter dem Anschlag sehen, argumentieren folgendermaßen:

Der Anschlag ist nicht der erste in seiner Art. Am 25. Mai 2002 wurde das Hauptbüro von Freeport in Kuala Kencana (bei Timika) überfallen und Fensterscheiben und Büroeinrichtungen zerschlagen. Der Fall wurde nicht aufgeklärt. Am 8. November 1994 wurde der Minenarbeiter Gordan Rumaropen auf derselben Straße erschossen. Ein Kollege wurde wenig später angeschossen und glaubt, dass der Täter ein indonesischer Soldat war. Im März 1996 wurden Fahrzeuge, Gebäude und Büroeinrichtungen von Freeport von einer aufgebracht Menge zerstört. Das Militär griff nicht ein, solange es gegen Freeport-Einrichtungen ging, erst als die Menge die Flughafengebäude zerstören wollte, schritten Soldaten ein. Das Militär hat in den vergangenen Jahren immer von solchen Anschlägen profitiert. Es hat diese Anschläge immer wieder geschickt genutzt, um neue und höhere Forderungen an Freeport zu stellen, und Freeport hat willig und geduldig gezahlt. Militärischer Schutz kostet eben Geld und es ist allgemein bekannt, dass Freeport auch Geld auf die privaten Konten von Militärs und Politikern überweist.

Dr. Benny Giay sagte in Australien in einem Interview, er habe gehört, dass Freeport seit etwa 2 Wochen einige der Zahlungen an die Armee oder an Armeeangehörige eingestellt habe. Es wird vermutet, dass dies mit dem neuen Corporate Fraud Law der Bush-Regierung zusammenhängen könnte, das die amerikanischen Unternehmen zu mehr Transparenz verpflichtet. (so Dr. Denise Leith in einem von Tapol am 4. Sept. 2002 verbreiteten Artikel).

Wie auch immer - das indonesische Militär profitiert von der Situation, die durch diesen Anschlag entstanden ist. Es kann die Notwendigkeit seiner Präsenz rechtfertigen. Eine noch strengere und engere Überwachung erfordert neue finanzielle Mittel, die Freeport nun wohl oder übel zur Verfügung stellen muss.

Umgekehrt - die OPM hätte keinerlei Nutzen aus einer solchen Aktion. Die meisten OPM-Führer hatten sich - sicherlich vorläufig - in den letzten Wochen gerade erst auf eine friedliche Linie

## Freeport

---

geeinigt. Man wollte Papua zu einer Friedenszone erklären und auch die lokalen indonesischen Sicherheitskräfte für diesen Gedanken gewinnen. Die OPM-Führer wissen - wie alle Papua, dass sie durch ihre Festlegung auf friedliche Mittel in einem friedlichen „Kampf“ Sympathie im Ausland gewinnen können. Sie wissen, dass sie sich mit sinnlosen Morden wie jetzt in Timika nur selbst schaden würden. Die letzte spektakuläre Aktion der OPM, bei der Ausländer aus dem Westen Betroffen waren, war die Geiselnahme von zwei Belgiern im Jahr 2001. Sie wurden gut behandelt und nach einigen Wochen wieder freigelassen.

Fakt ist jedenfalls, dass sich das Investitionsklima in Indonesien, speziell in Papua, verschlechtert hat. Insofern war der Anschlag auch ein Anschlag auf die Reformkräfte in der indonesischen Regierung, die an einer wirtschaftliche Erholung und an der Stärkung der Zivilgesellschaft arbeiten. Am Dienstag, dem 3. September fielen die Freeport-Aktien an der Wallstreet um 10%, am Donnerstag noch einmal um 3 % (Quelle: The Wall Street Journal vom September 5, 2002)

Siegfried Zöllner

**E-Info Nr. 89 vom 1.8.02**

**„Habt keine Angst, dass ihr im Dienst Menschenrechte verletzt!“**

Am 4. Juli berichtete Sam Cahyadi von *Tempo Interaktiv* aus dem *Tempo News Room* über eine Rede des neuen Stabschefs (KSAD) der indonesischen Armee, Ryamizard Ryacudu. Er habe seine Soldaten gebeten, keine Angst zu haben vor Vorwürfen, sie würden das Gesetz brechen oder Menschenrechtsverletzungen begehen. Wenn sie Angst hätten, dann würden sie irritiert und an der Pflichterfüllung gehindert sein. Natürlich hätten sie als Soldaten die Gesetze einschließlich der Menschenrechte zu beachten. Aber sie sollten keine Angst haben. Er bat sie, ohne Zögern zu handeln, sonst könne das fatale Folgen für die Soldaten und ihre Einheit haben. „Die Landstreitkräfte (AD/TNI) tun ihre Pflicht im Dienst des Staates und orientieren sich an den nationalen Interessen, im Rahmen der Verfassung, des Gesetzes und der Vorgaben der Politik der Regierung.“

Er sagte das auf dem Hintergrund der Prozesse gegen Soldaten der TNI, die wegen Verletzung von Menschenrechten bei ihrem Einsatz in Osttimor angeklagt sind. Die Prozesse gehen noch weiter. Die Rede hielt er am 4. Juli 2002 bei der Amtseinführung des neuen Kommandanten von Jakarta, Generalmajor Achmad Jaya, der sein Amt von Generalleutnant Bibit Waluyo übernahm.

**„Es wurde doch jemand erschossen“ -  
greift die Justiz den „Fall Abepura“ auf?**

Vom 2. bis 5. Juli 2002 befragten 14 Staatsanwälte 108 Zeugen und Beteiligte zum „Fall Abepura“. Einer der Staatsanwälte ist vom Menschenrechtsgerichtshof Makassar entsandt. Es könnte sein, dass der Fall dort verhandelt wird.

Am 7. Dezember 2000 hatten Polizisten in Jayapura einen Studenten erschossen, zwei im Gefängnis zu Tode geprügelt und über 100 Personen, darunter Frauen und Kinder gefangen genommen und zum Teil schwer gefoltert, nachdem Unbekannte einen Polizeiposten in Abepura überfallen hatten. Die nationale Menschenrechtskommission hatte den Fall untersucht und als einen Fall von schweren Menschenrechtsverletzungen dem Staatsanwalt zur Strafverfolgung übergeben.

Die Befragung der Zeugen durch ein Team von Staatsanwälten könnte bedeuten, dass die Justiz den Fall Abepura ernsthaft aufgreifen will. Unter den Befragten sind 33 Polizeibeamte, die damals für die Übergriffe an Zivilpersonen verantwortlich waren.

Der Leiter des Untersuchungsteams, Putu Sutedja, sagte in einer Pressekonferenz unter anderem: „Natürlich wurden Leute erschossen. Aber wir wissen noch nicht, wer geschossen hat. Es gibt auch Opfer, die immer noch schwer verletzt bzw. gelähmt sind. ...Wir werden unsere Untersuchungsergebnisse unsern Vorgesetzten übergeben. Die werden entscheiden, ob es sich um schwere Menschenrechtsverletzungen handelte und ob der Fall weiter verfolgt wird.“

(Quelle: Cenderawasih Pos Jayapura vom 6. Juli 2002)



### **Un-Sonderberichterstatter besuchte Indonesien**

Der UN-Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit der Justiz besuchte vom 15. bis 25. Juli Indonesien.

Am 3. Juli gab Dato' Param Cumaraswamy, UN-Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit der Justiz, eine Presseerklärung zu seinem bevorstehenden Besuch in Indonesien ab. Er werde bei seinem Besuch alle Probleme – einschließlich der Korruption im Justizwesen – ansprechen. Er wolle Gespräche führen mit dem Außenminister, dem Justiz- und Menschenrechtsminister, dem Obersten Richter, dem Generalstaatsanwalt, den Richtern am Obersten Gerichtshof und an Bezirksgerichten, mit der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas Ham), und Vertretern von NGOs. Er wolle auch das Ad-Hoc-Menschenrechtstribunal besuchen, das den Prozess gegen 19 Militärs führt, die wegen Verbrechen in Osttimor angeklagt sind. Die Ergebnisse seines Besuches will er in einem Bericht während der 59. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission im April 2003 in Genf veröffentlichen.

## **"Habt keine Angst, dass ihr im Dienst Menschenrechte verletzt!"**

Einige persönliche Anmerkungen zur E-Info Nr. 89 vom 1.8.02 von Ingo Wandelt

Diese Aufforderung des neuen Chefs des Heerestabes, Ryamizard Ryacudu, an die Mannschaften des Strategischen Heereskommandos (Kostrad) kann durchaus als das zentrale Motto der indonesischen Streitkräfte TNI für die kommenden zwei Jahre gelten. Solange werden die führenden Männer in den Top-Positionen von TNI und Heer voraussichtlich die Geschicke des Militärs leiten. Im Jahre 2004 werden die Karten neu gemischt.

Die neue Führungs- und Kommandoelite der indonesischen Streitkräfte (TNI) stammt laufbahnmäßig aus den Eliteverbänden des Heeres, namentlich Kostrad und, zu geringerem Anteil, Kopassus, das Spezialtruppenkommando des indonesischen Heeres. Wer aus diesen beiden militärische Eliteschmieden in die Führungspositionen kommt, der hat solche Sprüche nicht nur drauf, er glaubt an ihre Richtigkeit und empfindet sie als gerechtfertigt.

Das militärische Weltbild des indonesischen Offizierskorps, das sich von dem des kleinen Soldaten dank einer gemeinsamen Ausbildung, die hohen Wert auf Indoktrinierung legt, nur in Nuancen unterscheidet, basiert auf einer fundamentalen Annahme: der Unfähigkeit Indonesiens als Gesellschaft, Land und Staat zu existieren, wenn es nicht die eiserne Faust der Streitkräfte gäbe. Würde das Militär nicht immer wieder, wenn es ihm geboten erscheint, die harte Hand führen, würde Indonesien im Strudel der kleingeistigen Gruppenegoismen vergehen. Der höchste Wert Indonesiens ist für den Offizier wie den Soldaten das Überleben der höchsten Einheit, Indonesien. Es muss weiter bestehen, und dafür ist jedes Mittel recht.

Doch die harte Hand zeitigt merklich schlechte Resultate. Der Blick in die Presse der letzten Monate zeigt, dass alle Konfliktherde Indonesiens wieder aufgebrochen sind. Aceh und Papua sind Langzeitkonflikte, nicht zuletzt durch das militärische Handeln am Köcheln gehalten.

Doch Aufmerksamkeit verdienen die Molukken, aber auch das Gebiet um Poso in Zentralsulawesi, und - ein ganz "historischer" Ort der verdeckten Kriegführung der frühen Jahre der suharto'schen Neuen Ordnung - wohl bald auch wieder Westkalimantan. Auch dort wird wieder gezündelt, und zwar nach denselben Mustern wie andernorts: die "verdeckte Hand" lässt Provokateure Chaos schaffen, Milizen entstehen quasi aus dem Nichts, und Menschen beginnen zu flüchten. Das alte Szenario, noch uns allen aus Osttimor gut vertraut, ist nicht nur in Aceh und Papua virulent. Doch das soll hier nicht das Thema sein. Nur ein kurzes Zwischenfazit: die harte Hand schafft augenscheinlich keinen Frieden. Ganz im Gegenteil. Die harten Männer mit den eisernen Fäusten auf der militärischen Kommandoebene schaffen den Unfrieden.

Neben allen rationalen Erklärungsmustern wie politische und wirtschaftliche Eigeninteressen des Militärs, bringt doch gerade die Aufforderung Ryamizards an seine Männer den tiefen kollektiven Glauben (ich verwende hier den Begriff, um anzudeuten, dass es mehr ist als nur eine Überzeugung) des Militärs zum Vorschein, dass Gewalt in und für Indonesien eben doch Positives bewirkt. Das führte mir ein persönliches Erlebnis vor Augen.

Im November des letzten Jahres war ich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jakarta, um Gespräche mit führenden Generälen, Stäben und dem Minister der Verteidigung zu führen in Hinblick darauf abzuklären, ob von außen, von uns her unterstützende Bemühungen zur Reform der TNI möglich sind. Die kleine Vortrags- und Gesprächsreise war nur ein Test, ein Abchecken der Stimmungen innerhalb des Militärs auf rein individueller Ebene.

Bei zwei Gelegenheiten - einem Vortrag vor 107 Absolventen eines Lehrganges an der Führungsakademie Lemhannas, sowie bei einem Gespräch mit einem Fachstab des militärischen Nachrichtendienstes BAIS - wurde mir die Frage gestellt, warum denn das Ausland, und vor allem die

## Militär

---

sich so kritisch gebärdenden Nichtregierungsorganisationen, die Gewaltanwendung durch das Militär so negativ bewerten, wo sie doch dem guten Zwecke diene. Warum akzeptiere und honoriere das Ausland dieses gut gemeinte Tun denn nicht?

Diese immer wieder gleiche Fragen war nicht aggressiv vorgebracht, war erkennbar nicht taktisch-strategisch vorformuliert. Nein, sie war spontan, und erfüllt von einer eigenartigen Mischung aus Weinerlichkeit, Selbstmitleid und einer naiven, aber fühlbaren Traurigkeit. Sie war, auf den Punkt gebracht, eigentlich zu formulieren: warum liebt Ihr, das Ausland, uns denn nicht?

Meine Antwort, mehr spontan wegen meiner Verblüffung angesichts des naiven Tones, mit denen die Frage an mich gerichtet wurde, war sehr spontan. Sie blieb es auch beim zweiten und dritten Mal und war kausallogisch-hilflos:

Weil Gewalt eben immer Gegengewalt erzeugt. Deshalb. Mehr ist nicht zu sagen, Schluss, aus.

In beiden Fällen schaute ich bei meinen Gesprächspartnern in verständnislose Augen. Die Teilnehmer des Akademielehrganges, der Führungsstab des Direktorates von BAIS, immer wieder diese geweiteten, verständnislosen Augen. Ganz offensichtlich und unverkennbar verstanden Sie mein Argument nicht.

Sie zeigten keine Aggression, keine Böswilligkeit, kein Imponiergehabe. Nur dieses kindhafte, verständnislose Nichtverstehen.

Hinterher plauderten wir fröhlich bei Tee, Kaffee und Kuchen. Verstanden uns blendend. Verabschiedeten uns gut gelaunt.

Dennoch stehen diese Augen, diese Blicke, seitdem in meiner Erinnerung sinnbildlich für die Tiefe des Problems der militärischen Gewalt in Indonesien. Auch Ryamizard würde wohl auf meine Antwort ähnlich reagieren, und, wenn der Ausländer gegangen ist, seinen Leuten sagen: „Habt keine Angst, dass ihr im Dienst Menschenrechte verletzt!“

Was können wir tun?

Wir kommen mit Verstand, mit Ratio, oder soll ich sagen mit unserem Verstand und mit unserer Ratio, aber auch mit unseren Appellen nicht wirklich weiter. Wir haben es mit einer anderen "Kultur", einem anderen, zutiefst internalisiertem Überzeugungssystem zu tun, in dem Gewalt eben KEINE Gegengewalt erzeugt. Vielleicht weil, wenn die Gewalt nur hart und grausam genug ausgeübt wird, sie eben doch Wirkung zeigt. Vielleicht mehr als der Vollzug der Menschenrechte. Vielleicht schlussfolgern die Offiziere der TNI so. Doch die Gelegenheit zur Nachfrage ergab sich mir nicht. Aber da müssen wir ansetzen.

Deshalb ist Ryamizards Aufruf in einer sehr grundsätzlichen Weise sehr ernst zu nehmen. Er ist mehr als hohles Pathos und Kraftmeierei. Hier sprach ein Mann, stellvertretend für seinen Berufsstand, aus tiefster Überzeugung. Und bei der Aufforderung wird es nicht bleiben. Das zumindest ist ganz gewiss. Denn in der „reformasi“ hat sich der Kern des Militärischen in Indonesien nicht wirklich geändert.

Ingo Wandelt  
23.08.2002

**E-Info Nr. 92 vom 19.8.2002**

### **Papua kauft Patrouillenboot in Deutschland**

Die Provinzregierung von Papua will für ca. Euro 10 Millionen ein Patrouillenboot in Deutschland kaufen und der indonesischen Marine zur Verfügung stellen. Der Kommandant der Marineeinheit in Papua, Henk Wabiser, hatte sich in einem Gespräch beim Gouverneur beklagt, dass der Diebstahl von Fisch durch ausländische Fischkutter und der Schmuggel von Holz aus Papua ständig zunehme nicht mehr zu kontrollieren sei.

Der Gouverneur versprach, der Marine zu helfen. Das Patrouillenboot aus Deutschland soll feinste Instrumente (Detektoren) zum Aufspüren von fremden Schiffen in den Gewässern um Papua haben.

Der Gouverneur will sich mit den Regierungspräsidenten (Bupati) der betroffenen Bezirke abstimmen. Die Kosten für das Projekt – auch für Betrieb und Unterhalt - soll von der Provinz und von den Bezirken gemeinsam getragen werden. Wabiser sprach auch mit dem Vorsitzenden des Bezirksparlaments, John Ibo, und bat um Unterstützung dieses Planes.

(Quelle: Zeitung Kompas vom 10. August 2002)

### **Will die Armee Frieden oder Krieg in Papua?**

„Wir müssen soviel wie möglich von unseren Feinden töten. Über Menschenrechte sollten wir uns keine Gedanken machen“. So wurde der Militärkommandat von Papua, Mahidin Simbolon, in der Jakarta Post vom 16. August 2002 zitiert. Mit „Feinden“ bezeichnete er die „Seperatisten“ in der Provinz Papua. Diese Elemente bedeuteten eine erhebliche Gefahr für die Einheit der Republik, und deswegen müsse die Armee repressiv und kompromislos vorgehen. Man würde zurzeit noch versuchen, das Problem gewaltlos zu lösen und die Gegner zum Aufgeben zu bewegen (persuasive approach), doch die Gefahr, die von diesen Leuten ausgehe, sei nicht zu unterschätzen.

Er sagte dies bei einem Besuch in Biak, wo er einen neuen regionalen Befehlshaber in sein Amt einführte. In einem Interview sagte er, es befänden sich insgesamt 250 Kopassus-Soldaten in Papua. Sie seien über das ganze Land verteilt und hätten die besondere Aufgabe, Informationen zu sammeln und dem Geheimdienst zur Verfügung zu stellen.

(Quellen: Jakarta Post vom 16. August 2002 (R.K.Nugroho) und Cendrawasih Pos vom 15. August 2002, übersetzt und verbreitet durch TAPOL)

## **Die Beratende Vollversammlung wünscht Dialog als Mittel der Konfliktlösung**

Wenige Tage vorher hatte sich die Beratende Vollversammlung (MPR) in Jakarta mit der Situation in den Krisengebieten Aceh und Papua befasst. Sie hat die Präsidentin aufgefordert, mit den verschiedenen Gruppen – auch mit der GAM - in Aceh einen Dialog zu führen. In Papua soll die Regierung das Gesetz über die besondere Autonomie so schnell wie möglich in allen Bereichen anwenden. Außerdem sollen die Menschenrechtsverletzungen gerichtlich verfolgt werden. Dazu sei ein Untersuchungsausschuss für Menschenrechte (KPP-HAM) zu bilden und ein Ad-Hoc-Menschenrechtsgerichtshof einzurichten. Dies sagte der Vorsitzende der Kommission C der Beratenden Vollversammlung (MPR) in einer Pressekonferenz in Jakarta am 2. August 2002.

(Quelle: deticom Jakarta vom 7.8.02, Anton Aliabbas)

## Das Tangguh-Projekt von British Petroleum (BP)

von Siegfried Zöllner

Ich hatte das große Glück, dass ich im Juni 2002 Manokwari und Bintuni besuchen konnte. In Manokwari sprach ich mit der „Allianz der NROs zur Advocacy der Bevölkerung in der Bintunibucht“ (Aliansi ORNOP). In Bintuni hatte ich viele Gespräche mit der indirekt betroffenen Bevölkerung und bekam so ein deutlicheres Bild von der derzeitigen Problemlage. Leider konnte ich das Basiccamp von BP in Saengga an der Südküste der Bintunibucht nicht besuchen. In Bintuni war zur Zeit meines Besuches kein Speedboot verfügbar und das Wetter war zu schlecht für die Fahrt mit einem Auslegerboot mit Außenbordmotor.

### Die Umweltverträglichkeitsprüfung (Amdal)

Der Prüfungsbericht für das Projekt liegt vor und umfasst mit Anlagen 6000 Seiten. Eine kurze Zusammenfassung wurde mit einigen Vertretern der Bevölkerung besprochen. In Bintuni fand ein Gespräch statt, doch die Unternehmensvertreter hatten es so eilig, dass viele Fragen gar nicht gestellt werden konnten. Experten sind gebeten worden, Stellungnahmen dazu abzugeben. Dr. Frans Wanggai, der Rektor der Universität von Manokwari, hat sich zum sozialen Fragenbereich mündlich geäußert, aber keine schriftlichen Einwände vorgelegt. Der Bericht liegt der Regierung zur Genehmigung vor, doch die Arbeiten am Projekt gehen weiter. Bustar Maitar von der Umweltorganisation PERDU in Manokwari, ein Mitglied der Aliansi ORNOP, der den ganzen Bericht gelesen hat, nennt folgende unbeantwortete offenen Fragen:

- Es gibt keine Informationen über die Folgen eines möglichen GAU.
- Es gibt keine verbindliche schriftliche Zusage über eine Anerkennung des Rechtes auf Leben der künftigen Generationen in der Bucht nach Beendigung des Projektes.
- Es gibt keine Informationen über Verbote und Einschränkungen für die Bevölkerung nach Inbetriebnahme der Gasförderung. (Viele Verbote gibt es in einem vergleichbaren Projekt in Kalimantan, das Bustar Maitar mit Vertretern der Bevölkerung besucht hat.)

### Altlasten

BP muss die Bevölkerung einiger Dörfer entschädigen wegen des Todes von 48 Kleinkindern und der Vernichtung von Sagowäldern durch Feuer als Folge der Probebohrungen. Nachdem BP zunächst die Allianz der NROs um Vermittlung gebeten hatte, schaltete sich plötzlich die Regierung ein und machte von sich aus ein Angebot von 4 Milliarden Rupiah, davon eine Milliarde für den Tod der Kleinkinder. Dahinter steht natürlich BP, das die Fragen schnell vom Tisch haben wollte. Am 12. Juni sollte das Geld in einer Volksversammlung (Musyawarah Adat), die in Aranday stattfand und durch den Gouverneur persönlich eröffnet wurde, überreicht werden. Die Betroffenen lehnten einen Scheck ab, sie wollten Bargeld entgegennehmen.

Eine andere Altlast ist die Entschädigung für das Land, auf dem die Basis - Hafen, Fabrik, Flugplatz, Wohnungen - errichtet werden soll. Dazu muss das Dorf Tanahmerah (Saengga?) umgesiedelt werden. Ein früheres Angebot der Regierung lautete Rp. 15 pro m<sup>2</sup>, zuzüglich Bau der neuen Häuser für die Umsiedler. Vom 24. bis 26. April 2002 fand ein Workshop mit Vertretern von BP, der Regierung, der Bevölkerung und der Allianz der NROs statt, auf dem sich alle Seiten einigten. Bevor der Vertragsentwurf jedoch unterzeichnet werden konnte, intervenierte der Regierungspräsident (Bupati) von Manokwari und verlangte weitere Gespräche in Manokwari. Als diese Gespräche immer wieder hinausgezögert wurden, demonstrierte die Bevölkerung und blockierte die Zufahrten zum Basiccamp in Saengga. Inzwischen sind weitere Ungereimtheiten bekannt geworden, wie z.B. unterschiedliche Angaben über die Größe des Landes, das BP pachten (kaufen?) will.

BP soll zugesagt haben, jährlich einen Betrag von 250 Millionen Rp. als „dana abadi“ , einen freiwilligen Entwicklungsfond, für Projekte der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

### **Vertretung der Bevölkerung**

Im Gebiet der Bintunibucht leben 7 verschiedene Papua-Volksgruppen und eine sehr starke muslimische Gemeinschaft von Zuwanderern. Letztere machen 40% der Gesamtbevölkerung von ca. 18.000 Einwohnern aus. Es gibt einen Stammesrat (Dewan Adat), der aber von Beamten dominiert wird, die nicht wirklich die Interessen der Bevölkerung vertreten. Auf der Volksversammlung am 12. Juni sollte ein neuer Vorsitzender des Rates gewählt werden. Man konnte sich jedoch nicht einigen. Ein Mitarbeiter der Allianz sagte: „Die Bevölkerung ist gespalten, ein Teil ist grundsätzlich für BP, anderer Teil möchte die Rechte gewahrt wissen und ein dritter Teil denkt nur an den eigenen Vorteil.“ Sollte in Zukunft wirklich ein Stammesrat gewählt werden, der das Vertrauen der Bevölkerung genießt, ist das ein erfreulicher Fortschritt. Schwierig ist, dass die verschiedenen Dörfer unterschiedliche Interessen haben, weil sie in unterschiedlicher Weise vom Projekt betroffen sind.

Die Allianz der NROs in Manokwari hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Allerdings strebt sie bewusst kein offizielles Mandat an, um ihre Unabhängigkeit zu wahren. In der Allianz sind folgende Organisationen vertreten: LB3BH, PERDU, YBLBC, YALHIMO und Elsham. Die Allianz wird geleitet und koordiniert von dem sehr aktiven Superintendenten der evangelischen Kirche (GKI) von Manokwari, Hofni Simbiak. Leider ist der Kirchenkreis Bintuni noch nicht so einbezogen, wie es wünschenswert wäre. Vielleicht hat mein Besuch dazu beigetragen, mehr Bewusstsein für die sozialen und ökologischen Fragen zu wecken, die in naher Zukunft auf die Bewohner der Bucht zukommen werden. Das Engagement der Allianz hat schon dazu geführt, dass die Regierung misstrauisch geworden ist. Bustar Maitar von PERDU hat den Eindruck, dass er bei Flugbuchungen in die Bintunibucht von der Fluggesellschaft Merpati zurückgesetzt wird. PERDU hat enge Kontakte zu den britischen NROs Down to Earth und Survival International, hat aber von dort bisher keine finanzielle Unterstützung erhalten.

BP selbst hat ein vierköpfiges internationales Beraterteam berufen. Dem Team gehören laut Jakarta Post vom 24. Mai 2002 folgende Personen an: Sabam Siagian, der frühere indonesische Botschafter in Australien, der frühere US-Senator George Mitchel, der Brite Lord Hannay und Pfr. Hermann Saud aus Papua. Hermann Saud hat die Berufung angenommen, obwohl viele Freunde ihm abgeraten haben und nicht damit einverstanden sind, dass er mitmacht. Er glaubt aber, dass er so die Interessen der Bevölkerung am besten und wirksamsten vertreten kann. Da ein Unternehmen wie BP natürlich auch großen Einfluss auf die Regierung hat, hat Hermann Saud so auch die Möglichkeit, über BP Druck auf die Regierung ausüben zu lassen. Andererseits könnte er auch von BP missbraucht werden.

### **Militärischer Schutz des Projektes?**

BP hat bisher versucht, das indonesische Militär aus dem Projektgebiet herauszuhalten. Die Bevölkerung hat bei verschiedenen Konsultationen eindeutig gefordert, dass kein Militär ins Projektgebiet kommen soll. BP bildet zur Zeit eine eigene Wachmannschaft aus, die aus der Bevölkerung rekrutiert wurde. Die Ausbilder sind allerdings pensionierte Kopassus-Offiziere.

Es gibt Informationen, dass Anfang Juni 2002 eine 18 Mann starke Kopassus-Einheit nach Bintuni verlegt wurde. Das Militär soll sich in Babo (Kelapa Dua) bereits 50 ha Land gesichert haben. Auch der Panglima, General Simbolon, hat das Basiscamp besucht und gesagt, dass es die genuine Aufgabe des Militärs sei, solche für Indonesien lebenswichtigen Projekte zu schützen. Es bleibt die Frage, wie lange sich BP gegen die Anwesenheit des Militärs – und die Mitfinanzierung – wehren kann. Das indonesische Militär ist auf die Finanzierung durch Schutzgelder solcher Unternehmen dringend angewiesen.

Für BP stellt sich seit August 2002 eine neue Situation, da der Liefervertrag mit China nicht zustande gekommen ist (siehe dazu gesonderten Artikel).

**E-Info Nr. 90 vom 12. August 2002**

### **BP-Flüssiggas-Liefervertrag mit China kam nicht zustande**

British Petrol (BP) hatte gehofft, China als Abnehmer für das in der Bintunibucht in West Papua geförderte Erdgas zu gewinnen. China, das die Provinz Guangdong mit Flüssiggas versorgen wollte, konnte jedoch zwischen drei Angeboten wählen: BP-Tangguh/Indonesien, Woodside Petroleum/Australien und Exxon/Qatar. China hat die Entscheidung einige Monate hinausgezögert und hat sich jetzt für Woodside/Australien als Lieferanten entschieden. Gegen BP-Tangguh/Indonesien sprach die unsichere politische Lage, gegen Exxon/Qatar der weite Anlieferungsweg.

Für das BP-Tangguh-Projekt ist das aus der Sicht des Unternehmens ein Rückschlag. Das Zustandekommen des Liefervertrages über mindestens 3 Mill. Tonnen Flüssiggas pro Jahr war eine Voraussetzung dafür, dass man gleich eine Anlage mit zwei Bohrtürmen planen konnte. Zwei Bohrtürme wären erforderlich gewesen, um die benötigte Menge zu fördern. Auch der Zeitplan der Bauarbeiten war darauf abgestellt, dass die Lieferung nach Guangdong im Jahr 2005 beginnen würde.

Bisher hat BP nur einen Abnehmer in den Philippinen gefunden. Die Philippinen wollen möglicherweise 1,3 Mill. Tonnen pro Jahr abnehmen. Es gibt aber noch keinen Vertrag, lediglich ein Memorandum of Understanding. China hat BP angeboten, dass BP vom Jahr 2006 an die Provinz Fujian versorgen könnte. Fujian würde vielleicht 2,5 Mill. Tonnen jährlich abnehmen und dafür US \$ 500 Millionen zahlen.

In der Bintunibucht wird nun voraussichtlich der Beginn der Bauarbeiten um ein Jahr verschoben, und es wird zunächst nur ein Bohrturm gebaut werden. Für die Bevölkerung und die NGOs, die in der Bintunibucht engagiert sind, bedeutet das einen wichtigen Zeitgewinn. Die NGOs hatten ohnehin ein Moratorium gefordert, weil bis Mitte Mai immer noch keine Einigung über die Entschädigungszahlungen etc. an die Dörfer erzielt worden war, die direkt vom Bau der BP-Basis betroffen sein werden.

Eine direkte Folge der Absage Chinas für die Bevölkerung ist die vorübergehende Aussetzung der Umsiedlung der direkt betroffenen Dörfer.

## Holzraubbau bedroht die Existenz von 51 Stämmen in Papua

51 isoliert lebende nomadisierende Papuastämme in Waropen drohen wegen des rücksichtslosen Holzfällens auszusterben. Der Leiter des Sozialamtes Papuas, Onnes Rumandei, sagte am Donnerstag in Jayapura, dass Wälder, die diesen Stämmen seit langem Lebensraum gewähren, wegen des rücksichtslosen Holzschlagens der Wald-Konzessionäre allmählich vernichtet würden.

Onnes nannte keine Namen von Firmen, die für Papua Holzkonzessionen bekommen haben. Man vermutet aber, dass es sich um Gesellschaften mit Hauptsitz in Jakarta handelt, die eine enge Verbindung zum Regime der Neuen Ordnung hatten.

Der Holzabbau hat sich seit der Einführung des Gesetzes zur Besonderen Autonomie am 1. Januar 2002 intensiviert. Die Stämme wurden in die Bergregionen in der Nähe der Stromschnellen des Mamberamoflusses abgedrängt. Nach den Bestimmungen über die Besondere Autonomie können lokale Verwaltungen die Konzessionen zur Ausbeutung der Wälder des Landes erteilen.

Das Gesetz erlaubt den Provinzen, 80% der Erlöse einzubehalten, die durch das Ausbeuten lokaler Rohstoffe anfallen. Der Name der Provinz wurde in Papua geändert (früher Irian Jaya) und die Provinzflagge darf neben der Nationalflagge aufgezogen werden.

Die Stämme, die immer noch ein Leben der Steinzeit führen, wurden durch christliche Missionare und humanitäre Stiftungen entdeckt. Sie möchten keine Kleider tragen und leben in Höhlen, auf Bäumen oder in Zweighütten.

Onnes kritisierte die Regierung dafür, dass sie keinerlei Rücksichten auf das Schicksal dieser Stämme nehme. „Weil diese isoliert lebenden Stämme tatsächlich auch Bürger des Einheitsstaates Indonesien sind, verdienen sie auch die Fürsorge der Regierung,“ sagte Onnes und äußerte seine Sorge, dass die Stämme aussterben würden, falls die Regierung nicht schnell etwas unternahme.

„Gegenwärtig kümmern sich die Kirchen und humanitäre Stiftungen, denen ihr Wohlergehen am Herzen liegt, um diese Stämme,“ sagte Onnes und unterstrich, dass die Regierung bisher keine Gelegenheit wahrgenommen habe, für die Stämme zu sorgen. Onnes sagte, die Regierung habe alle Vorschläge, die bisher nach Jakarta geschickt wurden, ignoriert. Erläutert hat er diese Aussage nicht.

Laut Onnes sind die Papua eins der letzten rein erhaltenen Urvölker auf der Erde und ihr Überleben sollte auch von der internationalen Gemeinschaft gesichert werden. Er sagte, etwa 70 - 80% der Urbevölkerung Papuas lebe bis heute in abgelegenen Regionen.

Im Jahr 2002 gründete die Regierung Papuas zwölf Trainingszentren in den 12 Bezirken Jayapura, Biak, Numfor, Yawa, Nabire, Puncak Jaya, Jayawijaya, Merauke, Paniai, Sorong und Fakfak. (Hier sind nur 11 genannt)

Quelle: The Jakarta Post, 17. Mai 2002

Übersetzt aus dem Englischen von Hans Martin Thimme, West Papua Netzwerk



## Regierung warnt Freeport wegen Flussverschmutzung

Die Regierung hat die US-amerikanische Kupfer- und Goldgesellschaft PT Freeport Indonesia aufgefordert, sich sofort um die Umweltverschmutzung, die von ihrer Gold- und Kupfermine in der Nähe der Städte Tembagapura und Timika in Papua ausgeht, zu kümmern.

Sie sagte, dass Tausende Bewohner an den beiden Hauptflüssen von verschiedensten Krankheiten bedroht sind, weil das Unternehmen sein Schmutzwasser in diese Flüsse leitet und so das Wasser verunreinigt.

Muh. Ali Kastella, der Chef der Behörde für Umwelt in der Provinz (Bapedalda), bestätigte am Mittwoch in Jayapura, dass Gouverneur Jaap P. Solossa in einem förmlichen Brief an Freeport darum gebeten hat, dass die Betriebsleitung sofort etwas gegen die Verschmutzung unternimmt und ihre Maßnahmen öffentlich bekannt gibt. Er sagte, der Brief des Gouverneurs sei auf Anordnung des Umweltministers Nabel Makarim geschrieben worden. Dieser habe verlangt, dass Freeport wegen der Verschmutzung zu warnen sei.

Der Gouverneur hat Freeport ebenfalls um Erklärung darüber gebeten, was mit dem Abraum geschieht, bevor er in die Flüsse geleitet wird. Die Gesellschaft wurde aufgefordert, ihr Programm zur Lösung des Problems der Abraumlagerung neu zu gestalten und die Einleitung in die Flüsse zugunsten der Erhaltung von nahe gelegenen Mangrovenwäldern zu verringern.

Darüber hinaus wurde die Gesellschaft aufgefordert, den Umfang ihres Aufforstungsgebietes von gegenwärtig 75 Hektar im Jahr auf jährlich 150 Hektar zu erhöhen und die Öffentlichkeit über gedruckte und elektronische Medien im Einzelnen darüber zu unterrichten, was Selbstverständnis und Pläne der Gesellschaft bezüglich ihrer Umweltverantwortung seien.

Kastella erklärte, der Umweltminister habe den Gouverneur gebeten, die Zustimmung der Provinzregierung, dass die Gesellschaft ihren Abfall in die Flüsse leiten könne, zu überprüfen. „Freeport wurde ebenfalls gebeten, sein Umweltprogramm und dessen Verwirklichung der Provinzverwaltung zu erläutern,“ sagte er laut Antara.

Zahlreiche Sprecher der Bevölkerung haben ihr Unbehagen über die Flussverschmutzung geäußert und gefordert, die Regierung solle der Gesellschaft eine Buße auferlegen, weil ihr Abfall Flüsse verunreinigt, die der Trinkwasserversorgung der einheimischen Bevölkerung dienen.

Einer der Sprecher, Markus A. Pogolamum, bedauerte, dass Freeport seit Jahren Kupfer und Gold in der Provinz abbaut und immer noch keine Rücksicht darauf nähme, dass die örtliche Bevölkerung zu Opfern des Bergbaus werde. Leute vor Ort könnten nichts tun, wenn die Regierung nichts tut, um die mächtige Bergbaugesellschaft zur Rechenschaft zu ziehen, sagte er.

Im August des vergangenen Jahres erklärte das Distriktgericht von Süd-Jakarta Freeport der Verletzung der Umweltgesetze für schuldig. Die Umweltorganisation Walhi hatte einem Prozess wegen des Grasberg-Zwischenfalls aus dem Jahr 2000 angestrengt. Das Gericht stellte fest, die Gesellschaft habe missverständliche Informationen über ihre Umweltaktivitäten herausgegeben und sei schuld am Zusammenbruch ihrer Abfallhalde am Wanagonsee am Grasberg. Dabei kamen mindestens vier Minenarbeiter ums Leben. Die Umweltorganisation Walhi hat Freeport ebenso wegen der Flussverschmutzung angezeigt. Aber dieser Fall wurde bisher nicht verhandelt.

Quelle: The Jakarta Post, 1. 8. 02

Übersetzt aus dem Englischen von Hans Martin Thimme, West Papua Netzwer

E-Info Nr. 93 vom 22.8.2002

## **Keine Hoffnung auf Gerechtigkeit im Fall Abepura**

### **Eine Verurteilung und sechs Freisprüche im Menschenrechtsprozess**

Vor einigen Monaten wurde in Jakarta der Ad-Hoc-Menschenrechtsgerichtshof gebildet. Er hat die Prozesse gegen den ehemaligen Gouverneur von Osttimor, Abillo Jose Soares und gegen sechs Offiziere aufgenommen. Darunter befanden sich auch der ehemalige Polizeipräsident von Osttimor, Timbul Silaen, und ein ehemalige Regierungspräsident (Bupati), Covalima Herman Sedyono. Alle wurden beschuldigt, an den schweren Massakern beteiligt gewesen zu sein, die nach dem Referendum in Osttimor im August 1999 durch Milizen und die indonesische Armee begangen wurden.

Jetzt wurde Abillo Jose Soares zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die andern sechs Angeklagten wurden freigesprochen. Das Urteil und die Freisprüche haben in Kreisen der Nichtregierungsorganisationen und bei der UN-Menschenrechtskommission große Enttäuschung hervorgerufen.

Der Vorsitzende der Stiftung Rechtshilfe (YLBHI) in Jakarta, Munarman, sagte, er sei nach diesem Urteil sehr pessimistisch im Blick auf andere anstehende Menschenrechtsprozesse, unter anderem auch im Blick auf den Prozess zum Fall Abepura. Solche Urteile würden das Ansehen Indonesiens und sein Rechtssystem zerstören.

Die Urteile seien der Beweis dafür, dass die indonesische Regierung die Prozesse nur aufgrund internationalen Drucks geführt habe, um das Ausland zufrieden zu stellen. Die Menschenrechtsorganisationen hätten jetzt Gründe genug, die anstehenden Fälle vor ein internationales Tribunal zu bringen. (Quelle: deticom Jakarta vom 16.8.02– M. Rizal Maslan)

In diesem Zusammenhang sagte Murnaman auch, dass der nachlassende Druck seitens der USA zur Folge habe, dass Indonesien nicht mehr wirklich seriös die Menschenrechte beachte. Die USA haben ja bei dem Besuch von Außenministers Powell in Jakarta vor einigen Wochen eine Militärhilfe von US \$ 15 Millionen zugesagt. Mit dieser Neuaufnahme enger militärischer Beziehungen haben die USA ihre frühere Bedingung, die Menschenrechtssituation in Indonesien müsse sich erst bessern, fallen gelassen.

### **UN-Hochkommissarin enttäuscht, Amnesty fordert Internationales Tribunal**

Die Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, äußerte in Genf ebenfalls ihre Enttäuschung über die Freisprüche. Auch die Verurteilung Abillo Jose Soares' zu drei Jahren Gefängnis hält sie für zu milde. Sie wies darauf hin, dass die indonesischen Gesetze in solchen Fällen ein Mindeststrafe von 10 Jahren fordern, und die Richter sich somit über das Gesetz hinweggesetzt hätten. Diese Entscheidung bringe das indonesische Rechtswesen erneut in Misskredit.

Amnesty International hat die Vereinten Nationen aufgefordert, ein Internationales Tribunal für die Menschenrechtsverbrechen in Osttimor zu bilden. „Der Ad-Hoc-Gerichtshof hat erhebliche Mängel gezeigt und er hat Wahrheit und Gerechtigkeit verraten.“ Indonesien habe alle Hoffnungen zerschlagen, dass Gerechtigkeit hergestellt würde.

(Quelle: tempo interaktiv vom 16.8.02)

Pressemitteilung von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger:

### **Freisprüche sind Schlag ins Gesicht der Massaker-Opfer**

15. August 2002

Massiv kritisierte die Obfrau der FDP im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und Mitglied der UN-Untersuchungskommission der Menschenrechtsverletzungen in Osttimor, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Entscheidung über die Freisprüche in den Prozessen um Osttimor. Die Freisprüche bewiesen, dass die internationale Staatengemeinschaft kein Vertrauen in dieses Tribunal setzen könne, da es sich nicht an internationale Standards halte. Es sei in keiner Form erkennbar, dass den Verantwortlichen an der Aufarbeitung der schweren Menschenrechtsverletzungen in Osttimor durch das Tribunal gelegen ist. "Die jahrzehntelange Unterdrückung von Menschen in Osttimor", so Frau Leutheusser, "wurde wieder nicht gerecht verfolgt."

<http://www.leutheusser-schnarrenberger.de>

## **Früherer Untersekretär der UNO packt aus: „das Referendum 1969 in West Papua war Humbug“**

Von John Saltford

Im letzten Jahr gab der angesehene ehemalige Untergeneralsekretär der UNO, Chakravarthy Narasimhan dem Journalisten Slobodan Lekic ein Interview. Das Ergebnis waren eine Reihe für seine ehemaligen Arbeitgeber peinliche Artikel in der internationalen Presse.

Es ging um eine anscheinend längst vergessene Operation der Vereinten Nationen weit weg in West Papua, der westlichen Hälfte der Insel Neuguinea.

Als zweiter Mann nach dem Generalsekretär hatte Narasimhan zu der Zeit eine Schlüsselstellung inne, insbesondere als es darum ging, die Organisation (VN) von diesem „lästigen“ Problem zu befreien.

West Papua war eine holländische Kolonie, die 1970 unabhängig werden sollte. Aber Präsident Sukarno im benachbarten Indonesien bestand darauf, das Gebiet gehöre ihm und drohte, ermuntert durch Indiens Erfolg in Goa, mit Invasion.

Im Jahr 1962 gaben die Holländer dem Druck der USA nach, die einen wachsenden sowjetischen Einfluss fürchteten und Sukarno einen Gefallen tun wollten. Am 15. August 1962 schlossen sie mit Indonesien den *Vertrag von New York*. Darin wurde festgelegt, dass West Papua vorübergehend unter UNO Verwaltung gestellt wurde. 1969 sollte die Bevölkerung in einem Referendum über Unabhängigkeit oder Anschluss an Indonesien entscheiden.

Schließlich zog die UNO unter der Oberaufsicht von Narasimhan nach nur sieben Monaten ab. Ein hoher UNO Beamter äußerte privat, dass die Papua rebellierten. „Aus Sicht der Zweckmäßigkeit war es sinnvoll, dass die UNO abzog, sobald die Indonesier vor Ort tatsächlich stark genug waren.“

Im Jahr 1968 sandten Narasimhan und U Thant, der Generalsekretär der VN aus Burma, ein kleines UNO-Team unter der Leitung von Ortiz Sanz zurück. Sie sollten Indonesien bei den Vorbereitungen für das versprochene Referendum unterstützen. Da die Indonesier um ihre große Unbeliebtheit wussten, erklärten sie, ein Referendum sei unpraktisch, denn die Leute seien zu „primitiv“. Stattdessen bestimmten sie 1023 Papuas als repräsentative Vertreter der Gesamtbevölkerung.

Die UNO protestierte nicht, sie kooperierte. Nach einem vertraulichen Bericht der USA gab Ortiz Sanz zu, das einzig denkbare Resultat, das den Interessen der UNO und Indonesiens entspreche, sei eine Entscheidung gegen die Unabhängigkeit.

Es war darum keine Überraschung, dass in der „Wahl“ von 1969 die Unabhängigkeit tatsächlich einstimmig abgelehnt wurde. „Sogar Hitler war in Plebisziten mit weniger als 100 Prozent zufrieden,“ notierte ein Journalist. Anderswo schrieb ein britischer Diplomat privat: „Das UNO-Sekretariat, dessen Einfluß wichtig hätte sein können, war nur noch bemüht, das Problem so schnell und problemlos wie möglich los zu werden.“

Die UNO-Vollversammlung beschloss im November 1969, das Ergebnis des „Act of Free Choice“ in Papua zur Kenntnis zu nehmen und zog sich damit aus der Affäre. Niemand war bereit, seine wirkliche Meinung zu sagen.

Und nun, nach 31 Jahren, entscheidet sich Narasimhan, seine Stimme zu erheben. Er sagte, die ganze Prozedur „war ein Humbug. Wie konnte irgend jemand ernstlich glauben, dass alle Wähler einstimmig für den Beitritt stimmten.“

Quelle: Asian Times (UK), 25. Juni 2002 . Dr. John Saltfords Buch *The United Nations and the Indonesian Takeover of West Papua* erscheint im November bei Routledge-Curzon.) Übersetzung aus dem Englischen von Hans Martin Thimme

**E-Info Nr. 91 vom 16.8.2002**

## **40 Jahre New York Agreement am 15. August 2002**

### **Demonstrationen am Jahrestag**

In Dublin (Irland) wurden vier Demonstranten vor der niederländischen Botschaft festgenommen, unter ihnen der Koordinator der West Papua Action, Mark Doris. Die West Papua Action hatte zu der Demonstration aufgerufen, um am 40. Jahrestag des New York Agreement an das Unrecht und die Menschenrechtsverletzungen zu erinnern, die als Folge dieses Vertrages zwischen den Niederlanden und Indonesien in West Papua geschehen sind.

Der New Yorker Vertrag kam auf Druck der USA und der UNO zustande und wurde am 15. August 1962 unterzeichnet. Er regelte die Übergabe der Verwaltung des damaligen Niederländisch Neuguinea an Indonesien. Er legte auch die Modalitäten eines Referendums fest, das innerhalb von sieben Jahren stattfinden und der Papuabevölkerung die Möglichkeit einer freien Entscheidung für die Unabhängigkeit und gegen den Anschluss an Indonesien geben sollte.

Das Referendum wurde 1969 unter UNO-Aufsicht durchgeführt. Die Durchführung verletzte den New Yorker Vertrag, denn der New Yorker Vertrag verlangte ein Referendum „in accordance with international practice“. Das Referendum wurde jedoch so durchgeführt, dass 1025 vom indonesischen Militär handverlesene Wahlmänner, bedroht, eingeschüchert und bestochen, für den Anschluss an Indonesien stimmen mussten. Die UNO akzeptierte dieses Verfahren.

NGOs aus mehreren Ländern haben daher im März dieses Jahres der UNO eine Petition überreicht, in der eine „Überprüfung der Haltung der UNO während des Referendums 1969“ gefordert wird.

### **Demonstration in Jayapura**

Demonstriert wurde auch in Jayapura aus Anlass des Jahrestages des Vertrages von New York. Etwa 300 Personen, angeführt von einer Gruppe ehemaliger politischer Gefangener, überreichten dem Provinzparlament eine Erklärung in der es u.a. heißt:

1. Wir fordern die bedingungslose Unabhängigkeit für die Republik West Papua noch in diesem Jahr 2002
2. Wir fordern, dass bald ein nationaler und internationaler Dialog über die Zukunft West Papuas eingeleitet wird.
3. Wir erbitten Sicherheitsgarantien und den Schutz des Rechtes auf Leben für das Volk der Papua. Dies soll durch nationale und internationale Gesetze festgelegt werden.
4. Die indonesische Regierung soll sich noch einmal mit der Ablehnung des Autonomiegesetzes durch das Volk der Papua befassen, die am 28. März 2001 ausgesprochen wurde.
5. Wir fordern den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf, die Resolution Nr. 2504 vom 19. November 1969 über die Integration West Papuas in die Republik Indonesien zurückzunehmen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Politik und der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Provinzparlaments nahmen die Erklärung entgegen und versprachen, sie an die zuständigen Gremien weiterzuleiten.

Die Demonstration verlief friedlich, obwohl ein starkes Polizeiaufgebot bereitstand und viele Sicherheitsbeamte in Zivil sich unter die Menge gemischt hatte

*In den letzten Monaten ist die Situation in West Papua stärker in den Blick europäischer Regierungen gekommen. Schon im Dezember 2001 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung zu West Papua (vergl. Rundbrief Nr. 21 Seite 58). Im Februar 2002 besuchten einige Botschafter der Europäischen Union West Papua (vergl. Rundbrief Nr. 22 Seite 18). Im April veranstaltete das Europäische Parlament ein Hearing zu West Papua, zu dem Nichtregierungsorganisationen eingeladen waren. Im Mai verabschiedete das Parlament wieder eine Entschließung, die wir hier veröffentlichen. Im Blick auf West Papua ist beachtlich, dass die Ermordung von Theys Eluay genannt und rückhaltlose Aufklärung gefordert wird.*

## **Entschließung des Europäischen Parlaments zu Indonesien (Molukken/Aceh und Papua) vom Donnerstag, dem 16. Mai 2002**

### **Das Europäische Parlament,**

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Lage auf den Molukken sowie in den indonesischen Provinzen Aceh und Papua,

### **Allgemeines**

A. im Bewusstsein der Bedeutung, die die indonesische Regierung der territorialen Integrität des Landes beimisst, unter Hinweis darauf, dass der einzige gangbare Weg zur Gewährleistung der territorialen Integrität Indonesiens darin besteht, dass die Regierung einen wirklichen Dialog mit den Provinzen aufnimmt, um die Ursachen, die dem Separatismus zugrunde liegen, zu beseitigen, und in Betonung der Bedeutung des interethnischen, interreligiösen und regionenübergreifenden Dialogs und einer erfolgreichen Dezentralisierung,

B. in der Erwägung, dass es Aufgabe des Staates ist, die Sicherheit seiner Bürger ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft und ihres Glaubens zu gewährleisten,

### **Zu den Molukken**

C. in der Erwägung, dass siebzig moslemische und christliche Vertreter der Molukken am 12. Februar 2002 die Malino-II-Friedenserklärung unterzeichnet und sich damit verpflichtet haben, keine Gewalt mehr anzuwenden,

D. in der Erwägung, dass der EU-Ratsvorsitz diese Vereinbarung, einschließlich der Vermittlungsbemühungen der indonesischen Regierung, die zu dieser Friedensvereinbarung geführt haben, begrüßt und die indonesische Regierung aufgefordert hat, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jeglichen Bemühungen von außen zur Torpedierung des Friedensprozesses entgegenzutreten,

E. in der Erwägung, dass in den Wochen nach der Unterzeichnung der Friedensvereinbarung, insbesondere am 3. und 28. April 2002, weitere Massaker an Christen stattgefunden haben,

F. in der Erwägung, dass der versprochene unabhängige nationale Untersuchungsausschuss noch nicht geschaffen worden ist, obwohl Vizepräsident Hamrah Haz zugesagt hat, sich für seine baldige Schaffung einzusetzen,

G. in der Erwägung, dass der Führer des Laskar Jihad auf den Molukken, Ja'far Umar Thalib, am Freitag, dem 26. April 2002, auf einer Großkundgebung mit ca. 20 000 Moslems zur Missachtung der Friedensvereinbarung und zum Bürgerkrieg auf den Inseln aufgerufen haben soll, wobei er sich deutlicher Worte bediente und erklärte, dass die Moslems alle Christen in Ambon vernichten werden,

H. in der Erwägung, dass verschiedene christliche Führer, darunter der katholische Bischof von Amboina, Petrus Mandagi, sowie das Haupt der Synode der molukkischen protestantischen Kirche, Dr. Hendriks, am 29. April 2002 ein Schreiben an UN-Generalsekretär Kofi Annan gerichtet haben, in dem sie die Vereinten Nationen ersuchten, die indonesische Regierung zu unterstützen, damit weitere Massaker verhindert werden können,

I. in der Erwägung, dass seit 1999, als die religiös motivierte Gewalt auf den Molukken einsetzte, mehr als 5000 Menschen bei Kämpfen in dieser Provinz umgekommen sind und dass sich der Konflikt durch das Einsickern von Laskar Jihad in die Nachbarprovinzen Papua und Sulawesi auf andere Provinzen mit einem erheblichen Anteil nichtmoslemischer Bevölkerung ausweiten könnte,

J. in der Erwägung, dass der Führer des Laskar Jihad, Ja'far Umar Thalib, am 4. Mai 2002 auf dem Flughafen von Surabaya von der Polizei festgenommen wurde,

### **Zu Aceh und Papua**

K. in der Erwägung, dass die Gewalt in der Provinz Aceh anhält, nachdem die indonesische Regierung und die Separatisten im März erneut zu Gesprächen über eine friedliche Lösung des Konflikts zusammengekommen sind, die jedoch erfolglos blieben,

L. in der Erwägung, dass die Kämpfe in der Provinz Aceh seit Jahresbeginn zugenommen haben und dass mindestens 300 Menschen dabei umgekommen sind,

M. in der Erwägung, dass die indonesische Regierung und die separatistische Bewegung zur Befreiung von Aceh am 10. Mai 2002 Verhandlungen über eine Beendigung der Feindseligkeiten sowie ein Verfahren für die Wahl demokratischer Führer für Aceh vereinbart haben,

N. in der Erwägung, dass der nationale Untersuchungsausschuss mitgeteilt hat, dass etwa sechs Mitglieder der Spezialeinheiten der Armee an der Ermordung des papuanischen Führers Theys Hiyo Eluay beteiligt gewesen sein sollen, ohne jedoch das Motiv für den Mord und die Hintermänner offenzulegen,

### **Allgemeines**

1. zeigt sich zutiefst betroffen über die furchtbare Gewalt auf den Molukken und die anhaltenden Konflikte in den Provinzen Aceh und Papua und bringt sein Mitgefühl mit allen Opfern dieser gewalttätigen Konflikte zum Ausdruck;

2. bedauert, dass die UN-Menschenrechtskommission bislang nicht auf diese besorgniserregende Situation eingegangen ist;

### **Zu den Molukken**

3. fordert alle Beteiligten auf, sich für die Umsetzung der Friedensvereinbarung vom 12. Februar 2002 einzusetzen;

4. begrüßt die Festnahme des Führers des Laskar Jihad, Ja'far Umar Thalib, als Zeichen dafür, dass die

indonesische Regierung für den Friedensprozess in der Region eintritt und sich bemüht, gegen terroristische Gruppen vorzugehen, fordert, dass Ja'far Umar Thalib vor Gericht gestellt wird;

5. bedauert, dass die indonesische Regierung in der Vergangenheit nach dem Nachlassen des internationalen Drucks nicht ausreichend aktiv geworden ist, und fordert die gegenwärtige indonesische Regierung deshalb auf, dafür zu sorgen, dass ihre Streitkräfte sowie die Sicherheitsorgane und die Polizei die Zivilbevölkerung vor Anschlägen terroristischer Gruppen wie des Laskar Jihad schützen und keine Gewalt gegen die Zivilbevölkerung anwenden;

6. begrüßt des weiteren die Maßnahmen der indonesischen Regierung, mit denen Mitglieder des Laskar Jihad gezwungen werden sollen, die Molukken unverzüglich zu verlassen, und fordert die indonesische Regierung auf, dafür zu sorgen, dass Laskar Jihad sich auch aus anderen Gebieten wie beispielsweise Papua zurückzieht;

7. begrüßt die kürzlich durch die internationale Gemeinschaft, einschließlich des spanischen EU-Ratsvorsitzes, unternommenen diplomatischen Schritte und fordert, baldmöglichst eine erneute Mission der EU-Botschafter in Jakarta in die entsprechenden Gebiete zu entsenden;

8. fordert die Kommission und den Rat auf, gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der indonesischen Regierung ein Programm zum Wiederaufbau einer Bürgergesellschaft aufzustellen, wobei das ethnische und religiöse Gleichgewicht auf den indonesischen Molukken zu wahren ist;

#### **Zu den Provinzen Aceh und Papua**

9. fordert die indonesische Regierung nachdrücklich auf, eine friedliche Lösung für die Provinzen Aceh und Papua zu finden, die gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu schützen und den UN-Sonderberichterstatter über Folter, grausame und unmenschliche Behandlung und Strafe und den UN-Sonderberichterstatter über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen zu einem Besuch in den Provinzen Aceh und Papua einzuladen;

10. fordert die indonesische Regierung auf, einen glaubwürdigen, rechtlich abgesicherten und unabhängigen Untersuchungsausschuss, von internationalen Menschenrechtsexperten, schaffen, um die Beteiligung staatlicher Organe an der Ermordung des papuanischen Stammesführers Theys Eluay zu untersuchen und die Täter vor Gericht zu stellen;

11. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, der Regierung und dem Parlament von Indonesien sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln.

<http://www3.europarl.eu.int/omk/omnsapir.so/calendar?APP=PV2&LANGUE=DE> (16. Mai 2002)

[\\epades\adoptes\adoptes\\_provisoi\02-05\02-05-16de.doc](\\epades\adoptes\adoptes_provisoi\02-05\02-05-16de.doc) PE 318.651\ 87 - P5\_TAPROV(2002)025



*Sechs Jahre lebte und arbeitete das Ehepaar Ipenburg-Korse in West Papua. Vor wenigen Wochen kehrten sie zurück in die Niederlande. At Ipenburg war Dozent für Anthropologie und Geschichte an der kirchlichen Hochschule in Abepura. Der persönliche Bericht informiert über viele Hintergründe und ist so interessant, dass wir ihn hier veröffentlichen.*

## **Persönliches Erleben in West Papua**

Von At Ipenburg und Mirjam Korse

...Seit Ende Dezember 2001 haben wir einen dreimonatigen Studienurlaub. Ich widme mich einer Untersuchung der Geschichte der Evangelischen Kirche (GKI), unter besonderer Beachtung des Verhältnisses zu Kultur und Politik. Meine Frau Mirjam macht eine Bestandsaufnahme von Kirche und Kunst in West Papua. Viele namenlose und nicht ausgebildete Papuakünstler erreichen mit Reliefs, Holzschnitzereien und gemalten Bildern in kleinen Dorfkirchen oft eine außergewöhnliche Qualität.

### **Menschenrechtsverletzungen**

Wir kamen hier Ende 1995 an. Es war der Anfang einer Periode großer Veränderungen. Die Situation zur Zeit ist wenig hoffnungsvoll. Von der Autonomie, die im Oktober vorigen Jahres für diese Provinz vom Parlament verabschiedet wurde, ist bis jetzt noch rein gar nichts zu spüren. Der Mord an dem Papuaführer Theys Eluay ist ein Symptom der Rechtlosigkeit. Es scheint, dass die Täter über dem Recht stehen. Eine Lokalzeitung, die *Jubi* („Pfeil“), witzelte: *Ah tim lagi , ah tim lagi...* – „Schon wieder ein Team, und noch ein Team...“ Man zählt inzwischen neun Untersuchungsteams. Aber kein einziges Team wagte bisher Ross und Reiter zu nennen. Man wagte sich nicht weiter vor als: „Es gibt Hinweise, dass die Kopassus-Einheit in den Fall verwickelt ist. Wir kommen nicht weiter mit der Untersuchung, weil das Militär hier betroffen zu sein scheint.“- Eine kleine Delegation von amnesty international, die Ende Januar West Papua besuchte, musste auf Druck und Drängen des Militärs abreisen. Auch andere ähnliche Menschenrechtsverletzungen durch Armee und Polizei in der letzten Zeit bleiben ungestraft. In krassem Gegensatz zu dieser Straflosigkeit hat der Staatsanwalt in Jayapura kürzlich in einem Prozess gegen Papuaführer 30 Monate Gefängnis gefordert. Der Prozess, der sich seit über einem Jahr hinschleppt, wird geführt wegen der Beteiligung der Angeklagten an friedlichen Aktionen, in denen sie mehr Freiheit und einen friedlichen Dialog zwischen Regierung und Papuas forderten. Die Anklage: Hochverrat. Auch der stellvertretende Vorsitzende der Synode der größten Kirche Papuas, Pfarrer Hermann Awom, gehört zu den Angeklagten.

### **Apathie**

Eine solche repressive Haltung der Regierung hatte man nach dem Sturz des Diktators Suharto im Mai 1998 nicht erwartet, als scheinbar ein Reformprozess einsetzte. Damals setzte ein „papuanischer Prager Frühling“ ein, den man *Aspirasi Merdeka* – Wunsch nach Freiheit – nannte. Als eine Folge der derzeitigen Repression sind die Menschen apathisch geworden. Sie haben die Hoffnung verloren, dass sich in Kürze die Situation verbessert. In unserem Dorf in *Yoka Pantai* ist das Bingo-Spiel wieder weit verbreitet. Man spielt von nachmittags bis tief in die Nacht hinein. Kinder rufen die jeweils gezogenen Zahlen laut aus. Wer Bingo zieht, bekommt 60.000 Rupiah (ca. sieben Euro). Der Einsatz sind 1000 Rupiah (ca. 0,10 Euro). Auch wird mehr Alkohol getrunken. Viele sind arbeitslos, es gibt keine Perspektive.

### **Morddrohungen**

Das Jahr 2001 war ein spannendes Jahr. Im Juni trat die Polizei mit großer Härte auf. Sie führte in Manokwari, Fakfak und Nabire die sog. Operation „Durchkämmen und Vernichten“ durch. Dies sind Orte, in denen ausländische Unternehmen tätig sind. Es gab viele Tote. Die

Menschenrechtsorganisation Elsham kritisierte die Polizeiaktionen scharf. Darauf erhielt der Direktor von Elsham, Yohanes Bonay, eine telefonische Todesdrohung von einem anonymen Anrufer. Eine ganze Nacht hindurch erhielt er von jemandem, der sich Martin nannte, Anrufe mit den Worten: „Wenn du am Leben bleiben willst, hör auf mit deinen Menschenrechtsaktivitäten.“ Bonay beklagte sich beim Militärkommandanten Simbolon. Dieser reagierte: „Wir waren es nicht. Wir sind keine Frauen, die andere mit anonymen Anrufen belästigen. Wenn wir dich los werden wollten, würden wir dich gleich umbringen.“ Eine unheimliche Aussage, wenn man bedenkt, dass fünf Monate später Theys Eluay ermordet wurde. Eine solche Reaktion gibt wenig Hoffnung auf Schutz. Einige Tage später reiste Bonay für ein halbes Jahr nach Australien, um eine Zeitlang in Sicherheit zu sein. Diese Art Bedrohung geht auch jetzt noch immer weiter. Man muss das wirklich ernst nehmen. Es ist ein Klima der Angst entstanden.

### **Sterberate**

Die Provinz Papua hat großen Mangel im Bereich von Basiseinrichtungen auf den Gebieten Bildung und Gesundheitswesen. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Indonesien beträgt 62 Jahre, in Papua jedoch nur 46 Jahre. Die Sterberate ist sehr hoch. Wir spüren das hautnah, seit wir mitten in einem Papuadorf wohnen. Bei einem Todesfall wird hier in *Yoka Pantai* eine Glocke sechsmal geschlagen. Danach beginnt das Wehklagen der Frauen. Unser Dorf hat ungefähr 1.500 Einwohner. In drei Monaten zählte ich acht Todesfälle, das sind durchschnittlich 30 im Jahr. Die Sterberate ist also jährlich 20 auf 1000. An unserer Schule, an der die Studenten zwischen 25 und 30 Jahre alt sind, sieht es nicht viel besser aus. Hier handelt es sich um junge, gut ausgebildete Papua. Von ca. 700 Studenten starben im vergangenen Jahr 15. Todesursachen waren Verkehrsunfälle, kriminelle Gewalt, Gewalt von Polizisten, Krankheiten, z.B. TBC und Malaria, Selbstmord, Schlägerei. Das greift uns jedes Mal sehr an.

### **Probleme der Studierenden**

An einem Mittwochmorgen besucht uns ein Student. Am nächsten Tag, dem Donnerstag, werden öffentlich die Zensuren bekannt gegeben, die darüber entscheiden, ob man an der feierlichen Übergabe der Zeugnisurkunden teilnehmen darf. Ihm fehlen noch drei Prüfungen. Ob ich ihm „helfen“ kann. Doch das Dozentenkollegium hat gerade den Beschluss gefasst, dass wir solche „Hilfe“ nicht mehr gegeben dürfen. Er erzählt, dass er vor allem wegen seiner Familie in der Klemme sitzt. Er ist schon 38 Jahre alt, „wenn ich mich nicht täusche“ sagt er. Er lebt seit fünf Jahren in Jayapura, seine Familie ist in Biak geblieben. Er lebt davon, dass er am Bau arbeitet. Nur zu Weihnachten und Neujahr ist er bei seiner Familie in Biak. Seine Kinder werden größer und fangen an Geld zu kosten. Die weiterführenden Schulen kosten viel Geld. Aber er hat kein Geld. Seine Hoffnung: Schnell die Zeugnisurkunde, dann Pfarrer werden und Geld verdienen! Doch das Anfangsgehalt eines Pfarrers sind 20 Euro im Monat, unmöglich, damit seinen Lebensunterhalt mit einer Familie zu bestreiten. Außerdem hat die Kirchenleitung beschlossen, in den nächsten zwei Jahren keine Kandidaten mehr als Vikare anzunehmen.

### **Wisuda**

Die Übergabe des Diplomzeugnisses *Wisuda* ist eine Feierlichkeit, die man am besten mit einer Promotion in den Niederlanden vergleichen kann. Wir hatten 81 Kandidaten. Alle Dozenten stellen sich vor dem Dozentenzimmer auf, um dann feierlich in die Aula einzuziehen. Jeder bekam einen schwarzen Talar und ein Barett, die Schule hatte diese Gewänder gegen Bezahlung ausgeliehen. Vom weiten sieht es gewaltig aus. Vor dem Dozentenzug tanzte eine Gruppe Studenten, traditionell gekleidet, Oberkörper und Gesicht bemalt. Zwei Studenten kamen mit angelegtem Pfeil und Bogen auf die Dozenten zugelaufen und bedrohten sie zeremoniell. An der Spitze des Zuges ging ein Student, ebenfalls in schwarzem Talar. Er trug einen Stab mit einem Kreuz und dem *Murai*-Vogel, so wie der Pedell bei einer niederländischen Promotion. Der *Murai*-Vogel ist das Symbol unserer Schule, in der Mythologie der Papua ist er der Bote der Götter. In der Aula angekommen, sangen wir die indonesische Nationalhymne. Ein Student rief dann mit lauter Stimme die Namen der Studenten auf, die dann jeweils nach vorne schreiten mussten. Sie waren in blaue Talare gekleidet und tragen ein

Barett auf dem Kopf. Der Konrektor übergab die Urkunde in einem schönen lila Köcher, dann hängte der Rektor die Quaste des Baretts von rechts nach links. Danach legte der Vorsitzende des Kuratoriums dem Studenten oder der Studentin als Zeichen der neuen Würde eine grüne Stola um. Dann kamen die unvermeidlichen Reden, es sprachen der Gouverneur, der Vorsitzende des Kuratoriums, der stellvertretende Vorsitzende der Kirchenleitung und der Rektor. Im Namen der 81 Absolventen sprach einer der Studenten ein Dankeswort. Zwischendurch immer wieder wunderbare Lieder, vom Studentenchor gesungen. Zum Abschluss wurden Gebete gesprochen, dann wurde gemeinsam gegessen.

### **Frauenstämme?**

Manchmal haben wir Besucher, die uns aufregende Geschichten erzählen. Der Höhepunkt war eine Geschichte über einen Frauenstamm. Schon früher hatten wir von unseren Studenten gehört, dass es sowohl im Vogelkopf wie auch im Mamberamogebiet einen Frauenstamm geben soll. Wir haben das niemals wirklich geglaubt, meinten, das Gerücht sei aufgrund ungenauer Beobachtung entstanden. Es könnte jemand das Dorf besucht haben, als zufällig alle Männer auf der Jagd waren. Nun besuchte uns ein Augenzeuge, jemand, der wirklich dort gewesen war. Der Besucher war ein begeisterter Dorfschullehrer. Zusammen mit seiner Frau unterrichtete er in einem sehr abgelegenen Dorf, irgendwo im Urwald. Dort hörte er die Geschichten vom Frauenstamm, und das sollte ganz in der Nähe seines Dorfes sein! Er beschloss, dort einen Besuch zu machen. Schließlich hatten auch die Frauen ein Anrecht auf Schulbildung! Doch er war noch tagelang mit einem Einbaum unterwegs, zwischendurch musste er aussteigen und durch wadentiefen Schlamm waten. Er musste Krokodile verjagen und wurde immer wieder überfallen von stichwütigen Insektenschwärmen. Jedermann fürchtet die Frauen des Frauendorfes, weil sie ausgezeichnete Kämpfer und Bogenschützen sind. Sie leben völlig ohne Männer. Gelegentlich werden Männer entführt, damit der Stamm sich fortpflanzen kann. Ein Mann hat solange ein paradiesisches Leben, bis ein Junge geboren wird. Dann werden der Vater und das Neugeborene umgebracht. Die Frauen glauben nämlich, dass sich das Böse in der männlichen Linie fortpflanzt. Auf diese sehr radikale Weise hat das Böse keine Chance, sich weiter zu entwickeln. Die Frauen wohnen zu zweit mit ihren Töchtern in einer Baumhütte. Es sind hübsche Frauen mit heller Hautfarbe und langem gepflegtem Haar. Sie haben auch einen kurzen Schwanz und sind ansonsten nackt. Unserem Lehrer gelang es, das Vertrauen einiger Frauen zu gewinnen. Sie mochten einen Vorteil darin erkennen, mit jemandem von der Außenwelt Kontakt aufzunehmen. Sie wollten auch Schulunterricht haben. Doch andere Frauen waren misstrauisch, sie wollten ihn los werden. Sie überfielen ihn und wollten ihn umbringen. Doch es gelang ihm, mit knapper Not zu entkommen. Er zeigt uns noch eine tiefe Narbe an seinem Unterarm. Sie war der unwiderlegbare Beweis dafür, dass seine Geschichte wahr ist. Er lud mich ein, mit ihm zusammen das Frauendorf zu besuchen. Die Frauen würden ganz gewiss erfreut sein, dass ich mir die Mühe machte, sie zu besuchen. Nachdem ich lange nachgedacht und mich mit meiner Frau beraten hatte, haben wir beschlossen, zumindest vorläufig die Einladung nicht anzunehmen.

Aus der ganzen Geschichte geht hervor, dass Frauen wirklich in der Lage sind, ohne die Hilfe von Männern für sich selbst aufzukommen. Es ist ein Mythos, dass Männer nötig sind, die Frauen zu „beschützen“ vor den Gefahren der Natur, vor feindlichen Stämmen oder wilden Tieren. Auch für die Fortpflanzung haben die Frauen eine Lösung gefunden – wenn auch eine sehr drastische....

At Ipenburg

### **Kirche und Kunst**

Ein Projekt, das ich zurzeit durchführe, ist Kirche und Kunst. Es ist äußerst spannend, Kunst in den Kirchen zu fotografieren und zu dokumentieren. Viele protestantische Kirchen haben ein dürftiges, schmuckloses Inneres. Aber eine ganze Reihe von Kirchen haben große Reliefs aus Zement – meist bunt angemalt - an den Außenwänden. Manchmal gibt es solche Reliefs auch in den Kirchen. Die katholischen Kirchen haben eine längere Tradition, was die Ausschmückung einer Kirche von innen betrifft. Von außen sind oft traditionelle Muster aus der jeweiligen Papukultur angebracht. Ich habe bisher 150 Fotos gemacht. Sie sind mit einer Digitalkamera aufgenommen und stehen auf einer CD

Rom Interessierten zur Verfügung. In Kürze wird eine Serie von Bildern an der Außenmauer der Kirche von Dormena auf der Website der Association for Asian Christian Art veröffentlicht werden ([www.asianchristianart.org](http://www.asianchristianart.org)). Dormena ist ein kleines Dorf an der Nordküste, nördlich des Cykloopegebirges.

Es gibt drei Papuakünstler, die eine Ausbildung an einer Kunstakademie in Java erhalten haben. Sie interpretieren das Christentum auf ihre eigene Art und Weise und benutzen dabei Symbole der alten Papuakultur. Daneben gibt es dann die Volkskunst: vielleicht ein Helfer im Kindergottesdienst oder jemand anders im Dorf, geschickt und bereit, ein Relief aus Zement an der Kirchenwand zu gestalten. Dabei kommen oft ganz überraschende Darstellungen heraus.

### **Ein Bild ist wie eine Predigt**

Besonders eindrücklich finde ich die schon genannte Kirche im Dorf Dormena. Es ist ein wohlhabendes Dorf, die Kirche liegt herrlich in der Nähe des Strandes. Sie ist umgeben von einer niedrigen Mauer, mit vielen kleinen Säulen und 35 Zementreliefs in der Größe von 100 x 70 cm. Jedes Relief zeigt eine farbenfrohe biblische Darstellung, gestaltet in einem sehr munteren Stil. Es ist wirklich herrlich anzuschauen. Die Künstler sind manchmal sehr überrascht und hoch erfreut, dass wir Interesse an ihrer Arbeit haben. Einige von ihnen überlegen, ob sie nicht eine Vereinigung christlicher Künstler bilden sollten, um sich gegenseitig zu inspirieren, aber auch, um sich bekannter zu machen. Einer der Künstler sagte: „Ein solches Bild ist für mich dasselbe wie eine Predigt ohne Worte.“

Am 8. März werde ich mit anderen ein Seminar zum Thema Kirche und Kunst organisieren. Das Seminar wird verbunden sein mit einer Ausstellung, die am 7. März eröffnet wird. Einige Künstler sind dabei, speziell für diese Ausstellung etwas zu schaffen und zu gestalten. Dr. Benny Giay wird das Seminar leiten und stellt es in den Kontext einen „neuen Papua“, selbstbewusst, und seinen Platz unter den Nationen fordernd.

### **Biographien**

Ein anderes kleines Projekt ist das Sammeln von Lebensgeschichten älterer Papuafrauen. Eine Frau erzählte, wie sie mit einer nur dreijährigen Volksschulbildung ausgewählt wurde, weiter zu studieren. Sie sollte Lehrerin werden. Eine lange Geschichte. Als sie schließlich mit ihrer Erzählung im 25. Lebensjahr angelangt war, sagte sie: „Jetzt bin ich fast fertig.“ Sie ist 63 Jahre alt, verheiratet, hat vier Kinder und mehrere Enkel!

Mirjam Korse

## Jugendaustausch Biak - Deutschland

Im Rahmen eines dreijährigen Austauschprogramms zwischen dem Jugendaktionsnetzwerk Umwelt und Natur (Janun) aus Hannover und der Jugendorganisation Yayasan Pemuda Insos Kabor (Yapikbi) aus Biak/Westpapua waren vom 18. 7. - 10. 8. 2002 zehn Jugendliche aus Biak zu Gast in Berlin und Hannover. Während des vierwöchigen Aufenthalts fand in Kooperation mit anderen Jugendgruppen aus Serbien und Weißrussland ein einwöchiges Sommercamp in Niedersachsen mit verschiedenen Seminaren und Workshops beispielsweise über die Folgen der Globalisierung, demokratische Strukturen in Nichtregierungsorganisationen, Umweltschutz durch Solartechnik und auch über Ansätze für die Gleichstellung der Geschlechter statt.

Im Anschluss daran reisten die indonesischen Gäste nach Berlin, wo es einerseits viele Gelegenheiten gab, den Alltag der deutschen Teilnehmer und Teilnehmerinnen besser kennen zu lernen und andererseits auch, um Interessierten von hier einzelne politische und kulturelle Aspekte aus Biak näher zu bringen. Gemeinsam mit Watch Indonesia! fand eine offene Diskussionsveranstaltung über die gegenwärtigen Probleme und die Zukunftsvorstellungen in Westpapua statt, bei der auch unterschiedliche Positionen und Ansätze zum Thema "Papua Merdeka" erörtert wurden.

In der letzten Woche standen u.a. Besichtigungen von Schulen und alternativen Jugendzentren in Hannover auf dem Programm, weil die Mitglieder von Yapikbi vor einem Jahr selbst mit dem Aufbau eines informellen Jugend- und Bildungszentrums in Biak begonnen haben, das hauptsächlich mit Geldern einer niedersächsischen Umweltlotterie finanziert wird. Darüber hinaus fanden weitere Treffen und Veranstaltungen statt, wie z.B. der Besuch beim stellvertretenden Bürgermeister im Rathaus Hannover, um diesen zu bitten die Schirmherrschaft für das Projekt zu übernehmen. Außerdem diskutierten die Jugendlichen mit der Beauftragten der Stadtverwaltung Hannover über die Inhalte und Möglichkeiten der Agenda 21 und weitere Ansatzpunkte für eine zukünftig noch intensivere Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz und Wissenstransfer. Um den Gästen einen Überblick über die deutschen Gruppen und Initiativen zu Westpapua und Indonesien zu bieten, stellte Siegfried Zöllner die Arbeit des Westpapua-Netzwerkes dar. Den offiziellen Abschluss der Reise bildete ein bunter Abend im Kulturzentrum Pavillon in Hannover, wo es neben politischen Informationen zu Westpapua und der Vorstellung des gemeinsamen Projektes auch Tanz und Gesang aus Biak zu erleben gab. Insgesamt verbrachten alle Beteiligten eine sehr intensive Zeit miteinander und zu den bereits bestehenden Kontakten konnten viele neue hinzugefügt werden.

Nähere Informationen zu Yapikbi: <http://rumsom.tripod.com/>

(Quelle: Infodienst Indonesien und Osttimor, Nr. 14, Juli - Mitte August 2002 von Watch Indonesia!)

## amnesty international: Straflosigkeit bekämpfen - der Abepura - Fall

Den meisten Leserinnen und Lesern sind die Vorfälle in Abepura vom 7. Dezember 2000 bekannt. amnesty international hat diesen Fall ausgewählt, um das alte Problem der Straflosigkeit von Menschenrechtverletzungen zu bekämpfen. Nach Meinung von amnesty international kann es einen entscheidenden Beitrag für die Menschenrechtssituation in Papua und ganz Indonesien darstellen, wenn die Täter von Abepura vor Gericht gebracht und nach internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren verurteilt werden.

*Nach einem Überfall auf den Polizeiposten (Polsek) in der Nacht vom 6. zum 7. Dezember 2000, der möglicherweise von OPM - Mitgliedern ausgeübt wurde und bei dem 2 Polizisten starben, durchsuchte die Polizei am 7. Dezember vier Studentenheime und andere Gebäude in Abepura, Jayapura. Dabei wurde ein Student erschossen. Zwei weitere starben in Polizeihaft. Ungefähr 100 Menschen wurden von der Polizei willkürlich verhaftet und zum Teil schwer gefoltert. Die Opfer hatten offenbar nichts mit dem Überfall zu tun. Innerhalb weniger Tage veröffentlichten zwei führende Menschenrechtsorganisationen in Papua, das Institute for Human Rights Study and Advocacy ElsHAM und das Indonesische Rechtshilfeinstitut LBH, Stellungnahmen über den Zwischenfall. Die Behörden leugneten zunächst ab, dass Studenten in der Haft ums Leben gekommen waren und versuchten, die Menschenrechtler einzuschüchtern.*

*Während die Menschen in Papua darauf warten, dass die Täter vor Gericht gestellt werden, begehen die Sicherheitskräfte weitere Menschenrechtsverletzungen wie extralegale Hinrichtungen, "Verschwindenlassen" und Folter. Seit 1999 wurde niemand mehr wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht gestellt, obwohl Übergriffe weit verbreitet sind.*

Der Abepura - Fall ist für Papua kein Einzelfall. Menschenrechtsverletzungen werden so gut wie nie bestraft. Aber auch überall in der Welt ist die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen die Regel, nicht die Ausnahme.

Die Straflosigkeit lässt die Täter glauben, dass sie über dem Recht stehen. Wenn die Schuldigen vor Gericht gestellt werden, hält es sie nicht nur davon ab, neue Taten zu begehen. Es stellt auch für Andere klar, dass solche Übergriffe nicht geduldet werden.

Auf der anderen Seite haben die Opfer von Menschenrechtsverletzungen das Recht, dass Gerechtigkeit ausgeübt wird, dass die Wahrheit über das, was ihnen geschehen ist, aufgedeckt wird und dass sie eine Entschädigung erhalten.

Staaten haben daher die Verantwortung, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, die Verantwortlichen zu ermitteln, angemessene Strafen zu verhängen und sicher zu stellen, dass die Opfer eine angemessene Entschädigung erhalten. Auf internationaler Ebene sind das Tribunal in Den Haag und der Internationale Strafgerichtshof Ansätze dazu, die Straflosigkeit zu beenden. Auf der anderen Seite gehen die Bemühungen weiter, auf nationaler Ebene Menschenrechtsverletzungen durch die staatliche Justiz zu verfolgen. Dies sollte die Regel sein, da Tribunale und der Internationale Strafgerichtshof nur in solchen Fällen greifen, in denen die staatliche Rechtsprechung versagt.

Der Abepura - Fall ist einer der wenigen Fälle in ganz Indonesien, in denen die Regierung Schritte eingeleitet hat, um die Vorwürfe gerichtlich zu verfolgen. Der Fortgang der Strafverfolgung in diesem Fall wird daher auch von den Menschenrechtlern in Papua und von amnesty international genau beobachtet. Aber wie auch in anderen Fällen, gehen die Untersuchungen nur langsam voran und bei vielen Behörden fehlt der politische Wille, die Täter wirklich vor Gericht zu bringen.

## Aktion

---

### Die Strafverfolgung im Abepura - Fall

Die Ursachen der Straflosigkeit sind weltweit ähnlich und sind denen bekannt, die sich mit Papua befassen. Die Verfolgung der Täter wird durch das Verstecken von Beweisen, die Einschüchterung von Opfern und Zeugen verhindert. Selbst wenn Beweise vorliegen, werden Ermittlungen nicht durchgeführt oder keine Anklagen erhoben. Selbst, wenn es Urteile gibt, kommen die Täter nicht ins Gefängnis, und die Urteile entsprechen nicht der Schwere der Taten. Diese Muster zeichnen sich im Abepura - Fall bereits ab.

In Indonesien gab es Hoffnung, als im November auf Grundlage des Gesetzes No.26/2000 on Human Rights Courts Menschenrechtsgerichtshöfe gebildet wurden, vor denen allerdings keine Fälle aus der Vergangenheit verhandelt werden könne. Für solche Fälle müssen gesonderte ac-hoc Gerichtsverfahren eingerichtet werden. Im Abepura - Fall wurde aufgrund öffentlichen Drucks im Januar 2001 eine Untersuchung durch die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) eingeleitet. Komnas HAM erklärte auch, der Abepura - Fall solle vor einen der neu gebildeten ständigen Menschenrechtgerichtshöfe Indonesiens gebracht werden.

Obwohl nach dem Gesetz die indonesische Menschenrechtskommission allein für die ersten Ermittlungen zuständig ist, erklärte das örtliche Büro des indonesischen Menschenrechts- und Justizministerium in Papua, die Untersuchung sei nicht rechtmäßig. Es wies den Chef der örtlichen Polizei an, nicht mit Komnas HAM zu kooperieren. Der Chef der Menschenrechtskommission, Albert Hasibuan, erklärte außerdem, Zeugen seien nach polizeilichen Befragungen eingeschüchtert gewesen.

Der Bericht von Komnas HAM, der schließlich im Mai abgeschlossen wurde, stellte schwere Menschenrechtsverletzungen durch 25 Mitglieder verschiedener Einheiten der polizeilichen Sicherheitskräfte fest und empfahl eine Verhandlung vor einem Menschenrechtsgerichtshof. Der Bericht wurde im August der Staatsanwaltschaft übergeben. Erst kurz vor Ablauf der gesetzlichen Frist von 240 Tagen entsandte die Staatsanwaltschaft im April 2002 ein Untersuchungsteam für die strafrechtlichen Ermittlungen nach Abepura.

Straflosigkeit ist systematisch. Das gilt sowohl für die Blockierung durch das Büro des Justizministeriums, wie für die Einschüchterung von Zeugen und die Verzögerung der strafrechtlichen Ermittlungen.

**Wir bitten Sie daher, an die unten genannten Behörden Briefe zu schreiben, um zu fordern, dass der Fortgang der Untersuchungen und Gerichtsverfahren gewährleistet ist.**

Bitte begrüßen Sie die Untersuchung der nationalen Menschenrechtskommission Komnas HAM und die darauf folgende strafrechtliche Untersuchung.

- Fragen Sie, wann Anklagen erhoben werden sollen und drängen Sie, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden, in Verfahren, die den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entsprechen
- Drücken Sie ihre Sorge darüber aus, dass Opfer und Zeugen eingeschüchtert wurden und drängen Sie darauf, dass Vorkehrungen getroffen werden, die Zeugen und Opfer zu schützen.
- Drängen Sie darauf, dass die Opfer oder ihre Familien eine Entschädigung erhalten.
- Drücken Sie Ihre Besorgnis darüber aus, dass die Mehrheit der Anklagen von Menschenrechtsverletzungen in Papua noch nicht untersucht sind und die Täter nicht vor Gericht gestellt wurden.
- Drängen Sie darauf, dass Mechanismen eingerichtet werden, die erlauben, alle Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen.
- Bitten Sie darum, über neue Entwicklungen im Abepura - Fall informiert zu werden.

**Vielen Dank**

**amnesty international, Indonesien/Osttimor - Koordinationsgruppe, 53108 Bonn**

## Aktion

---

### **PRESIDENT**

**Megawati Sukarnoputri**

President RI

Istana Merdeka

Jakarta 10110

Indonesia

**Fax:**+62 21 345 2685 (via State Secretariat) / +62 21 526 8726 / +62 21 380 5511 / 62 21 345 7782

**Tlx:** 44283 BIGRA IA; 44469 DEPLU IA

**E-mail:** presiden@ri.go.id

### **MINISTER FOR JUSTICE AND HUMAN RIGHTS**

**Prof. Dr. Yusril Ihza Mahendra**

Menteri Kehakiman

Jl. H.R. Rasuna Said Kav. 6-7

Kuningan

Jakarta Selatan

Indonesia

**Fax:** +62 21 5253095(w)/3104149/5225036

**Tlx:** 44404 ditjenim ia

**Tlg:** Justice Minister, Jakarta, Indonesia

### **ATTORNEY GENERAL**

**Muhammad Abdurrahman**

Jaksa Agung

Jl. Sultan Hasanuddin No.1

Kebayoran Baru

Jakarta Selatan 12130

Indonesia

**Tel/fax:**+62 21 720 8557

**Fax:**+62 21 725 0213 / +62 21739 2576

### **NATIONAL POLICE CHIEF**

**Com. Gen. D'ai Bachtiar**

Kapolri

Markas Besar Kepolisian RI

Jl. Trunojoyo 3

Kebayoran Baru

Jakarta Selatan

Indonesia

### **CHIEF OF POLICE - PAPUA**

**Brig. Gen. Made Mangku Pastika**

Head of Regional Police Papua

Jl. Sam Ratulangie No. 8

Jayapura, Papua

Indonesia

**Fax:**+62 967 531717



## Aktion

---

Muhammad Abdurrahman  
Jaksa Agung  
Jl. Sultan Hasanuddin No. 1  
Kebayoran Baru  
Jakarta Selatan 12130  
Indonesia

**Tel/fax:** +62 21 720 8557  
**Fax:** +62 21 725 0213 / +62 21739 2576

### **Gerichtsverfahren über die Menschenrechtsverletzungen von Abepura im Dezember 2000**

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

Ich schreibe Ihnen, weil ich mich der Provinz Papua verbunden fühle. Anlass dieses Briefes ist das Gerichtsverfahren, das wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen stattfinden soll, die am 7. Dezember 2000 in Abepura und Jayapura geschehen sind. Ich habe mit Bestürzung den Ausgang der ersten Gerichtsverfahren verfolgt, die zurzeit vor dem Ad-Hoc-Gerichtshof wegen der Menschenrechtsverletzungen in Osttimor im Jahre 1999 stattfinden. Sechs von sieben Angeklagten wurden freigesprochen. Die Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen haben zahlreiche Verfahrensfehler festgestellt. Nun bin ich in großer Sorge, dass auch in dem Verfahren gegen die Täter von Abepura Wahrheit und Gerechtigkeit nicht wieder hergestellt werden.

In Abepura wurden im Dezember 2000 drei Menschen von Polizeibeamten getötet, zwei von ihnen starben in der Haft an den Folgen grausamer Folter. Außerdem wurden zahlreiche Personen in der Haft misshandelt, mindestens zwei sind lebenslang behindert. Die Polizeiaktion fand nach einem Überfall auf einen Polizeiposten statt, bei dem 2 Polizisten ums Leben gekommen waren.

Das Gerichtsverfahren findet auf der Basis des neuen indonesischen Gesetzes zur Einrichtung von Menschenrechtsgerichtshöfen statt (26/2000). Ich habe dieses Gesetz sehr begrüßt. Zur Verhütung weiterer Menschenrechtsverletzungen müssen meines Erachtens Täter strafrechtlich verfolgt werden. Die Aussicht auf ein Gerichtsverfahren gegen die Täter hat bei den Menschen in Papua die Hoffnung geweckt, dass Wahrheit und Gerechtigkeit wieder hergestellt werden könnten. Das Verfahren gegen die Täter von Abepura wird von der internationalen Gemeinschaft als ein Testfall dafür angesehen, wie ernst es der indonesischen Justiz mit der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen wirklich ist.

Ich halte es für wichtig, dass die Wahrheit über die Geschehnisse vollständig aufgedeckt wird. Daher habe ich begrüßt, dass die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) die Vorfälle in Abepura untersucht hat. Ich finde es jedoch unerträglich, dass während der Untersuchung Zeugen und Opfer eingeschüchtert wurden.

Nach den Freisprüchen in Jakarta habe ich die große Sorge, dass die Prozesse gegen die Täter von Abepura mit ähnlicher Nachlässigkeit geführt werden. Ich bitte Sie daher Sorge zu tragen, dass das Gerichtsverfahren internationalen Standards entspricht. Auch bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass die Zeugen und Opfer ausreichend geschützt werden, damit sie ihre Aussagen ohne Angst machen können. Die Opfer oder ihre Familien sollten eine angemessene Entschädigung erhalten.

Mit freundlichen Grüßen,

## Aktion

---

Kepada yth.  
Muhammad Abdurrahman  
Jaksa Agung  
Jl.Sultan Hasanuddin No.1  
Jakarta Selatan 12130  
Indonesia

### **Proses peradilan tentang pelanggaran hak azasi manusia di Abepura pada Desember 2000**

Yang terhormat Bapak Jaksa Agung,

Saya menulis kepada Bapak, karena saya merasa dekat dengan Propinsi Papua. Alasan penulisan surat ini adalah proses peradilan yang akan diadakan, sehubungan dengan pelanggaran berat terhadap Hak Azasi Manusia yang terjadi pada 7 Desember 2000 di Abepura dan Jayapura. Saya mengikuti dengan cemas proses peradilan yang sekarang dilaksanakan di Pengadilan Ad-Hoc sehubungan dengan pelanggaran hak azasi manusia di Timor Timur. Enam dari tujuh orang tertuduh diputuskan bebas. PBB dan organisasi-organisasi Hak Azasi Manusia menemukan banyak sekali kesalahan dalam proses peradilannya. Karenanya sekarang saya khawatir, bahwa dalam proses peradilan bagi pelaku kasus Abepura, kebenaran dan keadilan tidak juga ditegakkan.

Pada Desember 2000 yang lewat tiga orang di Abepura dibunuh oleh aparat Kepolisian, dua diantaranya mati di tahanan karena siksaan yang kejam. Disamping itu sangat banyak orang yang disiksa dalam tahanan, paling tidak dua orang diantaranya cacat seumur hidup. Tindakan Polisi ini dilakukan setelah satu Pos Polisi diserang, dimana dua orang anggota Kepolisian mati terbunuh.

Proses peradilan dilakukan atas dasar Undang-Undang Indonesia yang baru dalam rangka menciptakan Pengadilan terhadap kejahatan pelanggaran Hak Azasi Manusia. (26/2000). Saya menyambut undang-undang ini dengan gembira. Untuk menghindari pelanggaran Hak Azasi Manusia di masa depan, menurut pendapat saya para pelakunya haruslah dihukum. Peradilan terhadap pelaku-pelaku akan membangkitkan harapan setiap orang di Papua, bahwa kebenaran dan keadilan dapat ditegakkan kembali. Proses peradilan terhadap pelaku-pelaku peristiwa Abepura akan dijadikan oleh dunia Internasional sebagai acuan / tolok ukur, sejauh mana Badan Peradilan Indonesia secara serius dan sungguh-sungguh menangani masalah pelanggaran Hak Azasi Manusia.

Menurut saya sangatlah penting bahwa kebenaran tentang kejadian itu seluruhnya dibukakan. Karena itu saya menyambut dengan baik bahwa Komnas HAM telah mengadakan penyelidikan atas kasus Abepura. Namun tidak dapat diterima, bahwa selama penyelidikan saksi-saksi dan korban telah mendapat tekanan dan ancaman.

Setelah melihat keputusan bebas yang diputuskan di Jakarta, saya sungguh-sungguh khawatir, bahwa proses peradilan terhadap pelaku peristiwa Abepura juga dilakukan dengan cara yang sama, yang tidak sungguh-sungguh. Karena itu saya mohon kepada Bapak, agar proses peradilannya dilakukan sesuai standard internasional. Juga saya mohon, bahwa saksi-saksi dan korban diberikan perlindungan cukup, agar mereka dapat memberikan kesaksian tanpa rasa takut. Dan juga agar korban atau keluarganya mendapatkan ganti rugi yang pantas.

Salam dan hormat.

c.c. **MINISTER FOR JUSTICE AND HUMAN RIGHTS**  
**Prof. Dr. Yusril Ihza Mahendra**  
Jl. H.R. Rasuna Said Kav. 6-7  
Kuningan  
Jakarta Selatan / Indonesia

**Fax:** +62 21 5253095(w) / 3104149 / 5225036